



Verlautbarungsblatt

der



für den Bereich

pflanzliche Erzeugnisse

Agrarmarkt Austria, Dresdner Straße 70, 1200 Wien

Gemäß des § 32 des AMA-Gesetzes 1992 (BGBl. Nr. 376/1992 idgF)

Jahrgang 2004

Ausgegeben am 19. Jänner 2003

1. Stück

INHALT

Verlautbarungen, ausgenommen Kundmachung von Verordnungen der Organe der AMA

- 1. Merkblatt für die Verfeuerung von stillgelegten Flächen der Ernte 2004**
- 2. Merkblatt für die Erzeugung von Biogas von stillgelegten Flächen der Ernte 2004**
- 3. Merkblatt Nachwachsende Rohstoffe der Ernte 2004**

Nr. 1.

**MERKBLATT für die VERFEUERUNG von stillgelegten Flächen
der ERNTE 2004**

Hinweis:

In diesem Merkblatt sollen lediglich die in den angeführten Rechtsgrundlagen geregelten Bestimmungen zusammengefasst und verständlich dargestellt werden. Ein Rechtsanspruch kann somit nur aus den angeführten Rechtsgrundlagen, keinesfalls aber aus diesem Merkblatt abgeleitet werden.

Für den Anbau von Energiepflanzen zur Verfeuerung wird auf das Merkblatt "Energiepflanzen" verwiesen.

A. REGELUNG

a) Rechtsgrundlagen

- Verordnung (EG) Nr. 2461/1999
 - Verordnung (EG) Nr. 2419/2001
 - Verordnung (EG) Nr. 2237/2003
 - Verordnung (EG) Nr. 1251/1999
 - Verordnung (EWG) Nr. 4045/1989
 - Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000, BGBl. II Nr. 496/1999 (KPF-V2000) i.d.g.F.
- Soweit nachfolgend Artikel (Art.) angegeben werden, beziehen sich diese auf die Verordnung (EG) Nr. 2461/1999.

b) Allgemeines

Gemäss Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 ist es dem Landwirt gestattet, Getreide bzw. Ölsaaten von Stilllegungsflächen **auf seinem eigenen Betrieb** zu verfeuern.

Achtung:

Auf den Stilllegungsflächen, die mit nachwachsenden Rohstoffen bebaut sind, müssen alle vorgesehenen Verpflichtungen genauestens erfüllt werden. Ist dies nicht der Fall, gelten diese Flächen als "bei der Kontrolle nicht vorgefunden", d.h. sie werden nicht als Stilllegungsflächen gewertet. Dies kann zum Verlust des Stilllegungsausgleiches und in weiterer Folge des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen.

Dieses Merkblatt soll allen Beteiligten eine Hilfestellung sein und Hinweise für die Abwicklung geben. In Zweifelsfällen gilt der Text der Verordnung. Das im folgenden beschriebene Verfahren betrifft die Regelungen der VO (EG) Nr. 2461/1999.

c) Zutritts- und Prüfungsrechte

Gemäß KPF-VO 2000, BGBl. II Nr. 496/1999 hat der Landwirt den Organen und Beauftragten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, der AMA und

den Organen der EU das Betreten der Geschäfts- und Betriebsräume sowie der Anbauflächen zu gestatten.

Die Prüforgane sind berechtigt in die Buchhaltung und allen anderen Unterlagen Einsicht zu nehmen.

B. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

a) Ausgangserzeugnisse

Für den Zweck der Verfeuerung ist ausschließlich zulässig der Anbau von:

- Getreide (alle Arten)
- Ölsaaten der KN-Codes 1201 00 90 (Sojabohnen), ex 1205 00 90 (Raps- bzw. Rübensamen) und 1206 00 91 (Sonnenblumenkerne)

Der Erzeuger ist verantwortlich für die Produktion dieser in der Anbau- und Verpflichtungserklärung bzw. im Anbau- und Liefervertrag genannten nachwachsenden Rohstoffe ("Ausgangserzeugnisse") auf Stilllegungsflächen, sowie deren **"ortsübliche" Pflege**, Ernte und ordnungsgemäße Verwendung. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen hat er Anspruch auf Flächenzahlung, die er im Mehrfachantrag beantragen muss.

b) Enderzeugnis

Als Enderzeugnis ist nur **Wärme** zulässig!

TEIL I (ERZEUGER IST BETREIBER)

1. ANBAU- UND VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG:

1.1. Inhalt der Anbau- und Verpflichtungserklärung:

Der Betreiber der Verfeuerungsanlage hat für seine eigenen Ausgangserzeugnisse eine Anbau- und Verpflichtungserklärung bei der AMA zu hinterlegen.

Die Erklärung muss vollständig ausgefüllt sein und folgende Angaben (Art. 4) enthalten:

- a) **Name und Anschrift**
- b) **Betriebsnummer**
- c) **Laufzeit** (Ernte 2004)
- d) Die gebundenen **Flächen** sind in Summe anzugeben und müssen mit der im Mehrfachantrag angegebenen, mit nachwachsenden Rohstoffen bebauten Fläche übereinstimmen.
- e) **Kulturart** des angebauten Ausgangserzeugnisses (zulässig ist nur der Anbau der unter Pkt. B genannten Kulturen)
- f) **Voraussichtliche Erntemenge** (handelsübliche Qualität)
Da die Erntemenge bei Erstellung der Anbau- und Verpflichtungserklärung naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsprognose) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen.
- g) **Verpflichtungserklärung des Erzeugers**, die gesamten geernteten Ausgangserzeugnisse in der eigenen Verfeuerungsanlage zu verwerten.
- h) **Unterschrift** sowie Datum

Die Erklärung kann nur dann anerkannt werden, wenn alle erforderlichen Angaben gemacht wurden. Zusätzlich ist bei den Angaben die für den Erzeuger zuständige Bezirksbauernkammer bzw. das landw. Bezirksreferat zu nennen.

1.2. Vorlage der Anbau- und Verpflichtungserklärung:

Der Erzeuger legt die Anbau- und Verpflichtungserklärung

a) dem Mehrfachantrag bei

Die Flächen in der Anbau- und Verpflichtungserklärung müssen mit jenen im Mehrfachantrag übereinstimmen! Bei Flächendifferenzen zwischen den Angaben im Mehrfachantrag und der beigelegten Erklärung ist nur die kleinere Fläche anrechenbar. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass die im Mehrfachantrag angegebene Fläche ausschlaggebend bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung und eventuell damit im Zusammenhang stehender Sanktionen ist.

- im **Mehrfachantrag** sind für jede stillgelegte Parzelle und für jedes darauf angebaute Ausgangserzeugnis die Art und Sorte sowie der voraussichtliche Ertrag für jede Art und Sorte anzugeben, während
- in der **Anbau- und Verpflichtungserklärung** nur die Art des Ausgangserzeugnisses, der voraussichtliche Ertrag und die je Art bebaute Fläche im Gesamtausmaß anzugeben sind.

Wird dieselbe Art bzw. Sorte auch auf nicht stillgelegten Flächen innerhalb desselben Betriebes angebaut, so sind im Mehrfachantrag diese Arten bzw. Sorten sowie die voraussichtlichen Erträge für die betreffenden Parzellen unter Angabe der Lage und der Flächenidentifizierung anzugeben.

b) übermittelt eine Kopie dieser Anbau- und Verpflichtungserklärung für Kontrollzwecke der Agrarmarkt Austria zu den nachstehend genannten Terminen:

- bis zum **31. Jänner 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Juli und 31. Dezember 2003 ausgesät werden
- bis zum **15. Mai 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Jänner und 31. Mai 2004 ausgesät werden

Wird die Anbau- und Verpflichtungserklärung nicht dem Mehrfachantrag beigelegt, können diese Flächen NICHT anerkannt werden, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

Wird die Kopie der Anbau- und Verpflichtungserklärung verspätet, also nach den oben angeführten Stichtagen vorgelegt, erfolgt ein Kautionsverfall von 15% der gesamten, für diese Fläche zu hinterlegenden Sicherheit!

Anbau- und Verpflichtungserklärungen, die nach dem 15.05.2004 bei der AMA einlangen, gelten als nicht vorgelegt.

Die Anbau- und Verpflichtungserklärungen sollten deshalb so früh wie möglich vorgelegt werden. Durch eine verspätete Abgabe sind die Flächenzahlungen auch für alle anderen Kulturarten gefährdet.

Nützt der Betreiber der Verfeuerungsanlage auch den Aufwuchs von Stilllegungspflanzen anderer Landwirte, die ihm Ausgangserzeugnisse liefern, schließt er mit diesen entsprechende Anbau- und Lieferverträge ab und tritt somit als Aufkäufer auf. Somit gelten für ihn sämtliche Pflichten als Aufkäufer gemäß Merkblatt für Nachwachsende Rohstoffe der Ernte 2004. So ist der Betreiber verpflichtet diese Verträge bis zu den oben genannten Stichtagen an die Agrarmarkt Austria zu übermitteln.
Die Landwirte müssen eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages ihrem Mehrfachantrag beilegen.

1.3. Anpassung bzw. Auflösung der Anbau- und Verpflichtungserklärung

Unter Wahrung der Förderung für die Flächenstilllegung kann die Erklärung nur unter folgenden Umständen geändert oder aufgelöst werden:

a) Vor Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen"

-) Vorlage der aktuellen (geänderten) Anbau- und Verpflichtungserklärung an die AMA.

Bei Flächenerhöhungen muss auch die Sicherheit erhöht werden. Die entsprechende Bankgarantie bzw. Bankgarantie-Erhöhung muss spätestens am 15.05.2004 bei der Agrarmarkt Austria vorliegen. Die Bankgarantie kann nicht im Zuge der MFA-Abgabe auf der BBK hinterlegt werden.

b) Nach Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen" jedoch vor dem 15. Mai 2004

Grundsätzlich kann die Anbau- und Verpflichtungserklärung wie vor Abgabe des Mehrfachantrages geändert oder storniert werden. Diese Änderungen müssen auch dem Mehrfachantrag beigelegt werden d.h.:

-) Vorlage der geänderten Erklärung bei der AMA
-) Anpassung der Sicherheit, sofern diese bereits hinterlegt wurde
-) Übermittlung der Änderungen zum Mehrfachantrag

c) Nach dem 15. Mai 2004

-) Nur wenn der Landwirt wegen besonderer Umstände nicht in der Lage ist, das in der Anbau- und Verpflichtungserklärung genannte Erzeugnis im vollen Umfang bereitzustellen, wie z.B. wegen schlechten Witterungsverhältnissen, Hagelschäden und
-) nur nach Einholung der Zustimmung durch die AMA unter genauer Angabe des Namens, der Betriebsnummer, der Anschrift, der Flächen und einer nachvollziehbaren Begründung.
-) Die AMA überprüft die gemachten Angaben und gibt bekannt, ob dem Antrag stattgegeben werden kann und was mit dem verbleibenden Aufwuchs zu geschehen hat. Führt die Änderung zu einer Verringerung der von der Anbau- und Verpflichtungserklärung erfassten Fläche oder wird die Anbau- und Verpflichtungserklärung widerrufen, so muss der Erzeuger zur Aufrechterhaltung seines Anspruchs auf Flächenzahlung die betreffende stillgelegte Fläche in einer von der AMA festgelegten Weise erneut brachlegen und verliert das Recht, das aus der Anbau- und Verpflichtungserklärung genommene Ausgangserzeugnis abzugeben oder zu verwenden.
Eine Ausweitung der Stilllegungsflächen nach dem 15. Mai ist nicht möglich.

2. SICHERHEIT

Um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen, hat der Betreiber der Biogasanlage eine Sicherheit in der Höhe von **250 EURO pro Hektar für NAWAROS und 60 EURO pro Hektar für Energiepflanzen** zu leisten. Dies gilt sowohl für seine eigenen Flächen als auch für die Flächen seiner Vertragspartner.

Es wird nahegelegt die Sicherheit in Form einer Höchstbetrags-Bankgarantie (Formblatt Si) zu stellen. Für die Höchstbetrags-Bankgarantien sollte das Formblatt Si verwendet werden, bzw. die Bankgarantie sollte den exakt identischen Wortlaut aufweisen. Der Höchstbetrag-Bankgarantie ist ein formloses Beiblatt mit Angaben über Betriebsnummer, Erzeuger und Fläche, für die die Sicherheit hinterlegt wird, anzufügen.

Die Bankgarantie ist in voller Höhe bis zum 15.05.2004 bei der AMA einzubringen. Wird dieser Termin überschritten, verfallen 15% der Sicherheit gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2220/85. Die Flächenzahlung kann nur dann erfolgen, wenn der Nachweis vorliegt, dass die Sicherheit für die gesamte Fläche hinterlegt wurde.

3. ERNTE

3.1. Erntemitteilung

Der Landwirt hat die Agrarmarkt Austria spätestens **drei Tage vor der geplanten Ernte** mittels im Anhang beigelegten Formblattes - "Mitteilung der Ernte" zu informieren.

Im Falle einer Nichtmeldung der Ernte werden die Stilllegungsflächen nicht als solche anerkannt, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

3.2. Repräsentativer Ertrag NAWAROS

Maßgebend für die Mindestablieferungsmenge ist der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vor der Ernte für den Anbau von NAWAROS auf SL-Flächen regional differenziert festgesetzte Ertrag.

Ist auf Grund bestimmter Umstände (Trockenheit, etc.) anzunehmen, dass der voraussichtliche Ertrag nicht erreicht werden kann, hat der Antragsteller dies der AMA binnen zwei Wochen unter Angabe der Gründe schriftlich zu melden.

Minderertragsmeldungen können jedoch erst ab einem Zeitpunkt akzeptiert werden, wo durch Witterungsbedingungen und Kultivierungsmaßnahmen keine Steigerung des Ertragspotentials mehr zu erwarten ist. Die angebauten Kulturen müssen **"ortsüblich"** gepflegt werden, ein verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln stellt keine Begründung für einen Minderertrag dar.

Liegt die Erntemenge des Ausgangserzeugnisses unter dem repräsentativen Ertrag, muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren.

3.3. Verwiegung

Wird die Ganzpflanze siliert, ist eine Verwiegung nicht zwingend, die Erntemenge kann volumetrisch erhoben werden. Sofern ein Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS (siehe Anhang) gestellt und die Zulassung der Waage von der AMA bescheidmäßig erteilt wurde, kann die Ganzpflanze auch verwogen werden.

Im Falle von kornartigen Ausgangserzeugnissen (z.B. Sommergerste) muss das Erntegut auf einer geeichten öffentlichen Waage oder auf einer von der AMA (bescheidmäßig) zugelassenen Waage (kann auch auf dem Verfeuerungsbetrieb erfolgen) verwogen werden. Der Wiegevorgang muss nachvollziehbar dokumentiert werden. Wiegescheine bzw. Wiegekarten sind vom Verwieger und vom Erzeuger zu unterschreiben und für Kontrollzwecke lückenlos aufzubewahren! **Handelt es sich nicht um eine öffentliche Waage, muss mittels dem Formblatt "Antrag auf Zulassung für die Verwiegung von NAWARO's" die Zulassung dieser Waage beantragt werden.** Eine Feststellung der Beschaffenheit muss ebenfalls erfolgen. Es muss ein Rückstellmuster gezogen werden, welches neben den Unterlagen bezüglich Beschaffenheitsfeststellung (Feuchtigkeit, Besatz, Hektolitergewicht) am Betrieb zu verwahren ist.

Der Antrag auf Zulassung einer Waage ist rechtzeitig (ca. 3-4 Wochen) vor der erstmaligen Ernte zu stellen!

3.4. Erntemeldung

Die Erntemeldung ist mittels Formblatt VE1 für alle Kulturen bis spätestens 15.11. (**Ausnahmen: Mais bis spätestens 30.11., Raps bzw. Rübsen bis spätestens 15.09.**) an die AMA zu übermitteln. Es wird jedoch empfohlen die Erntemeldung so bald wie möglich zu übermitteln, um die Auszahlung der Kulturpflanzenflächenzahlung nicht zu verzögern.

Sollte der Betreiber der Verfeuerungsanlage mit anderen Landwirten Verträge abschließen und deren Ausgangserzeugnisse übernehmen, so meldet er diese Anlieferung mittels Formblatt VAI bis zu den genannten Stichtagen (der entsprechende Landwirt übermittelt das Formblatt VE1, Daten müssen übereinstimmen)!

3.5. Denaturierung

Die Denaturierung ist umgehend nach der Ernte vom Erzeuger selbst nach den Vorgaben der AMA durchzuführen und gilt als wichtige Voraussetzung für die Zahlung der Flächenbeihilfe. Der Bezug des Denaturierungsmittels muss nachweisbar sein (Rechnung).

Folgende Substanzen wurden für diesen Zweck von der AMA zugelassen und sind anzuwenden:

Bezeichnung des Mittels:	Art:
Duasyn-Säureblau	blauer Farbstoff
Basovit-Rot 400 E	roter Farbstoff
Fuxin	roter Farbstoff
Bitrex	farbloser Bitterstoff

Für die Praxis wird folgende Dosierung empfohlen:

Duasyn-Säureblau:

Dosierung auf 1000 kg Getreide: 10 Gramm Farbstoff auf 3 - 5 Liter Wasser

Basovit-Rot 400 E bzw. Fuxin:

Dosierung auf 100 kg Getreide: 10 Gramm Farbstoff auf 3 - 5 Liter Wasser

Bitrex:

Dosierung auf 1000 kg Getreide: 10 Gramm Bitterstoff auf 3 - 5 Liter Wasser

Die Denaturierung hat auf jeden Fall immer durch Aufbringen eines dieser Farbstoffe gemeinsam mit dem Bitterstoff Bitrex zu erfolgen!

**Alle Mittel können mittels Handspritze auf das Ausgangserzeugnis aufgetragen werden!
Näheres über den Bezug dieser Mittel erfahren Sie bei der Agrarmarkt Austria, Abteilung 4
(E-mail: nawaro@ama.gv.at)!**

Sollte bei Vorortkontrollen der AMA festgestellt werden, dass diese Denaturierung nicht ordnungsgemäß bzw. gar nicht durchgeführt wurde, gelten die Stilllegungsflächen als nicht vorgefunden, d.h. sie werden nicht als Stilllegungsflächen gewertet. Dies kann zum Verlust der

Stilllegungsflächenzahlung und in weiterer Folge zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen.

Die Denaturierung gilt als Erstverarbeitung und ist mittels Formblatt VV1 der Agrarmarkt Austria mitzuteilen.

Die Agrarmarkt Austria wird unangemeldete Kontrollen durchführen.

4. VERARBEITUNG UND FREIGABE DER SICHERHEIT

4.1. Verarbeitung

Über die Verwendung des Ausgangserzeugnisses müssen Aufzeichnungen geführt werden, aus denen die Art der Verwendung und die Menge des verwendeten Erzeugnisses ersichtlich und nachvollziehbar sind. Die Aufzeichnungen haben monatlich zu erfolgen und sind jährlich der AMA mittels Formblatt VV2 bis zum 10. August des auf das Antragsjahr folgenden Jahres (für die Ernte 2004 ist das der 10. August 2005) zu übermitteln.

Die Montage eines Wärmehählers ist zwingend vorgeschrieben!

Die Verfeuerung hat bis zum 31. Juli des zweiten Jahres stattzufinden, das auf die Ernte des Ausgangserzeugnisses folgt (**31. Juli 2006**).

4.2. Zulassung

Verfeuerungsanlagen, die zur Verbrennung von Nachwachsenden Rohstoffen vorgesehen sind, müssen von der AMA zugelassen werden.

Jeder Betreiber einer solchen Anlage, der noch über keine bescheidmäßige Zulassung verfügt, muss vor der erstmaligen Verbrennung von Nachwachsenden Rohstoffen, die von stillgelegten Flächen stammen für diesen Zweck einen „Antrag auf Zulassung“ bei der Verbrennung von Nachwachsenden Rohstoffen von stillgelegten Flächen gem. VO (EG) Nr. 2461/1999“ stellen.

Der Antragsteller verpflichtet sich, jede im Rahmen der Abwicklung vorgesehene Kontrolle zu ermöglichen und den Prüforganen Zutritt zu allen Betriebs- und Lagerräumen sowie Einsicht in die Buchhaltung und allen erforderlichen Unterlagen zu gewähren.

Die Zulassung wird nach erfolgter Vorortkontrolle gewährt. Anschließend wird eine Zulassungsnummer vergeben.

4.3. Freigabe der Sicherheit

Im Falle einer korrekten Abwicklung und verordnungskonformer Endverarbeitung kann die Freigabe der gestellten Sicherheit mittels Formblatt **VV3** beantragt werden.

Wird bei Kontrollen der AMA festgestellt, dass die vorgeschriebenen Aufzeichnungen (siehe Pkt.5) nicht oder nur unvollständig vorliegen, verfällt die Sicherheit entsprechend.

5. AUFZEICHNUNGSPFLICHTEN

Zur Kontrolle der genannten Verpflichtungen ist der Betreiber der Anlage verpflichtet, über alle Transaktionen und Verarbeitungsschritte im Rahmen dieser Regelung in einem Bestandesbuch Aufzeichnungen gemäss der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 zu führen.

Insbesondere sind aufzuzeichnen:

- die Mengen der verarbeiteten Ausgangserzeugnisse sowie
- die produzierten Wärmemengen anhand der entsprechenden Meßgeräte (Wärmezähler)
- Verluste
- eventuell vernichtete Mengen mit entsprechender Begründung und Nachweis

Diese Aufzeichnungen gemäß Formblatt VV2 haben monatlich zu erfolgen und sind jährlich am 10. August der Agrarmarkt Austria zu übermitteln.

Die Agrarmarkt Austria wird unangemeldete Kontrollen durchführen.

Wird bei Kontrollen der AMA festgestellt, dass die Aufzeichnungspflichten nicht oder nur unvollständig vorliegen, **verfällt die Sicherheit in voller Höhe. Dies gilt ebenso für den Fall, dass Unterlagen auf Verlangen der Kontrollorgane nicht ausgehändigt werden und dadurch die Prüfung abgebrochen werden muss.**

6. AUSZAHLUNG DER FLÄCHENZAHLUNG FÜR DIE STILLEGUNG

Der Ausgleich für stillgelegte Flächen kann dem Antragsteller vor der Verarbeitung des Ausgangserzeugnisses gezahlt werden. Die Zahlung kann jedoch nur erfolgen, wenn

-) die gesamte geerntete Menge des Ausgangserzeugnisses geerntet (nach vorheriger Meldung) und entsprechend denaturiert wurde (Nachweis der Denaturierung mittels Formblatt VV1)
-) die Erntemeldung vorgelegt wurde
-) eine Kopie der Anbau- und Verpflichtungserklärung zu den genannten Terminen bei der AMA hinterlegt wurde
-) die Bankgarantie in voller Höhe zum genannten Stichtag hinterlegt wurde
-) die Anbau- und Verpflichtungserklärung dem Mehrfachantrag beigelegt wurde
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat

Beim Anbau von Mais bzw. Kulturpflanzen, die einen späten Erntezeitpunkt aufweisen, kann aufgrund des späten Erntezeitpunktes die Flächenzahlung voraussichtlich erst Ende 2004 ausbezahlt werden, da die Vorlage der Liefermitteilung (Erntemeldung) verpflichtende Voraussetzung zur Zahlung ist.

TEIL II (ERZEUGER IST NICHT BETREIBER)

1. ANBAU- UND LIEFERVERTRAG

1.1. Inhalt des Anbau- und Liefervertrages

Der Landwirt muss mit dem Betreiber der Verfeuerungsanlage einen Anbau- und Liefervertrag abschließen.

Der Vertrag muss vollständig ausgefüllt sein und folgende Angaben (Art. 4) enthalten:

- a) **Name** und **Anschrift** beider Vertragspartner
- b) **Betriebsnummer** des Erzeugers
- c) **Laufzeit** (Ernte 2004)
- d) Die vertraglich gebundenen **Flächen** sind in Summe anzugeben und müssen mit der im Mehrfachtantrag angegebenen, mit nachwachsenden Rohstoffen bebauten Fläche übereinstimmen.
- e) **Kulturart** des angebauten Ausgangserzeugnisses (zulässig ist nur der Anbau der unter Pkt. B genannten Kulturen)
- f) **Voraussichtliche Erntemenge** (handelsübliche Qualität)
Da die Erntemenge bei Erstellung des Anbau- und Liefervertrages naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsprognose) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen.
- g) **Preis** für das zu liefernde Erzeugnis (unterliegt der freien Vereinbarung, er muss jedoch nachvollziehbar sein)
- h) **Verpflichtung des Erzeugers**, die gesamten geernteten Ausgangserzeugnisse an den Betreiber der Verfeuerungsanlage abzuliefern.
- i) **Verpflichtung des Betreibers der Verfeuerungsanlage**, die Lieferung anzunehmen und die gesamte Menge der gelieferten Ausgangserzeugnisse nach vorheriger Denaturierung in seiner Anlage zu verwerten.
- j) **Unterschrift beider Vertragsparteien**, sowie Datum des Vertragsabschlusses

Der Vertrag kann nur dann anerkannt werden, wenn alle erforderlichen Angaben von beiden Vertragspartnern angegeben wurden. Zusätzlich ist bei den Angaben die für den Erzeuger zuständige Bezirksbauernkammer bzw. das landw. Bezirksamtsreferat zu nennen.

1.2. Vorlage des Anbau- und Liefervertrages

Der Erzeuger legt den Anbau- und Liefervertrag

a) dem Mehrfachtantrag bei

Die Flächen im Anbau- und Liefervertrag müssen mit jenen im Mehrfachtantrag übereinstimmen! Bei Flächendifferenzen zwischen den Angaben im Mehrfachtantrag und dem beigelegten Vertrag ist nur die kleinere Fläche anrechenbar. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass die im Mehrfachtantrag

angegebene Fläche ausschlaggebend bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung und eventuell damit im Zusammenhang stehender Sanktionen ist.

- im **Mehrfachantrag** sind für jede stillgelegte Parzelle und für jedes darauf angebaute Ausgangserzeugnis die Art und Sorte sowie der voraussichtliche Ertrag für jede Art und Sorte anzugeben, während
- im **Anbau- und Liefervertrag** nur die Art des Ausgangserzeugnisses, der voraussichtliche Ertrag und die je Art bebaute Fläche im Gesamtausmaß anzugeben sind.

Wird dieselbe Art bzw. Sorte auch auf nicht stillgelegten Flächen innerhalb desselben Betriebes angebaut, so sind im Mehrfachantrag diese Arten bzw. Sorten sowie die voraussichtlichen Erträge für die betreffenden Parzellen unter Angabe der Lage und der Flächenidentifizierung anzugeben.

b) der Betreiber übermittelt eine Kopie dieses Vertrages für Kontrollzwecke der Agrarmarkt Austria zu den nachstehend genannten Terminen:

- bis zum **31. Jänner 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Juli und 31. Dezember 2003 ausgesät werden
- bis zum **15. Mai 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Jänner und 31. Mai 2004 ausgesät werden

Wird der Anbau- und Liefervertrag vom Erzeuger nicht dem Mehrfachantrag beigelegt, können diese Flächen NICHT anerkannt werden, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

Wird der Anbau- und Liefervertrag verspätet, also nach den oben angeführten Stichtagen, vorgelegt, erfolgt ein Kautionsverfall von 15% der gesamten, für diese Fläche zu hinterlegenden Sicherheit!

Die Verträge sollten deshalb so früh wie möglich vorgelegt werden. Durch eine verspätete Abgabe sind die Flächenzahlungen auch für alle anderen Kulturarten gefährdet.

1.3. Anpassung bzw. Auflösung des Anbau- und Liefervertrages

Unter Wahrung der Förderung für die Flächenstilllegung kann der Vertrag nur unter folgenden Umständen geändert oder aufgelöst werden:

a) Vor Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen"

-) Vorlage des aktuellen (geänderten) Anbau- und Liefervertrages an die AMA.

b) Nach Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen" jedoch vor dem 15. Mai 2004

Grundsätzlich kann der Anbau- und Liefervertrag wie vor Abgabe des Mehrfachantrages geändert oder storniert werden.

Diese Änderungen müssen auch dem Mehrfachantrag beigelegt werden d.h.:

-) Vorlage des geänderten Vertrags bei der AMA
-) Anpassung der Sicherheit, sofern diese bereits hinterlegt wurde
-) Übermittlung der Änderungen zum Mehrfachantrag

c) Nach dem 15. Mai 2004

-) Nur wenn der Landwirt wegen besonderer Umstände nicht in der Lage ist, das im Anbau- und Liefervertrag genannte Erzeugnis im vollen Umfang bereitzustellen, wie z.B. wegen schlechten Witterungsverhältnissen, Hagelschäden und
-) nur nach Einholung der Zustimmung durch die AMA unter genauer Angabe des Namens, der Betriebsnummer, der Anschrift, der Flächen und einer nachvollziehbaren Begründung.
-) Die AMA überprüft die gemachten Angaben und gibt bekannt, ob dem Antrag stattgegeben werden kann, und was mit dem verbleibenden Aufwuchs zu geschehen hat. Führt die Änderung zu einer Verringerung der vom Anbau- und Liefervertrag erfassten Fläche oder wird der Anbau- und Liefervertrag aufgelöst, so muss der Erzeuger zur Aufrechterhaltung seines Anspruchs auf Flächenzahlung die betreffende stillgelegte Fläche in einer von der AMA festgelegten Weise erneut brachlegen und verliert das Recht, das aus dem Anbau- und Liefervertrag genommene Ausgangserzeugnis zu verkaufen, abzugeben oder zu verwenden.

Eine Ausweitung der Stilllegungsflächen nach dem 15. Mai ist nicht möglich.

2. ERNTE

2.1. Erntemitteilung

Der Landwirt hat die Agrarmarkt Austria spätestens **drei Tage vor der geplanten Ernte** mittels des im Anhang beigelegten Formblattes "Mitteilung der Ernte" zu informieren. Der Erzeuger ist zur Ablieferung des gesamten auf der Vertragsfläche erzeugten Aufwuchses verpflichtet.

Im Falle einer Nichtmeldung der Ernte werden die Stilllegungsflächen nicht als solche anerkannt, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

2.2. Repräsentativer Ertrag NAWAROS

Maßgebend für die Mindestablieferungsmenge ist der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vor der Ernte für den Anbau von NAWAROS auf SL-Flächen regional differenziert festgesetzte Ertrag.

Ist auf Grund bestimmter Umstände (Trockenheit, etc.) anzunehmen, dass der voraussichtliche Ertrag nicht erreicht werden kann, hat der Antragsteller dies der AMA binnen zwei Wochen unter Angabe der Gründe schriftlich zu melden.

Minderertragsmeldungen können jedoch erst ab einem Zeitpunkt akzeptiert werden, wo durch Witterungsbedingungen und Kultivierungsmaßnahmen keine Steigerung des Ertragspotentials mehr zu erwarten ist. Dadurch wird auch eine objektive Ertragschätzung vor Ort gewährleistet. Die angebauten Kulturen müssen **"ortsüblich"** gepflegt werden, ein verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln stellt keine Begründung für einen Minderertrag dar.

Liegt die Erntemenge des Ausgangserzeugnisses unter dem repräsentativen Ertrag, muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren.

2.3. Verwiegung

Wird die Ganzpflanze siliert, ist eine Verwiegung nicht zwingend, die Erntemenge kann volumetrisch erhoben werden. Sofern ein Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS (siehe Anhang) gestellt und die Zulassung der Waage von der AMA bescheidmäßig erteilt wurde, kann die Ganzpflanze auch verwogen werden.

Im Falle von kornartigen Ausgangserzeugnissen (z.B. Sommergerste) muss das Erntegut auf einer geeichten öffentlichen Waage oder auf einer von der AMA (bescheidmäßig) zugelassenen Waage (kann auch auf dem Verfeuerungsbetrieb erfolgen) verwogen werden. Der Wiegevorgang muss nachvollziehbar dokumentiert werden. Wiegescheine bzw. Wiegekarten sind vom Verwieger und vom Erzeuger zu unterschreiben und für Kontrollzwecke lückenlos aufzubewahren! **Handelt es sich nicht um eine öffentliche Waage, muss mittels dem Formblatt "Antrag auf Zulassung für die Verwiegung von NAWARO's" die Zulassung dieser Waage beantragt werden.** Eine Feststellung der Beschaffenheit muss ebenfalls erfolgen. Es muss ein Rückstellmuster gezogen werden, welches neben den Unterlagen bezüglich Beschaffenheitsfeststellung (Feuchtigkeit, Besatz, Hektolitergewicht) am Betrieb zu verwahren ist.

Der Antrag auf Zulassung einer Waage ist rechtzeitig (ca. 3-4 Wochen) vor der erstmaligen Ernte zu stellen!

2.4. Erntemeldung

Die Erntemeldung ist mittels Formblatt VE1 für alle Kulturen bis spätestens 15.11. (Ausnahmen: Mais bis spätestens 30.11., Raps bzw. Rübsen bis spätestens 15.09.) an die AMA zu übermitteln. Es wird jedoch empfohlen die Erntemeldung so bald wie möglich zu übermitteln, um eine rasche Auszahlung der Kulturpflanzenflächenzahlung nicht zu verzögern. (Der Betreiber der Verfeuerungsanlage meldet die Anlieferung bis zu den genannten Stichtagen mittels Formblatt VA1, die Daten müssen übereinstimmen!)

3. AUSZAHLUNG DER FLÄCHENZAHLUNG FÜR DIE STILLEGUNG

Der Ausgleich für stillgelegte Flächen kann dem Antragsteller vor der Verarbeitung des Ausgangserzeugnisses gezahlt werden. Die Zahlung kann jedoch nur erfolgen, wenn

-) die gesamte geerntete Menge des Ausgangserzeugnisses geerntet (nach vorheriger Meldung) und entsprechend abgeliefert wurde (und nach der Übernahme vom Betreiber der Anlage entsprechend den Vorgaben der AMA denaturiert wurde),
-) die Erntemeldung vorgelegt wurde (sowie vom Betreiber der Anlage die Mitteilung der Anlieferung),
-) eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages zu den genannten Terminen vom Betreiber der Anlage bei der AMA hinterlegt wurde,
-) die Bankgarantie in voller Höhe zum genannten Stichtag vom Betreiber der Anlage hinterlegt wurde,
-) der Anbau- und Liefervertrag dem Mehrfachantrag beigelegt wurde und
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat

Beim Anbau von Mais bzw. Kulturpflanzen, die einen späten Erntezeitpunkt aufweisen, kann aufgrund des späteren Erntezeitpunktes die Flächenzahlung voraussichtlich erst Ende 2004 ausbezahlt werden, da die Vorlage der Liefermitteilung (Erntemeldung) verpflichtende Voraussetzung zur Zahlung ist.

ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN FRISTEN

(für Betreiber und Erzeuger)

<u>bis spätestens 31.01.2004</u>	Übermittlung der Verpflichtungserklärungen bzw. Anbau- und Lieferverträge an die AMA (Eingang) für Wintersaaten durch den Betreiber der Verfeuerungsanlage .
<u>bis spätestens 15.05.2004</u>	Übermittlung der Verpflichtungserklärungen bzw. Anbau- und Lieferverträge an die AMA (Eingang) für Sommersaaten durch den Betreiber der Verfeuerungsanlage .
<u>bis spätestens 15.05.2004</u>	Übermittlung der Bankgarantie <u>an die AMA</u> (Eingang) durch den Betreiber der Verfeuerungsanlage .
<u>Abgabe MFA</u>	Beilegen der Verpflichtungserklärung bzw. des Anbau- und Liefervertrages zum Mehrfachantrag durch den Betreiber (Verpflichtungserklärung) bzw. Erzeuger (Anbau- und Liefervertrag). Die entsprechenden Flächen müssen im Mehrfachantrag richtig deklariert sein und mit der Verpflichtungserklärung/dem Anbau- und Liefervertrag übereinstimmen.
<u>rechtzeitig vor der Ernte (ca. 3-4 Wochen)</u>	Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS (falls vorhanden) am eigenen Betrieb.
<u>spätestens 3 Tage vor jeder Ernte</u>	Mitteilung der Ernte mittels Formblatt - "Mitteilung der Ernte" durch den Erzeuger (kann auch der Anlagenbetreiber für seine Vertragspartner melden). Nach Abschluss der Ernte ist vom Erzeuger die Erntemenge (Formblatt VE1) bekannt zugeben. Der Betreiber meldet die Anlieferung seiner Vertragspartner mittels Formblatt VA1 und weist die Denaturierung (=Erstverarbeitung) mittels Formblatt VV1 nach. Stichtage beachten!!!
<u>bis 10. August des Folgejahres (2005)</u>	Übermittlung der monatlichen Aufzeichnungen durch den Betreiber der Verfeuerungsanlage .
<u>nach Verarbeitung der Gesamtmenge</u>	Ist die gesamte Menge verarbeitet, ist dies durch den Betreiber der Anlage der AMA zu melden (Formblatt VV2). Nach erfolgter Verarbeitungskontrolle kann mit dem Formblatt VV3 die Freigabe der Sicherheit beantragt werden. Die entsprechende Menge muss spätestens am 31. Juli 2006 verarbeitet sein.
<u>Außerdem:</u>	<u>Vor der erstmaligen Inbetriebnahme</u> der Anlage ist dies vom Anlagenbetreiber der Agrarmarkt Austria <u>rechtzeitig</u> zu melden. Es wird daraufhin ein Termin für eine Zulassungskontrolle vereinbart.



Anbau- und Verpflichtungserklärung ¹⁾
des landwirtschaftlichen Erzeugers bei
Verfeuerung von Nachwachsenden Rohstoffen auf stillgelegten Flächen am eigenen
Betrieb gem. VO (EG) Nr. 2461/1999

1. Erzeuger:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon-Nr.: _____ Betriebsnummer: _____

Telefax-Nr.: _____ Zuständige BBK: _____

2. Anbaufläche:

ha	ar

3. Erntejahr: _____

4. Ausgangserzeugnis: Wintersaat Sommersaat

Kulturart: _____

5. Voraussichtlicher Ernteertrag ²⁾: _____
(handelsübliche Qualität)

6. Verpflichtungserklärung:

Ich verpflichte mich, den gesamten Aufwuchs dieser Stilllegungsflächen in meiner betriebseigenen Verfeuerungsanlage zu verwerten.

Ort, Datum

Unterschrift des Erzeugers
(= Betreiber der
Verfeuerungsanlage)

- 1) Vorlagefristen: für Wintersaaten bis spätestens 31.01.2004, für Sommersaaten bis spätestens 15.05.2004; Zulässig ist ausschließlich der Anbau von Getreide und bestimmten Ölsaaten (Raps- bzw. Rübsensamen, Sojabohnen, Sonnenblumenkerne)
- 2) Der angegebene voraussichtliche Ertrag muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen bzw. ist der Mindestertrag des Vorjahres einzutragen. In Zweifelsfällen sollte unbedingt Kontakt mit der Agrarmarkt Austria aufgenommen werden.

NACHWACHSENDE ROHSTOFFE
ANBAU- UND LIEFERVERTRAG
 für der Ernte 2004
zur Verfeuerung / Energiegewinnung

Abgeschlossen zwischen
dem Betreiber der Verfeuerungsanlage

einerseits,
im folgenden kurz **Betreiber** genannt,

Betreiber

und dem nachfolgend genannten Erzeuger und
Antragsteller auf Flächenzahlung
(Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes)
andererseits,
im folgenden kurz **Erzeuger** genannt:

--

Eingang bei der AMA

Angaben zum **Erzeuger**:

.....
Zuname (in Blockschrift)

.....
Vorname

.....
Betriebsnummer

.....
Postleitzahl

.....
Ort

.....
Straße

.....
Haus Nr.

.....
BBK

I. Ausgangserzeugnis:

Bezeichnung: _____

Herbstaussaat

Frühjahrsaussaat

Gesamte Vertragsfläche		Voraussichtlicher
Ha	ar	Ertrag *)

*) siehe Rückseite

Die unterzeichneten Parteien erklären ausdrücklich die Einhaltung der auf der Rückseite angeführten Bedingungen und Verpflichtungen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Betreibers

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Erzeugers

Der **Erzeuger** erklärt ausdrücklich, dass die Vertragsflächen allen in der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999, der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 sowie der Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000 i.d.g.F. angeführten Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszahlungen entsprechen.

II. Endverwendungszweck gemäß Verordnung (EG) Nr. 2461/1999:

Der (Die) produzierte wird in Verfeuerungsanlagen verwertet.

Vertragsrückseite:

III. Laufzeit des Vertrages: Dieser Vertrag bezieht sich auf das Erntejahr 2004.

IV. Voraussichtlicher Ertrag:

Da die Erntemenge bei Erstellung des Anbau- und Liefervertrages naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsprognose) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen. Sollten solche repräsentativen Erträge nicht vorhanden sein, so ist mindestens der niedrigste Ertrag des Vorjahres einzusetzen.

Die Agrarmarkt Austria schätzt die Ernteerträge der im Vertrag genannten oder vertraglich gebundenen Ausgangserzeugnisse unmittelbar vor der Ernte (repräsentative Erträge). Die Liefermenge des Ausgangserzeugnisses darf den repräsentativen Ertrag nicht unterschreiten. Liegt die Liefermenge unter dem repräsentativen Ertrag (Lieferverpflichtung) muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren. Ist bereits vor der Ernte (z.B. wegen schlechter Witterungsverhältnisse) erkennbar, dass der Erzeuger seine Lieferverpflichtung nicht oder nicht in voller Höhe erfüllen kann müssen beide Vertragspartner die AMA unverzüglich schriftlich informieren. Die betroffenen Feldstücke sind in einem Zustand zu erhalten, der eine Kontrolle des dargestellten Sachverhaltes ermöglicht.

V. Lieferbedingungen:

Der **Betreiber** verpflichtet sich, das gesamte Erntegut vom **Erzeuger** auf eigene Rechnung zwecks Verwertung in der eigenen Verfeuerungsanlage zu übernehmen und vorher entsprechend den Vorgaben der AMA zu denaturieren.

Qualitätsnormen:

.....
.....
.....
.....

VI. Verpflichtung des Erzeugers:

Der **Erzeuger** läßt eine Vertragsausfertigung beim Betreiber.

Der Erzeuger liefert die gesamte Erntemenge der Vertragsfläche dem Betreiber ab und meldet der Agrarmarkt Austria die Art und Menge der Ernte mittels Formblatt VE1 bis zu den jeweiligen Stichtagen

Der **Erzeuger** verpflichtet sich, mit **einem Betreiber** nur **einen Vertrag** abzuschließen.

Der Erzeuger bestätigt, dass die im Vertrag angeführten Flächen mit den Flächen der Feldstücke in der Flächennutzungsliste des Mehrfachantrages 2004 übereinstimmen

Der Erzeuger schließt den Vertrag unbedingt vor den in Pkt. VII genannten Fristen.

VII. Verpflichtung des Betreibers:

Der **Betreiber** hinterlegt bis spätestens **31. Jänner 2004** (Herbstanbau) bzw. bis **15. Mai 2004** (Frühjahrsanbau) eine Kopie des Vertrages bei der AMA.

Der **Betreiber** verpflichtet sich, die gesamte Erntemenge des **Erzeugers** auf eigene Rechnung zu übernehmen und zu denaturieren.

Der **Betreiber** garantiert die Verwendung dieser Menge des Ausgangserzeugnisses ausschließlich zur Verfeuerung.

VIII. Sicherheit gemäß Art. 15 der Verordnung (EG) 2461/1999

Der **Betreiber** hinterlegt eine Sicherheit (Bankgarantie) in Höhe von 250 EURO je ha bis spätestens **15. Mai 2004** bei der AMA in Wien (1 EURO entspricht 13,7603 öS)

IX. Der Kaufpreis:

X. Weitere Bestimmungen

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag wird das "Börsenschiedsgericht für landwirtschaftliche Produkte" in Wien als Gerichtsstand vereinbart. Der Erzeuger erteilt gemäß § 7 Abs. 1 Datenschutzgesetz seine ausdrückliche Zustimmung zur Weitergabe und Verwendung seiner Betriebsdaten für Zwecke der Beratung und Förderung einschließlich der Durchführung absatzfördernder Maßnahmen.

Das **Original** verbleibt beim **Erzeuger**, ein **Durchschlag** beim **Betreiber**, ein **Durchschlag** ist der **Agrarmarkt Austria** zu übermitteln.

SI

Höchstbetrags - BANKGARANTIE
für den Bereich

- | | | |
|-------------------------------------|--|------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Vieh und Fleisch ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-297 |
| <input type="checkbox"/> | Milch und Milcherzeugnisse ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-396 |
| <input checked="" type="checkbox"/> | pflanzliche Erzeugnisse
(ausgenommen
Produktionserstattung
Stärke/Zucker) und Nicht unter
Anhang I des Vertrages fallende
Waren ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-303 |
| <input type="checkbox"/> | Produktionserstattung
Stärke/Zucker ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-303 |

Antragsteller (Firma):

Eintragung im Firmenbuch: JA unter FN NEIN

Anschrift des Antragstellers:

Begünstigte Stelle ist je nach Art des zugrundeliegenden Antrages die Agrarmarkt Austria, die Republik Österreich oder die Europäische Union.

Verwaltende Stelle:

Agrarmarkt Austria
Dresdner Straße 70 (Postfach 62)
1200 Wien
Telefon: 01/331 51-0

1.

Als Sicherheit, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union betreffend

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | Lizenzen u./od. Bescheinigungen für NA-I-Waren ¹⁾ |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Beihilfen, Sonstiges: <i>Nachwachsende Rohstoffe</i>
(<i>Verfeuerung</i>) <i>Ernte 2004 - Verordnung (EG) Nr. 2461/1999</i>
¹⁾²⁾ |
| <input type="checkbox"/> | Intervention ¹⁾ |

zu stellen ist, übernimmt das gefertigte Unternehmen für den oben angeführten Antragsteller die unwiderrufliche Garantie bis zu einem Höchstbetrag von

€.....

(in Worten: €.....)

Im Rahmen einer Inanspruchnahme aus dieser Höchstbetrags-Garantie verpflichtet sich das gefertigte Unternehmen unwiderruflich, über erste schriftliche Aufforderung der AMA binnen 30 Tagen nach Zugang dieser Aufforderung (eine Aufforderung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen) unter Verzicht auf jedwede Einwendung und ohne Prüfung der zugrundeliegenden Rechtsverhältnisse die Zahlung geforderter Beträge innerhalb des oben angeführten Gesamtrahmens auf das von der AMA in der vorgenannten Aufforderung bezeichnete Bank- bzw. Postscheckkonto vorzunehmen.

1) Bitte Zutreffendes ankreuzen (bei den genannten Bereichen und Maßnahmen ist nur eine Nennung möglich!)

2) ggf. Angabe der Nummer der bezughabenden Verordnung

2.

Die Verpflichtung aus der Höchstbetrags-Garantie bezieht sich auf alle Sicherheiten, die seit dem zu stellen sind.

3.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie ist unbefristet, sie kann jedoch mit einmonatiger Frist zum Ende des Kalendermonates gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen und das Original der Kündigungserklärung der AMA nachweislich zugestellt werden. Die Kündigung wird wirksam, sobald der AMA das Original des Kündigungsschreibens zugegangen ist (eine Kündigung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen). Nach der Kündigung haftet das gefertigte Unternehmen für die gestellten und bis zum Wirksamwerden der Kündigung zu stellenden Sicherheiten bis zu deren Freigabe weiter.

4.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie wird wirksam, sobald das Original der Garantieurkunde der verwaltenden Stelle zugestellt worden ist. Eine eigene Annahmeerklärung ist nicht erforderlich.

5.

Das gefertigte Unternehmen verzichtet im Rahmen der vorliegenden Höchstbetrags-Garantie ausdrücklich auf die Einredeweise Geltendmachung allfälliger gegen die verwaltende Stelle bestehender Gegenforderungen.

6.

Diese Höchstbetrags-Garantie erlischt durch Rückstellung dieses Schreibens an das gefertigte Unternehmen.

7.

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dieser Höchstbetrags-Garantie ist Wien. Es gilt österreichisches Recht.

8.

genaue Anschrift des garantierenden Unternehmens (ggf. zuständige Zweigniederlassung und Filiale):

für Rückfragen zust. Sachbearbeiter:

Telefonnummer mit DW: TELEFAX-Nr.:

.....
(Ort, Datum)

.....
(firmenmäßige Zeichnung
des garantierenden Unternehmens)



Antrag auf Zulassung
bei der Verbrennung von Energiepflanzen bzw. NAWAROS
von stillgelegten Flächen
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003

1. Betreiber der Anlage (= Antragsteller)

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

2. Antrag auf Zulassung

Ich beantrage die Zulassung meiner Verfeuerungsanlage zur Verbrennung von Energiepflanzen bzw. Nachwachsenden Rohstoffen von stillgelegten Flächen.

3. Der Antragsteller verpflichtet sich, die vorgeschriebenen Aufzeichnungen ordnungsgemäß zu führen.
4. Der Antragsteller verpflichtet sich des weiteren, den Prüforganen zu allen Betriebs- und Lagerräumen Zutritt sowie Einsicht in die Buchhaltung und allen erforderlichen Unterlagen zu gewähren.
5. Nach erfolgter Übermittlung dieses Antrages an die Agrarmarkt Austria wird mit dem Antragsteller ein Termin für die Zulassungskontrolle vereinbart. Diese muss vor der erstmaligen Verarbeitung (= Verbrennung) erfolgen. Der Zulassungsantrag muss daher rechtzeitig vor Verarbeitungsbeginn an die AMA übermittelt werden.
Die Zulassung der Verfeuerungsanlage erfolgt bescheidmässig.

Ort, Datum

Betreiber der Anlage



**Antrag auf
Zulassung einer Waage für die Verwiegung von Energiepflanzen
bzw. NAWAROS
Gemäß KPF-VO 2000, BGBL. II Nr. 496/1999 Art. 12 Abs. 3**

1. Betreiber der Verfeuerungsanlage (= Antragsteller)

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

2. Antrag auf Zulassung

Ich beantrage hiermit, die Waage des unten genannten Betriebes für die Verwiegung von Energiepflanzen bzw. von NAWAROS zuzulassen.

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

a) Der Antragsteller verpflichtet sich weiters, den Prüforganen zu allen Betriebs- und Lagerräumen Zutritt sowie Einsicht in die Buchhaltung und allen erforderlichen Unterlagen zu gewähren.

b) Nach erfolgter Übermittlung dieses Antrages an die Agrarmarkt Austria wird mit dem Antragsteller ein Termin für die Zulassungskontrolle vereinbart. Diese muss vor der erstmaligen Ernte erfolgen. Der Zulassungsantrag muss daher rechtzeitig vor Erntebeginn an die AMA übermittelt werden. Die Zulassung der Waage erfolgt per Bescheid.

Die Verwiegung erfolgt auf:

Brückenwaage Durchlauf-/Kippwaage geeicht bis: _____

Wiegescheine werden erstellt: automatisch manuell

Ort, Datum

Betreiber der Verfeuerungsanlage

Betrieb der die Verwiegung vornimmt



Mitteilung der Ernte
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003

Ernte 2004

Verfeuerungsanlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Für: *SL-Verfeuerung:* _____ *Energiepflanzen (E):* _____

Für folgende Vertragspartner:

BNR	Vertragspartner	Fläche	Kultur (zB: SL-VF Sommergerste, bzw. E- Sommergerste)

Geplanter Erntetermin: _____

Voraussichtliche Lagerstätte: _____

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Mitteilung spätestens 3 Tage vor Beginn des geplanten Erntetermines der AMA übermittelt werden muss (Fax: 01-33151-298).

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers bzw. Erzeugers



VA1

**Mitteilung des Betreibers der Verfeuerungsanlage
über die Anlieferung
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Registriernummer:

Betreiber der Anlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Geliefertes Erzeugnis:

Für: *SL-Verfeuerung*: _____ *Energiepflanzen (E)*: _____

Menge:	Datum der Lieferung: *)

Erzeuger, der die Lieferung vorgenommen hat:

Betriebsnummer: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift des Erzeugers

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers der Anlage

Diese Mitteilung ist innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Lieferung des Ausgangserzeugnisses an den Betreiber der Verfeuerungsanlage bei der AMA abzugeben.

*) jede Einzellieferung ist anzugeben!



E R N T E M E L D U N G

für "Nachwachsende Rohstoffe" bzw. "Energiepflanzen" Ernte 2004 bei Verfeuerung

VE1

Erzeuger:

Betr.Nr.:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung:

Straße, Haus-Nr., Ortsteil:

Plz. / Ort:

Telefon:

Betreiber der Verfeuerungsanlage: Name: _____

Anschrift: _____

Für: *SL-Verfeuerung:* _____ *Energiepflanzen (E):* _____

Rechnungsnummer, Lieferscheinnummer	Lieferzeitraum	Nettogewicht in kg	Kultur (zB: SL-VF Sommergerste, bzw. E- Sommergerste)

Summe: _____

Ich bestätige hiermit, dass die gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

_____ Ort/Datum	_____ Unterschrift des Erzeugers
--------------------	-------------------------------------



VV1

**Mitteilung des Betreibers der Verfeuerungsanlage über die
DENATURIERUNG
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Betreiber der Anlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Ausgangserzeugnis:

Für: *SL-Verfeuerung*: _____ *Energiepflanzen*: _____

Fläche *SL-Verfeuerung*: _____ ha Fläche *Energiepflanzen*: _____
ha

Hergestelltes „Zwischenerzeugnis“:

Bezeichnung: Denaturiertes Energiekorn

Menge *SL-Verfeuerung*: _____ kg

Menge *Energiepflanzen*: _____ kg

Beigemengtes Produkt (Denaturierungsmittel): Farbstoff + Bitrex (Mengenangabe!)

Datum bzw. Zeitraum der Ernte: _____

Datum bzw. Zeitraum der Denaturierung: _____



VV2

**Verwertung von Energiepflanzen bzw. Nachwachsenden
Rohstoffen in VERFEUERUNGSANLAGEN
Verarbeitungsnachweis der Endverarbeitung
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Betreiber der Verfeuerungsanlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Verwertetes Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: Denaturiertes Energiekorn

SL-Verfeuerung *Energiepflanzen* → Zutreffendes bitte ankreuzen!

Das Zwischenerzeugnis besteht aus:

_____ **und** _____
Ausgangserzeugnis z. B. Sommergerste Zusatz (= Denaturierungsmittel)

Verarbeitete Menge *SL-Verfeuerung*: _____ kg

Verarbeitete Menge *Energiepflanzen*: _____ kg

Daraus hergestelltes Non-food-Erzeugnis:

Bezeichnung: Wärme Menge: _____ kWh

Verarbeitungszeitraum: _____

Verarbeitungsstätte (Standort der Verfeuerungsanlage): _____

Ort/Datum

Betreiber der Verfeuerungsanlage



VV3

**Verwertung von Energiepflanzen bzw. Nachwachsenden Rohstoffen
in VERFEUERUNGSANLAGEN
Antrag auf Freigabe der Sicherheit
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Sicherheitsleistender (Betreiber der Anlage):

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: Denaturiertes Energiekorn

SL-Verfeuerung *Energiepflanzen* → Zutreffendes bitte ankreuzen!

Verarbeitete Menge *SL-Verfeuerung*: _____ kg

Verarbeitete Menge *Energiepflanzen*: _____ kg

Hergestelltes Non-food-Erzeugnis:

Bezeichnung: Wärme Menge : _____ kWh

Verarbeitungsnachweis(e) (VV2):

ist/sind beigelegt wurden bereits übersandt

Es wird beantragt, die geleistete Sicherheit der Ernte 2004

insgesamt (über _____ ha),

SL-Verfeuerung (über _____ ha),

Energiepflanzen (über _____ ha) *freizugeben.*

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers

Nr. 2.

**MERKBLATT für die Erzeugung von BIOGAS von stillgelegten Flächen
der ERNTE 2004**

Hinweis:

In diesem Merkblatt sollen lediglich die in den angeführten Rechtsgrundlagen geregelten Bestimmungen zusammengefasst und verständlich dargestellt werden. Ein Rechtsanspruch kann somit nur aus den angeführten Rechtsgrundlagen, keinesfalls aber aus diesem Merkblatt abgeleitet werden.

Für den Anbau von Energiepflanzen zur Biogaserzeugung wird auf das Merkblatt "Energiepflanzen" verwiesen.

A. REGELUNG

a) Rechtsgrundlagen

- Verordnung (EG) Nr. 2461/1999
 - Verordnung (EG) Nr. 2419/2001
 - Verordnung (EG) Nr. 2237/2003
 - Verordnung (EG) Nr. 1251/1999
 - Verordnung (EWG) Nr. 4045/1989
 - Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000, BGBl. II Nr. 496/1999 (KPF-V2000) i.d.g.F.
- Soweit nachfolgend Artikel (Art.) angegeben werden, beziehen sich diese auf die Verordnung (EG) Nr. 2461/1999.

b) Allgemeines

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 ist es dem Landwirt gestattet, das auf bestimmten stillgelegten Flächen geerntete Ausgangserzeugnis in seinem landwirtschaftlichen Betrieb zu Biogas des KN-Codes 2711 29 00 zu verarbeiten.

Achtung:

Auf den Stilllegungsflächen, die mit nachwachsenden Rohstoffen bebaut sind, müssen alle vorgesehenen Verpflichtungen genauestens erfüllt werden. Ist dies nicht der Fall, gelten diese Flächen als "bei der Kontrolle nicht vorgefunden", d.h. sie werden nicht als Stilllegungsflächen gewertet. Dies kann zum Verlust des Stilllegungsausgleiches und in weiterer Folge des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen.

Dieses Merkblatt soll allen Beteiligten eine Hilfestellung sein und Hinweise für die Abwicklung geben. In Zweifelsfällen gilt der Text der Verordnung. Das im folgenden beschriebene Verfahren betrifft die Regelungen der VO (EG) Nr. 2461/1999.

c) Zutritts- und Prüfungsrechte

Gemäß KPF-VO 2000, BGBl. II Nr. 496/1999 hat der Landwirt den Organen und Beauftragten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, der AMA und den Organen der EU das Betreten der Geschäfts- und Betriebsräume sowie der Anbauflächen zu gestatten.

Die Prüforgane sind berechtigt in die Buchhaltung und allen anderen Unterlagen Einsicht zu nehmen.

B. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

a) Ausgangserzeugnisse

Als Ausgangserzeugnisse gelten alle im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 angeführten Erzeugnisse (siehe auch Anhang) **mit Ausnahme von Futterraps**.

Der Erzeuger ist verantwortlich für die Produktion dieser in der Anbau- und Verpflichtungserklärung bzw. im Anbau- und Liefervertrag genannten nachwachsenden Rohstoffe ("Ausgangserzeugnisse") auf Stilllegungsflächen, sowie deren **"ortsübliche" Pflege**, Ernte und ordnungsgemäße Verwendung. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen hat er Anspruch auf Flächenzahlung, die er im Mehrfachantrag beantragen muss. Pro Stilllegungsperiode ist nur der Anbau und die Beantragung von einer Kulturart möglich. Untersaaten sind zulässig.

b) Enderzeugnis

Als Enderzeugnis ist nur ***Biogas*** des KN-Codes 2711 29 00 zulässig!

TEIL I (ERZEUGER IST BETREIBER)

2. ANBAU- UND VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG:

2.1. Inhalt der Anbau- und Verpflichtungserklärung:

Der Betreiber der Biogasanlage hat für seine eigenen Ausgangserzeugnisse eine Anbau- und Verpflichtungserklärung bei der AMA zu hinterlegen.

Die Erklärung muss vollständig ausgefüllt sein und folgende Angaben (Art. 4) enthalten:

a) Name und Anschrift

b) Betriebsnummer

c) Laufzeit (Ernte 2004)

d) Die gebundenen **Flächen** sind in Summe anzugeben und müssen mit der im Mehrfachantrag angegebenen, mit nachwachsenden Rohstoffen bebauten Fläche übereinstimmen.

e) Kulturart des angebauten Ausgangserzeugnisses (zulässig sind nur die im Anhang I der VO (EG) Nr. 2461/1999 angegebenen Ausgangserzeugnisse, ausgenommen Futterraps)

f) Voraussichtliche Erntemenge (handelsübliche bzw. silierfähige Qualität)

Da die Erntemenge bei Erstellung der Anbau- und Verpflichtungserklärung naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsprognose) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen.

g) Verpflichtungserklärung des Erzeugers, die gesamten geernteten Ausgangserzeugnisse in der eigenen Biogasanlage zu verwerten.

h) Unterschrift sowie Datum

Die Erklärung kann nur dann anerkannt werden, wenn alle erforderlichen Angaben gemacht wurden. Zusätzlich ist bei den Angaben die für den Erzeuger zuständige Vertretung (BBK, landw. Bezirksreferat) zu nennen.

1.2. Vorlage der Anbau- und Verpflichtungserklärung:

Der Erzeuger legt die Anbau- und Verpflichtungserklärung

a) dem Mehrfachantrag bei

Die Flächen in der Anbau- und Verpflichtungserklärung müssen mit jenen im Mehrfachantrag übereinstimmen! Bei Flächendifferenzen zwischen den Angaben im Mehrfachantrag und der beigelegten Erklärung ist nur die kleinere Fläche anrechenbar. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass die im Mehrfachantrag angegebene Fläche ausschlaggebend bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung und eventuell damit im Zusammenhang stehender Sanktionen ist.

- im **Mehrfachantrag** sind für jede stillgelegte Parzelle und für jedes darauf angebaute Ausgangserzeugnis die Art und Sorte sowie der voraussichtliche Ertrag für jede Art und Sorte anzugeben, während
- in der **Anbau- und Verpflichtungserklärung** nur die Art des Ausgangserzeugnisses, der voraussichtliche Ertrag und die je Art bebaute Fläche im Gesamtausmaß anzugeben sind.

Wird dieselbe Art bzw. Sorte auch auf nicht stillgelegten Flächen innerhalb desselben Betriebes angebaut, so sind im Mehrfachantrag diese Arten bzw. Sorten sowie die voraussichtlichen Erträge für die betreffenden Parzellen unter Angabe der Lage (Skizzen) und der Flächenidentifizierung anzugeben.

b) übermittelt eine Kopie dieser Anbau- und Verpflichtungserklärung für Kontrollzwecke der Agrarmarkt Austria zu den nachstehend genannten Terminen:

- bis zum **31. Jänner 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Juli und 31. Dezember 2003 ausgesät werden
- bis zum **15. Mai 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Jänner und 30. Juni 2004 ausgesät werden

Wird die Anbau- und Verpflichtungserklärung nicht dem Mehrfachantrag beigelegt, können diese Flächen NICHT anerkannt werden, was u.U. zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

Wird die Kopie der Anbau- und Verpflichtungserklärung verspätet, also nach den oben angeführten Stichtagen vorgelegt, erfolgt ein Kautionsverfall von 15% der gesamten, für diese Fläche zu hinterlegenden Sicherheit!

Anbau- und Verpflichtungserklärungen, die nach dem 15.05.2004 bei der AMA einlangen, gelten als nicht vorgelegt.

Die Anbau- und Verpflichtungserklärungen sollten deshalb so früh wie möglich vorgelegt werden. Durch eine verspätete Abgabe sind die Flächenzahlungen auch für alle anderen Kulturarten gefährdet.

Nützt der Betreiber der Biogasanlage auch den Aufwuchs von Stilllegungspflanzen anderer Landwirte, die ihm Ausgangserzeugnisse (bzw. Silage) liefern, schließt er mit diesen entsprechende Anbau- und Lieferverträge ab und tritt somit als Aufkäufer auf. Somit gelten für ihn sämtliche Pflichten als Aufkäufer gemäß Merkblatt für Nachwachsende Rohstoffe für die Ernte 2004.

So ist der Betreiber verpflichtet diese Verträge bis zu den oben genannten Stichtagen an die Agrarmarkt Austria zu übermitteln.

Die Landwirte müssen eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages ihrem Mehrfachantrag beilegen.

1.3. Anpassung bzw. Auflösung der Anbau- und Verpflichtungserklärung

Unter Wahrung der Förderung für die Flächenstilllegung kann die Erklärung nur unter folgenden Umständen geändert oder aufgelöst werden:

a) Vor Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen"

-) Vorlage der aktuellen (geänderten) Anbau- und Verpflichtungserklärung an die AMA.

Bei Flächenerhöhungen muss auch die Sicherheit erhöht werden. Die entsprechende Bankgarantie bzw. Bankgarantie-Erhöhung muss spätestens am 15.05.2004 bei der Agrarmarkt Austria vorliegen. Die Bankgarantie kann nicht im Zuge der MFA-Abgabe auf der BBK hinterlegt werden.

b) Nach Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen" jedoch vor dem 15. Mai 2004

Grundsätzlich kann die Anbau- und Verpflichtungserklärung wie vor Abgabe des Mehrfachantrages geändert oder storniert werden. Diese Änderungen müssen auch dem Mehrfachantrag beigelegt werden d.h.:

-) Vorlage der geänderten Erklärung bei der AMA
-) Anpassung der Sicherheit, sofern diese bereits hinterlegt wurde
-) Übermittlung der Änderungen zum Mehrfachantrag

c) Nach dem 15. Mai 2004

-) Nur wenn der Landwirt wegen besonderer Umstände nicht in der Lage ist, das in der Anbau- und Verpflichtungserklärung genannte Erzeugnis im vollen Umfang bereitzustellen, wie z.B. wegen schlechten Witterungsverhältnissen, Hagelschäden und
-) nur nach Einholung der Zustimmung durch die AMA unter genauer Angabe des Namens, der Betriebsnummer, der Anschrift, der Flächen und einer nachvollziehbaren Begründung.
-) Die AMA überprüft die gemachten Angaben und gibt bekannt, ob dem Antrag stattgegeben werden kann und was mit dem verbleibenden Aufwuchs zu geschehen hat. Führt die Änderung zu einer Verringerung der von der Anbau- und Verpflichtungserklärung erfassten Fläche oder wird die Anbau- und Verpflichtungserklärung widerrufen, so muss der Erzeuger zur Aufrechterhaltung seines Anspruchs auf Flächenzahlung die betreffende stillgelegte Fläche in einer von der AMA festgelegten Weise erneut brachlegen und verliert das Recht, das aus der Anbau- und Verpflichtungserklärung genommene Ausgangserzeugnis abzugeben oder zu verwenden.
Eine Ausweitung der Stilllegungsflächen nach dem 15. Mai ist nicht möglich.

2. SICHERHEIT

Um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen, hat der Betreiber der Biogasanlage eine Sicherheit in der Höhe von **250 EURO pro Hektar für NAWAROS** zu leisten. Dies gilt sowohl für seine eigenen Flächen als auch für die Flächen seiner Vertragspartner.

Es wird nahegelegt die Sicherheit in Form einer Höchstbetrags-Bankgarantie (Formblatt Si) zu stellen. Für die Höchstbetrags-Bankgarantien sollte das Formblatt Si verwendet werden, bzw. die Bankgarantie sollte den exakt identischen Wortlaut aufweisen. Der Höchstbetrag-Bankgarantie ist ein formloses Beiblatt mit Angaben über Betriebsnummer, Erzeuger und Fläche, für die die Sicherheit hinterlegt wird, anzufügen.

Die Bankgarantie ist in voller Höhe bis zum 15.05.2004 bei der AMA einzubringen. Wird dieser Termin überschritten, verfallen 15% der Sicherheit gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2220/85. Die Flächenzahlung kann nur dann erfolgen, wenn der Nachweis vorliegt, dass die Sicherheit für die gesamte Fläche hinterlegt wurde.

3. ERNTE UND SILIERUNG

3.1. Erntemitteilung

Der Landwirt hat die Agrarmarkt Austria spätestens **drei Tage vor der geplanten Ernte** mittels des im Anhang beigelegten Formblattes "Mitteilung der Ernte" zu informieren. Bei mehrschnittigen Ausgangserzeugnissen (Klee, Gras) gilt diese Bestimmung für **alle Schnitte**. Der Erzeuger ist zur Verwendung des gesamten auf der Stilllegungsfläche erzeugten Aufwuchses verpflichtet.

Im Falle einer Nichtmeldung der Ernte werden die Stilllegungsflächen nicht als solche anerkannt, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

3.2. Repräsentativer Ertrag NAWAROS

Maßgebend für die Mindestablieferungsmenge ist der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vor der Erntefür den Anbau von NAWAROS auf SL-Flächen regional differenziert festgesetzte Ertrag (bei z.B. Körnermais).

Ist auf Grund bestimmter Umstände (Trockenheit, etc.) anzunehmen, dass der voraussichtliche Ertrag nicht erreicht werden kann, hat der Antragsteller dies der AMA binnen zwei Wochen unter Angabe der Gründe schriftlich zu melden.

Minderertragsmeldungen können jedoch erst ab einem Zeitpunkt akzeptiert werden, wo durch Witterungsbedingungen und Kultivierungsmaßnahmen keine Steigerung des Ertragspotentials mehr zu erwarten ist. Die angebauten Kulturen müssen **"ortsüblich"** gepflegt werden, ein verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln stellt keine Begründung für einen Minderertrag dar.

Liegt die Erntemenge des Ausgangserzeugnisses unter dem repräsentativen Ertrag, muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren.

3.3. Verwiegung

Wird die Ganzpflanze siliert, ist eine Verwiegung nicht zwingend, die Erntemenge kann volumetrisch erhoben werden. Sofern ein Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS (siehe Anhang) gestellt und die Zulassung der Waage von der AMA bescheidmässig erteilt wurde, kann die Ganzpflanze auch verwogen werden.

Im Falle von kornartigen Ausgangserzeugnissen (z.B. Körnermais) muss das Erntegut auf einer **geeichten öffentlichen Waage oder auf einer von der AMA (bescheidmässig) zugelassenen Waage (kann auch auf dem Biogasbetrieb erfolgen)** verwogen werden. Der Wiegevorgang muss nachvollziehbar dokumentiert werden. Wiegescheine bzw. Wiegekarten sind vom Verwieger und vom Erzeuger zu unterschreiben und für Kontrollzwecke lückenlos aufzubewahren! **Handelt es sich nicht um eine öffentliche Waage, muss mittels dem Formblatt "Antrag auf Zulassung für die Verwiegung von NAWARO's" die Zulassung dieser Waage beantragt werden.** Eine Feststellung der Beschaffenheit muss ebenfalls erfolgen. Es muss ein Rückstellmuster gezogen werden, welches neben den Unterlagen bezüglich Beschaffenheitsfeststellung (Feuchtigkeit, Besatz, Hektolitergewicht) am Betrieb zu verwahren ist.

Der Antrag auf Zulassung einer Waage ist rechtzeitig (ca. 3-4 Wochen) vor der erstmaligen Ernte zu stellen!

3.4. Denaturierung

Variante 1: Die Denaturierung hat unmittelbar nach der Ernte mittels Einbringen von Gülle bzw. Festmist selbständig durch den Erzeuger zu erfolgen.

Als zulässige Siloformen werden Rundsilos und Flachsilos anerkannt. Bei einer Silierung ohne feststehende Seitenwände muss eine möglichst gleichmäßige Form gewährleistet sein.

Jeweils nach 50 cm verdichtetem Erntegut wird der Silo ganzflächig mit Gülle übergossen, um auszuschließen, dass das Erntegut für Futtermittelzwecke verwendet werden kann. Das Versetzen mit Gülle muss unbedingt in einem solchen Ausmaß erfolgen, dass bei Anschnitt des Silos die Denaturierung nachvollzogen werden kann („Güllestreifen“)! Um bei einer Vorortkontrolle eine Siloöffnung zu vermeiden, kann die Denaturierung mit Fotos dokumentiert werden.

Die AMA wird gehäuft, in kurzen unregelmäßigen Abständen und unangemeldet die Ernte überwachen.

Diese Vermischung mit Gülle gilt als Erstverarbeitung und ist mittels Formblatt BV1 der AMA zu melden. Der Betreiber der Biogasanlage meldet die Anlieferungen der einzelnen Landwirte (Vertragspartner) mittels Formblatt BA1. Gleichzeitig mit dieser Meldung übermittelt der Erzeuger eine Planskizze seines Silos, wo die jeweiligen Maße ersichtlich sind. Erst nach Abschluss der Erntearbeiten erfolgt bei jedem einzelnen Betreiber die Mengenerhebung durch die AMA, die Messwerte des Landwirts werden somit kontrolliert und der Ertrag auf Plausibilität geprüft.

Variante 2: Es muss keine Denaturierung stattfinden. Stattdessen muss der Betreiber der Biogasanlage in einer täglich zu führenden "Bestandsbuchhaltung Biogas - EINLAGERUNG / VERARBEITUNG" alle (NAWAROS und Nicht-NAWAROS) eingebrachten Cofermentate genauestens aufzeichnen, um eine Plausibilitätsberechnung der Biogasanlage Vorort möglich zu machen. Ein Musterformular für die Bestandsbuchhaltung liegt dem Anhang bei. Beispiel für Nicht-NAWAROS sind zB: Speiseabfälle

Wird diese Variante in Anspruch genommen, muss ab Anfang Februar 2004 mit der täglichen Bestandsbuchhaltung begonnen werden.

Die Ernte gilt in diesem Fall auch als Erstverarbeitung, sodass diese wie in Variante 1, mit dem Formblatt BV1 der AMA gemeldet werden muss. Im Feld "Beigemengtes Produkt" ist jedoch "Plausiprüfung" einzutragen.

Nähere Informationen zu dieser Variante erhalten Sie im Fachreferat der Agrarmarkt Austria GBI/Abt.4/Ref.12 - (Tel. 01/ 33151- Kl. 4813 Hr. Ing. Schulz).

4. VERARBEITUNG UND FREIGABE DER SICHERHEIT

4.1. Verarbeitung

Die Öffnung des Silos ist der AMA **drei Tage im voraus** mittels des im Anhang beigelegten Formblattes "Mitteilung über Siloöffnung" zu melden. Die Endverarbeitung zu Biogas des KN-Codes 2711 29 00 ist der AMA mittels Formblatt **BV2 monatlich** (Meldung bis spätestens 15. des Folgemonats) nachzuweisen.

ACHTUNG:

Vor der erstmaligen Inbetriebnahme der Anlage muss eine Zulassungskontrolle erfolgen. Hierbei kommt es zu einer Befragung des Betreibers hinsichtlich der technischen Verarbeitungskoeffizienten, Erstellung eines Lageplans sowie des Produktionsablaufes etc. Der Betreiber der Biogasanlage gibt vor der ersten Verarbeitung der AMA die Verfahren zur Mengenüberprüfung bekannt. Diese Verfahren sind von der AMA zu genehmigen.

Die Agrarmarkt Austria behält sich vor, unangemeldet Kontrollen durchzuführen. Die Verarbeitung zu Biogas hat bis zum 31. Juli des zweiten Jahres stattzufinden, das auf die Ernte des Ausgangserzeugnisses folgt (31. Juli 2006).

4.2. Freigabe der Sicherheit

Im Falle einer korrekten Abwicklung und ordnungskonformer Endverarbeitung zu Biogas des KN-Codes 2711 29 00 kann die Freigabe der gestellten Sicherheit mittels Formblatt **BV3** beantragt werden.

Wird bei Kontrollen der AMA festgestellt, dass die vorgeschriebenen Aufzeichnungen (siehe Pkt.5) nicht oder nur unvollständig vorliegen, verfällt die Sicherheit entsprechend.

5. AUFZEICHNUNGSPFLICHTEN

Zur Kontrolle der genannten Verpflichtungen, insbesondere der Verpflichtung die gesamte Menge des betreffenden Ausgangserzeugnisses zu Biogas des KN-Codes 2711 29 00 zu verarbeiten, ist der Betreiber der Anlage verpflichtet über alle Transaktionen und Verarbeitungsschritte im Rahmen dieser Regelung in einem Bestandesbuch Aufzeichnungen zu führen.

Aufzuzeichnen sind:

- die Menge aller zum Zweck der Verarbeitung produzierten bzw. gekauften Ausgangserzeugnisse
- die Mengen der verarbeiteten Ausgangserzeugnisse sowie
- die Mengen des produzierten Enderzeugnisses
- Verarbeitungsverluste
- Verarbeitungskoeffizienten (wieviel m³ Silage sind für 100 kWh Strom notwendig)
- eventuell vernichtete Mengen mit entsprechender Begründung und Nachweis
- die Mengen der verkauften oder abgegebenen Enderzeugnisse sowie die erzielten Preise
- Name und Anschrift der Käufer des Enderzeugnisses (im Falle des Weiterverkaufes)

Diese Aufzeichnungen haben **mindestens monatlich zu erfolgen**.

Monatlich (bis 15. des Folgemonats) haben auch die Meldungen mittels Formblatt **BV2** über die Verarbeitung des vergangenen Monats zu erfolgen.

Die AMA kann je nach Lage des Einzelfalles entsprechende Auflagen erteilen, um die Non-Food-Endverwendung sicherzustellen. Wird bei Kontrollen der AMA festgestellt, dass die Aufzeichnungspflichten nicht oder nur unvollständig vorliegen, **verfällt die Sicherheit in voller Höhe. Dies gilt ebenso für den Fall, dass Unterlagen auf Verlangen der Kontrollorgane nicht ausgehändigt werden und dadurch die Prüfung abgebrochen werden muss.**

6. AUSZAHLUNG DER FLÄCHENZAHLUNG FÜR DIE STILLEGUNG

Der Ausgleich für stillgelegte Flächen kann dem Antragsteller vor der Verarbeitung des Ausgangserzeugnisses gezahlt werden. Die Zahlung kann jedoch nur erfolgen, wenn

-) die gesamte geerntete Menge des Ausgangserzeugnisses geerntet und entsprechend mit Gülle (Formblatt BV1) versetzt wurde

Verlautbarung der AGRARMARKT AUSTRIA für den Bereich pflanzliche Erzeugnisse

Nr. 2. Merkblatt für die Erzeugung von BIOGAS von stillgelegten Flächen der Ernte 2004

-) für die Auszahlung der Flächenzahlung ist eine Erntemeldung vorzulegen (Planskizze des Silos bzw. Wiegenachweis)
-) eine Kopie der Anbau- und Verpflichtungserklärung des Anbau- und Liefervertrages zu den genannten Terminen bei der AMA hinterlegt wurde
-) die Bankgarantie in voller Höhe zum genannten Stichtag hinterlegt wurde
-) die Anbau- und Verpflichtungserklärung dem Mehrfachantrag beigelegt wurde
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat

Beim Anbau von Mais bzw. Kulturpflanzen, die einen späten Erntezeitpunkt aufweisen, kann aufgrund des Erntezeitpunktes die Flächenzahlung voraussichtlich später ausbezahlt werden, da die Vorlage der Liefermitteilung (Erntemeldung) verpflichtende Voraussetzung zur Zahlung ist.

TEIL II (ERZEUGER IST NICHT BETREIBER)

1. ANBAU- UND LIEFERVERTRAG

1.1. Inhalt des Anbau- und Liefervertrages

Der Landwirt muss mit dem Betreiber der Biogasanlage einen Anbau- und Liefervertrag abschließen.

Der Vertrag muss vollständig ausgefüllt sein und folgende Angaben (Art. 4) enthalten:

- a) **Name** und **Anschrift** beider Vertragspartner
- b) **Betriebsnummer** des Erzeugers
- c) **Laufzeit** (Ernte 2004)
- d) Die vertraglich gebundenen **Flächen** sind in Summe anzugeben und müssen mit der im Mehrfachtantrag angegebenen, mit nachwachsenden Rohstoffen bebauten Fläche übereinstimmen.
- e) **Kulturart** des angebauten Ausgangserzeugnisses (zulässig sind nur die im Anhang I angegebenen Ausgangserzeugnisse)
- f) **Voraussichtliche Erntemenge** sowie alle für die Lieferung maßgeblichen Bedingungen: Da die Erntemenge bei Vertragsabschluss naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsprognose) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträge der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen
- g) **Preis** für das zu liefernde Erzeugnis (unterliegt der freien Vereinbarung, er muss jedoch nachvollziehbar sein)
- h) **Verpflichtung des Erzeugers**, die gesamten geernteten Ausgangserzeugnisse an den Betreiber der Biogasanlage abzuliefern.
- i) **Verpflichtung des Betreibers der Biogasanlage**, die Lieferung anzunehmen und die gesamte Menge der gelieferten Ausgangserzeugnisse in seiner Biogasanlage zu verwerten.
- j) **Unterschrift beider Vertragsparteien**, sowie Datum des Vertragsabschlusses

Der Vertrag kann nur dann anerkannt werden, wenn alle erforderlichen Angaben von beiden Vertragspartnern angegeben wurden. Zusätzlich ist bei den Angaben die für den Erzeuger zuständige Vertretung (BBK, landw. Bezirksreferat) zu nennen.

1.2. Vorlage des Anbau- und Liefervertrages

Der Erzeuger legt den Anbau- und Liefervertrag

a) dem Mehrfachtantrag bei

Die Flächen im Anbau- und Liefervertrag müssen mit jenen im Mehrfachtantrag übereinstimmen! Bei Flächendifferenzen zwischen den Angaben im Mehrfachtantrag und dem beigelegten Vertrag ist nur die kleinere Fläche anrechenbar. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass die im Mehrfachtantrag angegebene Fläche ausschlaggebend bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung und eventuell damit im Zusammenhang stehender Sanktionen ist.

Nr. 2. Merkblatt für die Erzeugung von BIOGAS von stillgelegten Flächen der Ernte 2004

- im **Mehrfachantrag** sind für jede stillgelegte Parzelle und für jedes darauf angebaute Ausgangserzeugnis die Art und Sorte, sowie der voraussichtliche Ertrag für jede Art und Sorte anzugeben, während
- im **Anbau- und Liefervertrag** nur die Art des Ausgangserzeugnisses, der voraussichtliche Ertrag und die je Art bebaute Fläche im Gesamtausmaß anzugeben sind.

Wird dieselbe Art bzw. Sorte auch auf nicht stillgelegten Flächen innerhalb desselben Betriebes angebaut, so sind im Mehrfachantrag diese Arten bzw. Sorten sowie die voraussichtlichen Erträge für die betreffenden Parzellen unter Angabe der Lage (Skizzen) und der Flächenidentifizierung anzugeben.

b) der Betreiber übermittelt eine Kopie dieses Vertrages für Kontrollzwecke der Agrarmarkt Austria zu den nachstehend genannten Terminen:

- bis zum **31. Jänner 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Juli und 31. Dezember 2003 ausgesät werden
- bis zum **15. Mai 2004** für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Jänner und 30. Juni 2004 ausgesät werden

Wird der Anbau- und Liefervertrag vom Erzeuger nicht dem Mehrfachantrag beigelegt, können diese Flächen NICHT anerkannt werden, was u.U. zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

Wird der Anbau- und Liefervertrag verspätet, also nach den oben angeführten Stichtagen vorgelegt, erfolgt ein Kautionsverfall von 15% der gesamten, für diese Fläche zu hinterlegenden Sicherheit!

Die Verträge sollten deshalb so früh wie möglich vorgelegt werden. Durch eine verspätete Abgabe sind die Flächenzahlungen u.U. auch für alle anderen Kulturarten gefährdet.

1.3. Anpassung bzw. Auflösung des Anbau- und Liefervertrages

Unter Wahrung der Förderung für die Flächenstilllegung kann der Vertrag nur unter folgenden Umständen geändert oder aufgelöst werden:

a) Vor Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen"

-) Vorlage des aktuellen Anbau- und Liefervertrages an die AMA.

b) Nach Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen" jedoch vor dem 15. Mai 2004

Grundsätzlich kann der Anbau- und Liefervertrag wie vor Abgabe des Mehrfachantrages geändert oder storniert werden.

Diese Änderungen müssen auch dem Mehrfachantrag beigelegt werden d.h.:

-) Vorlage des geänderten Vertrags bei der AMA
-) Anpassung der Sicherheit, sofern diese bereits hinterlegt wurde
-) Übermittlung der Änderungen zum Mehrfachantrag

c) Nach dem 15. Mai 2004

-) Nur wenn der Landwirt wegen besonderer Umstände nicht in der Lage ist, das im Anbau- und Liefervertrag genannte Erzeugnis im vollen Umfang bereitzustellen, wie z.B. wegen schlechten Witterungsverhältnissen, Hagelschäden und
-) nur nach Einholung der Zustimmung durch die AMA unter genauer Angabe des Namens, der Betriebsnummer, der Anschrift, der Flächen und einer nachvollziehbaren Begründung.
-) Die AMA überprüft die gemachten Angaben und gibt bekannt, ob dem Antrag stattgegeben werden kann, und was mit dem verbleibenden Aufwuchs zu geschehen hat. Führt die Änderung zu einer Verringerung der vom Anbau- und Liefervertrag erfassten Fläche oder wird der Anbau- und Liefervertrag aufgelöst, so muss der Erzeuger zur Aufrechterhaltung seines Anspruchs auf Flächenzahlung die betreffende stillgelegte Fläche in einer von der AMA festgelegten Weise erneut brachlegen und verliert das Recht, das aus dem Anbau- und Liefervertrag genommene Ausgangserzeugnis zu verkaufen, abzugeben oder zu verwenden.
Eine Ausweitung der Stilllegungsflächen nach dem 15. Mai 2004 ist nicht möglich.

2. ERNTE UND SILIERUNG

2.1. Erntemitteilung

Der Landwirt hat die Agrarmarkt Austria spätestens **drei Tage vor der geplanten Ernte** mittels des im Anhang beigelegten Formblattes "Mitteilung der Ernte" zu informieren. Bei mehrschnittigen Ausgangserzeugnissen (Klee, Gras) gilt diese Bestimmung für **alle Schnitte**. Der Erzeuger ist zur Ablieferung des gesamten auf der Vertragsfläche erzeugten Aufwuchses verpflichtet.

Im Falle einer Nichtmeldung der Ernte werden die Stilllegungsflächen nicht als solche anerkannt, was zum Verlust des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen kann.

2.2. Repräsentativer Ertrag NAWAROS

Maßgebend für die Mindestablieferungsmenge ist der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vor der Ernte regional differenziert festgesetzte Ertrag (bei z.B. Körnermais). Ist auf Grund bestimmter Umstände (Trockenheit, etc.) anzunehmen, dass der voraussichtliche Ertrag nicht erreicht werden kann, hat der Antragsteller dies der AMA binnen zwei Wochen unter Angabe der Gründe schriftlich zu melden.

Minderertragsmeldungen können jedoch erst ab einem Zeitpunkt akzeptiert werden, wo durch Witterungsbedingungen und Kultivierungsmaßnahmen keine Steigerung des Ertragspotentials mehr zu erwarten ist. Dadurch wird auch eine objektive Ertragschätzung vor Ort gewährleistet. Die angebauten Kulturen müssen **"ortsüblich"** gepflegt werden, ein verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln stellt keine Begründung für einen Minderertrag dar.

Liegt die Erntemenge des Ausgangserzeugnisses unter dem repräsentativen Ertrag, muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren.

2.3. Verwiegung

Wird die Ganzpflanze siliert, ist eine Verwiegung nicht zwingend, die Erntemenge kann volumetrisch erhoben werden. Sofern ein Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS

Nr. 2. Merkblatt für die Erzeugung von BIOGAS von stillgelegten Flächen der Ernte 2004
(siehe Anhang) gestellt und die Zulassung der Waage von der AMA bescheidmässig erteilt wurde, kann die Ganzpflanze auch verwogen werden.

Im Falle von kornartigen Ausgangserzeugnissen (z.B. Körnermais) muss das Erntegut auf einer geeichten öffentlichen Waage oder auf einer von der AMA (bescheidmässig) zugelassenen Waage (kann auch auf dem Biogasbetrieb erfolgen) verwogen werden. Der Wiegevorgang muss nachvollziehbar dokumentiert werden. Wiegescheine bzw. Wiegekarten sind vom Verwieger und vom Erzeuger zu unterschreiben und für Kontrollzwecke lückenlos aufzubewahren! **Handelt es sich nicht um eine öffentliche Waage, muss mittels dem Formblatt "Antrag auf Zulassung für die Verwiegung von NAWARO's" die Zulassung dieser Waage beantragt werden.** Eine Feststellung der Beschaffenheit muss ebenfalls erfolgen. Es muss ein Rückstellmuster gezogen werden, welches neben den Unterlagen bezüglich Beschaffenheitsfeststellung (Feuchtigkeit, Besatz, Hektolitergewicht) am Betrieb zu verwahren ist.

Der Antrag auf Zulassung einer Waage ist rechtzeitig (ca. 3-4 Wochen) vor der erstmaligen Ernte zu stellen!

2.4. Im Falle der Denaturierung

Variante 1: Die Denaturierung hat unmittelbar nach der Ernte mittels Einbringen von Gülle bzw. Festmist selbständig durch den Erzeuger zu erfolgen.

Als zulässige Siloformen werden Rundsilos und Flachsilos anerkannt. Bei einer Silierung ohne feststehende Seitenwände muss eine möglichst gleichmäßige Form gewährleistet sein.

Jeweils nach 50 cm verdichtetem Erntegut wird der Silo ganzflächig mit Gülle übergossen, um auszuschließen, dass das Erntegut für Futtermittelzwecke verwendet werden kann. Das Versetzen mit Gülle muss unbedingt in einem solchen Ausmaß erfolgen, dass bei Anschnitt des Silos die Denaturierung nachvollzogen werden kann („Güllestreifen“)! Um bei einer Vorortkontrolle eine Siloöffnung zu vermeiden, kann die Denaturierung mit Fotos dokumentiert werden.

Die AMA wird gehäuft, in kurzen unregelmäßigen Abständen und unangemeldet die Ernte überwachen.

Diese Vermischung mit Gülle gilt als Erstverarbeitung und ist mittels Formblatt BV1 der AMA zu melden. Der Betreiber der Biogasanlage meldet die Anlieferungen der einzelnen Landwirte (Vertragspartner) mittels Formblatt BA1. Gleichzeitig mit dieser Meldung übermittelt der Erzeuger eine Planskizze seines Silos, wo die jeweiligen Maße ersichtlich sind. Erst nach Abschluss der Erntearbeiten erfolgt bei jedem einzelnen Betreiber die Mengenerhebung durch die AMA, die Messwerte des Landwirts werden somit kontrolliert und der Ertrag auf Plausibilität geprüft.

Variante 2: Es muss keine Denaturierung stattfinden. Stattdessen muss der Betreiber der Biogasanlage in einer **täglich zu führenden** "Bestandsbuchhaltung Biogas - EINLAGERUNG / VERARBEITUNG" **alle** (NAWAROS und Nicht-NAWAROS) eingebrachten Cofermentate **genauestens** aufzeichnen, um eine Plausibilitätsberechnung der Biogasanlage Vorort möglich zu machen. Ein Musterformular für die Bestandsbuchhaltung liegt dem Anhang bei. Beispiel für Nicht-NAWAROS sind zB: Speiseabfälle

Wird diese Variante in Anspruch genommen, **muss ab Anfang Februar 2004** mit der täglichen Bestandsbuchhaltung begonnen werden.

Die Ernte gilt in diesem Fall auch als Erstverarbeitung, sodass diese wie in Variante 1, mit dem Formblatt BV1 der AMA gemeldet werden muss. Im Feld "Beigemengtes Produkt" ist jedoch "Plausiprüfung" einzutragen.

Nähere Informationen zu dieser Variante erhalten Sie im Fachreferat der Agrarmarkt Austria GBI/Abt.4/Ref.12 - (Tel. 01/ 33151- Kl. 4813 Hr. Ing. Schulz).

Die **Öffnung des Silos** ist der AMA drei Tage im voraus mittels des im Anhang beigelegten Formblattes "Mitteilung über Siloöffnung" durch den Betreiber der Biogasanlage zu melden.

3. AUSZAHLUNG DER FLÄCHENZAHLUNG FÜR DIE STILLEGUNG

Der Ausgleich für stillgelegte Flächen kann dem Antragsteller vor der Verarbeitung des Ausgangserzeugnisses gezahlt werden. Die Zahlung kann jedoch nur erfolgen, wenn

-) die gesamte geerntete Menge des Ausgangserzeugnisses geerntet wurde
-) für die Auszahlung der Flächenzahlung ist eine Erntemeldung vorzulegen (Planskizze des Silos bzw. Wiegenachweis) + Mitteilung der Anlieferung durch den Betreiber (BA1)
-) eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages zu den genannten Terminen vom Betreiber der Anlage bei der AMA hinterlegt wurde
-) die Bankgarantie in voller Höhe zum genannten Stichtag vom Betreiber der Anlage hinterlegt wurde
-) der Anbau- und Liefervertrag dem Mehrfachantrag beigelegt wurde
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat

Beim Anbau von Mais bzw. Kulturpflanzen, die einen späten Erntezeitpunkt aufweisen, ist es möglich, dass aufgrund des späten Erntezeitpunktes die Flächenzahlung voraussichtlich später ausbezahlt wird, da die Vorlage der Liefermitteilung (Erntemeldung) verpflichtende Voraussetzung für die Auszahlung ist.

ANHANG

Einjährige Kulturpflanzen, die als Nachwachsende Rohstoffe auf stillgelegten Flächen angebaut werden dürfen

<i>Gemeinsamer Zolltarif</i>	<i>Kurzbeschreibung</i>
0602 90 59	Andere Freilandpflanzen (z.B. Kenaf Hibiscus Cannabinus L. und Chenopodium), ausgenommen Euphorbia lathyris, Sylibum marianum und Isatis tinctoria
0701 90 10	Kartoffeln
ex 0713 10 90	Futtererbsen (Pisum arvense L.), nicht zur Aussaat bestimmt
0713 50 00	Puffbohnen und Ackerbohnen, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 0714 90	Topinambur - vorausgesetzt, dass er keinem Hydrolyseprozess unterzogen wird, wie er in der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 der Kommission definiert ist, entweder in seinem natürlichen Stadium oder als ein Zwischenerzeugnis wie Inulin oder als ein Nebenerzeugnis wie Oligofructose oder als ein Nacherzeugnis
0810 30 10	Schwarze Johannisbeeren
ex 0810 90 85	Früchte der Art Aronia arbutifolia, Sanddorn und Holunder
0904 20	Früchte der Gattung "Capsicum" oder "Pimenta", getrocknet oder gemahlen oder sonst zerkleinert
0909	Anis-, Sternanis-, Fenchel-, Koriander-, Kreuzkümmel- und Kümmelfrüchte
0910 50 00	Curry
0910 99 10	Samen von Bockshornklee
ex 0910 99 91	Gewürze, nicht in Mischungen
ex 0910 99 99	Gewürze, nicht in Mischungen
1001 90 99	Spelz, Weichweizen und Mengkorn, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1002 00 00	Roggen, nicht zur Aussaat bestimmt
1003 00 90	Gerste, nicht zur Aussaat bestimmt
1004 00 00	Hafer, nicht zur Aussaat bestimmt
1005 90 00	Mais (Körnermais), nicht zur Aussaat bestimmt
1007 00 90	Körnersorghum, außer Hybriden zur Aussaat
ex 1008 10 00	Buchweizen, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 20 00	Hirse, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 90 10	Triticale, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 90 90	Anderes Getreide, nicht zur Aussaat bestimmt
1201 00 90	Sojabohnen, nicht zur Aussaat bestimmt
1202 20 00	Erdnüsse, geschält
ex 1204 00 90	Leinsamen, weder zur Aussaat noch zur Faserherstellung bestimmt
ex 1205 00 90	Raps- oder Rübsensamen, nicht zur Aussaat bestimmt - nur die in Artikel 4 Absätze 1 und 2, Buchstaben a), b) und e) der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999 der Kommission (landwirtschaftliche Kulturpflanzen) genannten Sorten
1206 00 91 1206 00 99	Sonnenblumenkerne, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 30 90	Rizinussamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 40 90	Sesamsamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 50 90	Senfsamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 60 90	Saflorsamen, nicht zur Aussaat bestimmt

Verlautbarung der AGRARMARKT AUSTRIA für den Bereich pflanzliche Erzeugnisse

Nr. 2. Merkblatt für die Erzeugung von BIOGAS von stillgelegten Flächen der Ernte 2004

1207 99 99	Andere Ölsamen oder ölhaltige Früchte, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1209 29	Bitterlupine
ex 1211	Pflanzen und Pflanzenteile (einschließlich Samen und Früchte) der hauptsächlich zur Herstellung von Riechmitteln oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung und dergleichen verwendeten Art außer Lavendel, Lavandin und Salbei
1212 91	Zuckerrüben (sofern daraus weder als Zwischenerzeugnis noch als Neben- oder Nacherzeugnis Zucker gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 hergestellt wird)
1212 99 10	Zichorienwurzeln (vorausgesetzt, dass sie keinem Hydrolyseprozess unterzogen werden, wie er in der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 der Kommission definiert ist, entweder in ihrem natürlichen Stadium oder als ein Zwischenerzeugnis wie Inulin oder als ein Nebenerzeugnis wie Oligofruktose oder als ein Nacherzeugnis)
1214	Steckrüben, Futterrüben, Wurzeln zu Futterzwecken, Heu, Luzerne, Klee, Esparsette, Futterkohl, Lupinen, Wicken und ähnliches Futter
Kapitel 14	Pflanzliche Stoffe der zum Herstellen von Korb- oder Flechtwaren, zu Polsterzwecken sowie zum Herstellen von Besen, Bürsten oder Pinseln verwendeten Arten, anderweit weder genannt noch inbegriffen (z.B. Besensorgho)
ex 5302 10 00	Hanf, roh oder geröstet, zur Verarbeitung in andere als die in der Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 genannten Erzeugnisse bestimmt (<i>Cannabis sativa L.</i>)

ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN FRISTEN **(für Betreiber und Erzeuger)**

<u>bis spätestens 31.01.2004</u>	Übermittlung der Verpflichtungserklärungen bzw. Anbau- und Lieferverträge an die AMA (Eingang) <u>für Wintersaaten</u> durch den Betreiber der Biogasanlage
<u>Anfang Februar 2004</u>	Wird die Variante 2 im Teil I Pkt. 3.4. bzw. im Teil II Pkt. 2.4. gewählt, muss eine tägliche Bestandsbuchhaltung über alle eingebrachten Cofermentate (NWARAOS und Nicht-NAWAROS) geführt werden.
<u>bis spätestens 15.05.2004</u>	Übermittlung der Verpflichtungserklärungen bzw. Anbau- und Lieferverträge an die AMA (Eingang) <u>für Sommersaaten</u> durch den Betreiber der Biogasanlage
<u>bis spätestens 15.05.2004</u>	Übermittlung der (Original-) Bankgarantie <u>an die AMA</u> (Eingang) durch den Betreiber der Biogasanlage
<u>Abgabe MFA</u>	Beilegen der Verpflichtungserklärung bzw. des Anbau- und Liefervertrages zum Mehrfachantrag durch den Betreiber (Verpflichtungserklärung) bzw. Erzeuger (Anbau- und Liefervertrag). Die entsprechenden Flächen müssen im Mehrfachantrag richtig deklariert sein und mit der Verpflichtungserklärung/dem Anbau- und Liefervertrag übereinstimmen
<u>rechtzeitig vor der Ernte (ca. 3-4 Wochen)</u>	Antrag auf Zulassung einer Waage für die Verwiegung von NAWAROS (falls vorhanden) am eigenen Betrieb.
<u>spätestens 3 Tage vor jeder Ernte</u>	Mitteilung der Ernte mittels Formblatt - "Mitteilung der Ernte" durch den Erzeuger (kann auch der Anlagenbetreiber für seine Vertragspartner melden). Nach Abschluss der Silierarbeiten ist die Denaturierung (=Erstverarbeitung) mittels Formblatt BV1 nachzuweisen. Gleichzeitig muss eine Planskizze des entsprechenden Silos mitübermittelt werden. Für die Anlieferung seiner einzelnen Vertragspartner übermittelt der Betreiber das Formblatt BA1.
<u>3 Tage vor Siloöffnung</u>	Meldung der Öffnung des Silos mittels Formblatt - "Mitteilung über Siloöffnung" durch den Betreiber der Biogasanlage (Falls der Silo nicht dem Betreiber der Biogasanlage gehört, sondern einem Vertragspartner kann auch dieser die Öffnung melden)
<u>bis zum 15. eines jeden Monats</u>	Der Betreiber der Anlage meldet bis zum 15. eines jeden Monats die jeweilige Verarbeitungsmenge des vorigen Monats mittels Formblatt BV2
<u>nach Verarbeitung der Gesamtmenge</u>	Ist die gesamte Menge verarbeitet, ist dies durch den Betreiber der Anlage der AMA zu melden. Nach erfolgter Verarbeitungskontrolle kann mit dem Formblatt BV3 die Freigabe der Sicherheit beantragt werden. Die entsprechende Menge muss spätestens am 31. Juli 2006 zu Biogas verarbeitet sein.
<u>Außerdem:</u>	<u>Vor der erstmaligen Inbetriebnahme</u> der Anlage ist dies vom Anlagenbetreiber rechtzeitig an die Agrarmarkt Austria zu melden. Es wird daraufhin ein Termin für eine Zulassungskontrolle vereinbart.



Anbau- und Verpflichtungserklärung ¹⁾
des landwirtschaftlichen Erzeugers bei
Verwendung von Nachwachsenden Rohstoffen auf stillgelegten Flächen in der
betriebseigenen Biogasanlage gem. VO (EG) Nr.2461/1999

1. Erzeuger:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon-Nr.: _____ Betriebsnummer: _____

Telefax-Nr.: _____ Zuständige BBK: _____

2. Anbaufläche:

ha	ar

3. Erntejahr: _____

5. Ausgangserzeugnis: Wintersaat Sommersaat

Bezeichnung: _____

5. Voraussichtlicher Ernteertrag ²⁾: _____
(handelsübliche bzw. silierfähige Qualität)

6. Verpflichtungserklärung:

Ich verpflichte mich, den gesamten Aufwuchs dieser Stilllegungsflächen in meiner betriebseigenen Biogasanlage zu verwerten.

Zu beachten ist: bei mehrschnittigen Erzeugnissen (Klee, Gras etc.) gilt dies für alle Schnitte!

Ort, Datum

Unterschrift des Erzeugers
(= Betreiber der Biogasanlage)

3) Vorlagefristen: für Wintersaaten bis spätestens 31.01.2004, für Sommersaaten bis spätestens 15.05.2004

4) Es ist mindestens der Mindestertrag des letzten Jahres einzutragen. Für Körnermais ist mindestens der Durchschnitt aus den repräsentativen Erträgen der letzten zwei Jahre einzutragen. In Zweifelsfällen sollte unbedingt Kontakt mit der AMA aufgenommen werden.

NACHWACHSENDE ROHSTOFFE

ANBAU- UND LIEFERVERTRAG

für der Ernte 2004

zur Verwertung in **Biogasanlagen**

Abgeschlossen zwischen
dem Betreiber der Biogasanlage

einerseits,
im folgenden kurz **Betreiber** genannt,

Betreiber

und dem nachfolgend genannten Erzeuger und
Antragsteller auf Flächenzahlung
(Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes)
andererseits,
im folgenden kurz **Erzeuger** genannt:

Eingang bei der AMA

Angaben zum Erzeuger:

.....

Zuname (in Blockschrift)

Vorname

Betriebsnummer

.....

Postleitzahl

Ort

.....

Straße

Haus Nr.

BBK

II. Ausgangserzeugnis:

Bezeichnung: _____

Herbstaussaat

Frühjahrsaussaat

Gesamte Vertragsfläche		Voraussichtlicher
Ha	ar	Ertrag *)

*) siehe Rückseite

Die unterzeichneten Parteien erklären ausdrücklich die Einhaltung der auf der Rückseite angeführten Bedingungen und Verpflichtungen.

.....

Ort, Datum

Unterschrift des Betreibers

.....

Ort, Datum

Unterschrift des Erzeugers

Der **Erzeuger** erklärt ausdrücklich, dass die Vertragsflächen allen in der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999, der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 sowie der Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000 angeführten Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszahlungen entsprechen.

II. Endverwendungszweck gemäß Verordnung (EG) Nr. 2461/1999:

Der (Die) produzierte wird in Biogasanlagen verwertet.

Vertragsrückseite:

III. Laufzeit des Vertrages: Dieser Vertrag bezieht sich auf das Erntejahr 2004.

IV. Voraussichtlicher Ertrag:

Bei Silomais, Corn-Cob-Mix etc. ist mindestens der Mindestertrag des letzten Jahres einzutragen. In Zweifelsfällen sollte unbedingt Kontakt mit der AMA aufgenommen werden. Für Körnermais ist mindestens der Durchschnitt aus den repräsentativen Erträgen der letzten zwei Jahre einzutragen.

Die Agrarmarkt Austria schätzt die Ernteerträge der im Vertrag genannten oder vertraglich gebundenen Ausgangserzeugnisse unmittelbar vor der Ernte (repräsentative Erträge). Die Liefermenge des Ausgangserzeugnisses darf den repräsentativen Ertrag nicht unterschreiten. Liegt die Liefermenge unter dem repräsentativen Ertrag (Lieferverpflichtung) muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren. Ist bereits vor der Ernte (z.B. wegen schlechter Witterungsverhältnisse) erkennbar, dass der Erzeuger seine Lieferverpflichtung nicht oder nicht in voller Höhe erfüllen kann müssen beide Vertragspartner die AMA unverzüglich schriftlich informieren. Die betroffenen Feldstücke sind in einem Zustand zu erhalten, der eine Kontrolle des dargestellten Sachverhaltes ermöglicht.

V. Lieferbedingungen:

Der **Betreiber** verpflichtet sich, das gesamte Erntegut (mit Gülle bzw. Festmist denaturiert) vom **Erzeuger** auf eigene Rechnung zwecks Verwertung in der eigenen Biogasanlage zu übernehmen.

Qualitätsnormen:

.....
.....
.....
.....

VI. Verpflichtung des Erzeugers:

Der **Erzeuger** lässt eine Vertragsaufbereitung beim **Betreiber**.

Der **Erzeuger** weist im Falle einer Silierung des Erntegutes auf dem eigenen Hof diese Erstverarbeitung mittels Formblatt BV1 nach. Gleichzeitig muss eine Planskizze des Silos mitübermittelt werden!

Der Erzeuger liefert die gesamte Erntemenge der Vertragsfläche dem **Betreiber** ab. Dies gilt auch für mehrschnittige Erzeugnisse (z. B. Klee, Gras).

Der **Erzeuger** verpflichtet sich, mit **einem Betreiber** nur **einen Vertrag** abzuschließen.

Der Erzeuger bestätigt, dass die im Vertrag angeführten Flächen mit den Flächen der Feldstücke in der Flächennutzungsliste des Mehrfachantrages 2004 übereinstimmen

Der Erzeuger schließt den Vertrag unbedingt vor den in Pkt. VII genannten Fristen.

VII. Verpflichtung des Betreibers:

Der **Betreiber** hinterlegt bis spätestens **31. Jänner 2004** (Herbstanbau) bzw. bis **15. Mai 2004** (Frühjahrsanbau) eine Kopie des Vertrages bei der AMA.

Der **Betreiber** verpflichtet sich, die gesamte Erntemenge des **Erzeugers** auf eigene Rechnung zu übernehmen und die Anlieferung der AMA mittels Formblatt BA1 nachzuweisen.

Er hat für das vergangene Monat die Verarbeitung mittels Formblatt BV2 nachzuweisen.

Der **Betreiber** garantiert die Verwendung dieser Menge des Ausgangserzeugnisses ausschließlich zur Herstellung von Biogas des KN-Codes 2711 29 00

VIII. Sicherheit gemäß Art. 15 der Verordnung (EG) 2461/1999

Der **Betreiber** hinterlegt eine Sicherheit (Bankgarantie) in Höhe von 250 EURO je ha bis spätestens **15. Mai 2004** bei der AMA in Wien

IX. Der Kaufpreis:

X. Weitere Bestimmungen

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag wird das "Börsenschiedsgericht für landwirtschaftliche Produkte" in Wien als Gerichtsstand vereinbart. Der Erzeuger erteilt gemäß § 8 Abs. 1 Z. 2 Datenschutzgesetz 2000 i.d.g.F. seine ausdrückliche Zustimmung zur Weitergabe und Verwendung seiner Betriebsdaten für Zwecke der Beratung und Förderung einschließlich der Durchführung absatzfördernder Maßnahmen.

Das **Original** verbleibt beim **Erzeuger**, ein **Durchschlag** beim **Betreiber**, ein **Durchschlag** ist der **Agrarmarkt Austria** zu übermitteln.

Höchstbetrags - BANKGARANTIE
für den Bereich

- | | | |
|-------------------------------------|--|------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Vieh und Fleisch ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-297 |
| <input type="checkbox"/> | Milch und Milcherzeugnisse ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-396 |
| <input checked="" type="checkbox"/> | pflanzliche Erzeugnisse
(ausgenommen
Produktionserstattung
Stärke/Zucker) und Nicht unter
Anhang I des Vertrages fallende
Waren ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-298 |
| <input type="checkbox"/> | Produktionserstattung
Stärke/Zucker ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-303 |

Antragsteller (Firma):

Eintragung im Firmenbuch: JA unter FN NEIN

Anschrift des Antragstellers:

Begünstigte Stelle ist je nach Art des zugrundeliegenden Antrages die Agrarmarkt Austria, die Republik Österreich oder die Europäische Union.

Verwaltende Stelle:

Agrarmarkt Austria
Dresdner Straße 70 (Postfach 62)
1200 Wien
Telefon: 01/331 51-0

1.

Als Sicherheit, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union betreffend

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | Lizenzen u./od. Bescheinigungen für NA-I-Waren ¹⁾ |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Beihilfen, Sonstiges: <i>Nachwachsende Rohstoffe (Biogas)</i>
<i>Ernte 2004 - Verordnung (EG) Nr. 2461/1999</i> ^{1) 2)} |
| <input type="checkbox"/> | Intervention ¹⁾ |

zu stellen ist, übernimmt das gefertigte Unternehmen für den oben angeführten Antragsteller die unwiderrufliche Garantie bis zu einem Höchstbetrag von

€.....

(in Worten: €.....)

Im Rahmen einer Inanspruchnahme aus dieser Höchstbetrags-Garantie verpflichtet sich das gefertigte Unternehmen unwiderruflich, über erste schriftliche Aufforderung der AMA binnen 30 Tagen nach Zugang dieser Aufforderung (eine Aufforderung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen) unter Verzicht auf jedwede Einwendung und ohne Prüfung der zugrundeliegenden Rechtsverhältnisse die Zahlung geforderter Beträge innerhalb des oben angeführten Gesamtrahmens auf das von der AMA in der vorgenannten Aufforderung bezeichnete Bank- bzw. Postscheckkonto vorzunehmen.

1) Bitte Zutreffendes ankreuzen (bei den genannten Bereichen und Maßnahmen ist nur eine Nennung möglich!)

2) ggf. Angabe der Nummer der bezug habenden Verordnung

2.

Die Verpflichtung aus der Höchstbetrags-Garantie bezieht sich auf alle Sicherheiten, die

seit dem zu stellen sind.

3.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie ist unbefristet, sie kann jedoch mit einmonatiger Frist zum Ende des Kalendermonates gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen und das Original der Kündigungserklärung der AMA nachweislich zugestellt werden. Die Kündigung wird wirksam, sobald der AMA das Original des Kündigungsschreibens zugegangen ist (eine Kündigung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen). Nach der Kündigung haftet das gefertigte Unternehmen für die gestellten und bis zum Wirksamwerden der Kündigung zu stellenden Sicherheiten bis zu deren Freigabe weiter.

4.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie wird wirksam, sobald das Original der Garantieurkunde der verwaltenden Stelle zugestellt worden ist. Eine eigene Annahmeerklärung ist nicht erforderlich.

5.

Das gefertigte Unternehmen verzichtet im Rahmen der vorliegenden Höchstbetrags-Garantie ausdrücklich auf die einredeweise Geltendmachung allfälliger gegen die verwaltende Stelle bestehender Gegenforderungen.

6.

Diese Höchstbetrags-Garantie erlischt durch Rückstellung dieses Schreibens an das gefertigte Unternehmen.

7.

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dieser Höchstbetrags-Garantie ist Wien. Es gilt österreichisches Recht.

8.

genaue Anschrift des garantierenden Unternehmens (ggf. zuständige Zweigniederlassung und Filiale):

für Rückfragen zust. Sachbearbeiter:

Telefonnummer mit DW: TELEFAX-Nr.:

.....
(Ort, Datum)

.....
(firmenmäßige Zeichnung
des garantierenden Unternehmens)



**Antrag auf Zulassung
einer BIOGAS-Anlage
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

6. Betreiber der Anlage (= Antragsteller)

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

7. Antrag auf Zulassung

Ich beantrage die Zulassung meiner Biogasanlage zur Nutzung von Energiepflanzen bzw. Nachwachsenden Rohstoffen von stillgelegten Flächen.

8. Der Antragsteller verpflichtet sich, die vorgeschriebenen Aufzeichnungen ordnungsgemäß zu führen.
9. Der Antragsteller verpflichtet sich weiters, den Prüforganen zu allen Betriebs- und Lagerräumen Zutritt sowie Einsicht in die Buchhaltung und allen erforderlichen Unterlagen zu gewähren.
10. Nach erfolgter Übermittlung dieses Antrages an die Agrarmarkt Austria wird mit dem Antragsteller ein Termin für die Zulassungskontrolle vereinbart. Diese muss vor der erstmaligen Verarbeitung (= Vergasung) erfolgen. Der Zulassungsantrag muss daher rechtzeitig vor Verarbeitungsbeginn an die AMA übermittelt werden.
Die Zulassung der Biogasanlage erfolgt per Bescheid.

Ort, Datum

Betreiber der Anlage



**Antrag auf
Zulassung einer Waage für die Verwiegung von Energiepflanzen
bzw. NAWAROS
Gemäß KPF-VO 2000, BGBL. II Nr. 496/1999 Art. 12 Abs. 3**

1. Betreiber der Biogasanlage (= Antragsteller)

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

2. Antrag auf Zulassung

Ich beantrage hiermit, die Waage des unten genannten Betriebes für die Verwiegung Energiepflanzen bzw. von NAWAROS zuzulassen.

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

a) Der Antragsteller verpflichtet sich weiters, den Prüfororganen zu allen Betriebs- und Lagerräumen Zutritt sowie Einsicht in die Buchhaltung und allen erforderlichen Unterlagen zu gewähren.

b) Nach erfolgter Übermittlung dieses Antrages an die Agrarmarkt Austria wird mit dem Antragsteller ein Termin für die Zulassungskontrolle vereinbart. Diese muss vor der erstmaligen Ernte erfolgen. Der Zulassungsantrag muss daher rechtzeitig ca. 3-4 Wochen vor Erntebeginn an die AMA übermittelt werden. Die Zulassung der Waage erfolgt per Bescheid.

Die Verwiegung erfolgt auf:

Brückenwaage Durchlauf-/Kippwaage geeicht bis: _____

Wiegescheine werden erstellt: automatisch manuell

Ort, Datum

Betreiber der Biogasanlage

Betrieb der die Verwiegung vornimmt

Bestandsbuchhaltung Biogas - EINLAGERUNG / VERARBEITUNG

gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003

kWh Stand

Monat **JUNI 2004**

Monatsanfang **234.567 kWh**

<u>Datum</u> (Anlieferung, Ernte)	Cofermentat bzw. Substrat	Lieferant, Vertragspartner	<u>BNR</u>	Menge (kg oder m ³)	eingelagert in Silo Nr.	<u>Datum</u> (Einbringung in die Biogasanlage)	Cofermentat bzw. Substrat	Menge (kg oder m ³)	aus dem Silo Nr.
15.06.2004	SL- BiogasKörnermais	Mustermann Max	1234567	10.000 kg	1	16.06.2004	SL-Biogas Körnermais	500 kg	1
16.06.2004	SL-Biogas Klee gras	Mustermann Max	1234567	100 m ³	2	17.06.2004	SL-Biogas Klee gras	1 m ³	2
17.06.2004	Gerste	Mustermann Max	1234567	1.000 kg	3	18.06.2004	Gerste	50 kg	3
18.06.2004	Energiepflanzen Silomais	Mustermann Max	1234567	200 m ³	4	19.06.2004	Speiseabfälle	20 kg	-

kWh Stand Monatsende **244.567 kWh**



Agrar Markt Austria

Mitteilung der Ernte
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003

Ernte 2004

Biogasanlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Für: *SL-Biogas*: _____ *Energiepflanzen (E)*: _____

Für folgende Vertragspartner:

BNR	Vertragspartner	Fläche	Kultur (zB: SL-BG Silomais, bzw. E- Silomais)	Bei mehrschnittigen Kulturen: Wievielter Schnitt?

Geplanter Erntetermin: _____

Voraussichtliche Lagerstätte:

Feldmiete Flachsilo Rundsilo

Denaturierung erfolgt mittels:

Gülle Festmist Variante 2 gem. Seite 9 (keine Denaturierung)

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Mitteilung spätestens 3 Tage vor Beginn des geplanten Erntetermines der AMA übermittelt werden muss (Fax: 01-33151-298).

Ort/Datum

Unterschrift des Erzeugers bzw. Betreibers



BA1

**Mitteilung des Betreibers der Biogasanlage
über die Anlieferung
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Registriernummer:

Betreiber der Anlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Geliefertes Erzeugnis:

Bezeichnung: *SL-Biogas*: _____ *Energiepflanzen*: _____

Menge: m ³ oder kg *)	Datum der Lieferung: **)

Erzeuger, der die Lieferung vorgenommen hat:

Betriebsnummer: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift des Erzeugers

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers der Anlage

Diese Mitteilung ist innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Lieferung des Ausgangserzeugnisses an den Betreiber der Biogasanlage bei der AMA abzugeben.

*) muss übereinstimmen mit der voraussichtlichen Ertragsangabe (m³ oder kg) im Anbau- und Liefervertrag

**) jede Einzellieferung ist anzugeben!



BV1

**Mitteilung des Erstverarbeiters über die Verarbeitung von
Ausgangserzeugnissen zu Cofermentat
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Erstverarbeiter:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Verarbeitetes Ausgangserzeugnis:

Bezeichnung: *SL-Biogas*: _____ *Energiepflanzen*: _____

Menge *SL-Biogas*: _____ ha Menge *E-Pflanzen*: _____ ha

Eine Planskizze des entsprechenden Silos, wo die jeweiligen Abmessungen ersichtlich sind, ist beizulegen! Bei z.B. Körnermais ist ein Wiegenachweis zu übermitteln.

Hergestelltes Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: Cofermentat (= Silage-Gülle – Mischung)

Menge *SL-Biogas*: _____ m³ oder kg *)

Menge *E-Pflanzen*: _____ m³ oder kg *)

Beigemengtes Produkt (Gülle): _____ **)

Datum bzw. Zeitraum der Silierung: _____

Ort/Datum

Unterschrift des Erstverarbeiters

*) muss übereinstimmen mit der voraussichtlichen Ertragsangabe (m³ oder kg) im Anbau- und Liefervertrag bzw. in der Anbau- und Lieferverpflichtung.

***) wird Variante 2 (ohne Denaturierung) angewandt ist hier "Plausiprüfung" einzutragen.



Mitteilung über die Siloöffnung
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003

Ernte 2004

Biogasanlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Ausgangserzeugnis: _____ **geerntet am:** _____

Von folgenden Vertragspartnern: _____ **Silo Nr.:** _____

BNR	Vertragspartner	Anlieferungsmenge *)
Gesamt:		

Geplanter Öffnungstermin: _____

Befindet sich Ausgangserzeugnis von Nicht- SL-Flächen im Silo?:

Ja nein

Wenn ja, wieviel von SL-Flächen: _____ **m³ oder kg *)**

Wieviel von KPF-Flächen: _____ **m³ oder kg *)**

Wieviel von Energiepflanzen-Flächen: _____ **m³ oder kg *)**

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Mitteilung spätestens 3 Tage vor Öffnung des Silos der AMA übermittelt werden muss (Fax: 01-33151-298).

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers bzw. Erzeugers

*) muss übereinstimmen mit den Angaben auf den BA1 bzw. BV1- Formblättern.



BV2

Verwertung von Energiepflanzen- bzw. NAWARO-Silage in Biogasanlagen

**Verarbeitungsnachweis der Endverarbeitung
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Betreiber der Biogasanlage:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Verwertetes Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: *SL-Biogas*: _____ *Energiepflanzen*: _____

Das Zwischenerzeugnis besteht aus:

_____ und _____
Ausgangserzeugnis zB: CCM zB: Schweinegülle, Plausiprüfung

*) Verarbeitete Menge von **SL-Biogas**: _____ m³ oder kg

*) Verarbeitete Menge von **Energiepflanzen**: _____ m³ oder kg

Daraus hergestelltes Non-food-Erzeugnis:

Bezeichnung: Biogas ⇒ Strom Menge: _____ kWh **)

Verarbeitungszeitraum: _____

Verarbeitungsstätte (Standort der Biogasanlage): _____

Ort/Datum

Betreiber der Biogasanlage

*) muss übereinstimmen mit den Angaben auf den BA1 bzw. BV1- Formblättern.

**) Angabe unbedingt erforderlich!



BV3

Verwertung von Energiepflanzen- bzw. NAWARO-Silage in Biogasanlagen

**Antrag auf Freigabe der Sicherheit
gem. VO (EG) Nr. 2461/1999 und VO (EG) Nr. 2237/2003**

Ernte 2004

Sicherheitsleistender (Betreiber der Anlage):

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: *SL-Biogas*: _____ *Energiepflanzen*: _____

*) Verarbeitete Menge von *SL-Biogas*: _____ m³ oder kg

*) Verarbeitete Menge von *Energiepflanzen*: _____ m³ oder kg

Hergestelltes Non-food-Erzeugnis:

Bezeichnung: Biogas ⇒ Strom Menge: _____ kWh **)

Verarbeitungsnachweis(e) (BV2):

ist/sind beigelegt

wurden bereits übersandt

Es wird beantragt, die geleistete Sicherheit der Ernte 2004

insgesamt (über _____ ha),

SL-Biogas (über _____ ha),

Energiepflanzen (über _____ ha) *freizugeben*.

Ort/Datum

Unterschrift des Betreibers

*) muss übereinstimmen mit den Angaben auf den BV2- Formblättern.

**) Angabe unbedingt erforderlich!

Nr. 3.

**MERKBLATT NACHWACHSENDE ROHSTOFFE
der ERNTE 2004**

inklusive Ergänzung:

Erzeugung von Biobrennstoffen am eigenen Betrieb

Hinweis:

In diesem Merkblatt sollen lediglich die in den angeführten Rechtsgrundlagen geregelten Bestimmungen zusammengefasst und verständlich dargestellt werden. Ein Rechtsanspruch kann somit nur aus den angeführten Rechtsgrundlagen, keinesfalls aber aus diesem Merkblatt abgeleitet werden.

I. REGELUNG

1. Allgemeines

Die Einführung der flächenbezogenen Zahlungen im Rahmen der EU ermöglicht auf konjunkturell stillgelegten Flächen "*Nachwachsende Rohstoffe*" anzubauen, die nicht in erster Linie für Lebens- oder Futtermittelzwecke bestimmt sind (Non-Food-Erzeugnisse). **Voraussetzung** dafür ist ein entsprechender **Anbau- und Liefervertrag**, der auch die Grundlage für die Stilllegungsflächenzahlung an den Landwirt darstellt.

Achtung:

Auf den Stilllegungsflächen, die mit nachwachsenden Rohstoffen bebaut sind, müssen alle vorgesehenen Verpflichtungen genauestens erfüllt werden. Ist dies nicht der Fall, gelten diese Flächen als "bei der Kontrolle nicht vorgefunden", d.h. sie werden nicht als Stilllegungsflächen gewertet. Dies kann zum Verlust der Stilllegungsflächenzahlung und in weiterer Folge des Anspruchs auf Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen führen.

Dieses Merkblatt soll allen Beteiligten eine Hilfestellung sein und Hinweise für die Abwicklung geben. In Zweifelsfällen gilt der Text der Verordnung. Das im folgenden beschriebene Verfahren betrifft die Regelungen der **VO (EG) Nr. 2461/1999**.

2. Rechtsgrundlagen

- Verordnung (EG) Nr. 2461/1999
- Verordnung (EG) Nr. 2419/2001 i.d.g.F.
- Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000, BGBl. II Nr. 496/1999 (KPF-V2000) i.d.g.F.

Soweit nachfolgend Artikel (Art.) angegeben werden, beziehen sich diese auf die **Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**.

3. Gemäß MOG 1985 und KPF-V2000 ist die AMA zuständig für

- die Kontrollen zur Einhaltung der Förderungsvoraussetzung für nachwachsende Rohstoffe
- die Verwaltung und Freigabe der Sicherheit
- die Verwaltung des Kontrollexemplars T5 im innergemeinschaftlichen Handel mit nachwachsenden Rohstoffen.

4. Zutritts- und Prüfungsrechte

Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 4045/1989 hat der Landwirt den Organen und Beauftragten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, der AMA und den Organen der EU das Betreten der Geschäfts- und Betriebsräume sowie der Anbauflächen zu gestatten.

Die Prüforgane sind berechtigt in die Buchhaltung und allen anderen Unterlagen Einsicht zu nehmen.

5. Geltungsbestimmung

5.1. Diese Regelung umfasst alle Kulturen, die im Anhang I aufgelistet sind. Für den Anbau von **Hanf** auf Stilllegungsflächen gelten gesonderte Bestimmungen (siehe Punkt VIII dieses Merkblattes).

5.2. Für Kulturen im **Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** i.d.g.F. gelten die Vorschriften gemäß Punkt VII dieses Merkblattes.

II. BETEILIGTE AM VERFAHREN

In **Art. 2 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** sind als wichtigste Beteiligte am Verfahren genannt:

- der Antragsteller/Erzeuger = Landwirt,
- der Aufkäufer als Vertragspartner des Erzeugers und
- der Erstverarbeiter

1. Erzeuger

Der Erzeuger ist verantwortlich für den rechtzeitigen Abschluss des vorgeschriebenen Anbau- und Liefervertrages, die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen ("Ausgangserzeugnissen") auf Stilllegungsflächen, sowie deren **"ortsübliche" Pflege**, Ernte und Ablieferung. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen hat er Anspruch auf die Flächenzahlung, die er im Mehrfachantrag beantragen muss.

Pflichten des Erzeugers

- Der Erzeuger muss im Fall von Anhang I-Produkten einen Anbau- und Liefervertrag bis zu den unter Punkt III.1.1 genannten Stichtagen abschließen und eine Ausfertigung dem Mehrfachantrag beilegen. Im Fall der Beantragung von Anhang II-Produkten auf SL-Flächen ist dem Mehrfachantrag jährlich eine unterfertigte Verpflichtungserklärung beizulegen.
- Der Erzeuger muss den **gesamten** Aufwuchs dieser Fläche als Non-Food-Ware abliefern und dies der AMA mittels (Formblatt A1) mitteilen.
- Die angebauten Kulturen müssen "ortsüblich" gepflegt werden, ein verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln stellt keine Begründung für einen Minderertrag dar.
- Der Erzeuger muss nach der Ablieferung **die Wiegescheine und Ankaufsrechnungen genau kontrollieren**. Ablieferungen von z.B. Industrieraps als Konsumraps führen zur Kürzung oder Nichtgewährung der Flächenzahlungen für die mit Getreide und allen anderen Kulturgruppen bebauten Flächen. Im Zuge von Vorortkontrollen bei den Aufkäufern werden auch die

Ablieferungsmengen von Konsumware erhoben. Sollten hierbei große Ertragsunterschiede zwischen Konsum- und Industrieware bzw. ein zu hoher Ertrag bei der Konsumware auffallen, so werden die entsprechenden Landwirte seitens der AMA aufgefordert hierzu Stellung zu nehmen, da der Verdacht einer Falschablieferung besteht. Sind diese Stellungnahmen nicht plausibel, hat dies eine Kürzung der Kulturpflanzenflächenzahlung zur Folge.

- **Der Erzeuger muss durch den rechtzeitigen Abschluss sicherstellen, dass der Aufkäufer die Vorlagefrist einhalten kann.** D.h. der Vertrag muss vor den unten genannten Stichtagen für Herbst- und Frühjahrssaat abgeschlossen werden.

2. Aufkäufer

Vertragspartner des Erzeugers ist der Aufkäufer, d.h. in der Regel der traditionelle Getreidehandel. Es ist allerdings möglich, dass Erstverarbeiter oder auch Endverarbeiter direkt mit den Erzeugern Verträge abschließen und somit eine Doppelfunktion ausüben.

Gemäß **Art. 2 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** ist der Aufkäufer jeder Unterzeichner des Anbau- und Liefervertrages, der auf eigene Rechnung die im **Anhang I** aufgeführten Ausgangserzeugnisse für die im **Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** i.d.g.F. genannten Endverwendungszwecke erwirbt.

Erzeuger und Aufkäufer dürfen nicht ein und dieselbe Person sein.

Pflichten des Aufkäufers

- Nachvollziehbare Aufzeichnungen im Betrieb (siehe Merkblatt Punkt VI. 5)
- Übermittlung der Anbau- und Lieferverträge (Durchschlag mit Rückseite) an die AMA zu den gemäß **VO (EG) Nr. 2461/1999** vorgeschriebenen Stichtagen (siehe Merkblatt Punkt III)
- Meldungen an die AMA (Liefermitteilung, siehe Merkblatt Punkt VI. 6)
- Sicherstellen, dass eine äquivalente Menge der Ausgangserzeugnisse zur Herstellung von Produkten, die nicht in erster Linie Lebens- oder Futtermittelzwecken dienen, verwendet wird.
- Kautionsstellung in voller Höhe (250 EURO/ha) bis spätestens 15. Mai 2004 bei der AMA, diese Kaution kann gegebenenfalls auch vom Erstverarbeiter hinterlegt werden.

3. Erstverarbeiter

Der Erstverarbeiter muss mindestens eine erste Verarbeitung der Ausgangserzeugnisse zu den im Vertrag angegebenen Non-Food-Enderzeugnissen vornehmen. Es ist also möglich, aber nicht erforderlich, dass der Erstverarbeiter bereits das Enderzeugnis herstellt. Das Non-Food-Enderzeugnis kann in mehreren Verarbeitungsschritten in verschiedenen Verarbeitungsbetrieben hergestellt werden. Keine Verarbeitung stellen Tätigkeiten wie Reinigen und Trocknen dar.

Das Ausgangserzeugnis muss von einem Verarbeiter übernommen werden, der nicht mit der Person des Produzenten ident ist.

Pflichten des Verarbeiters

- Meldungen an die AMA (siehe Merkblatt Punkt VI. 6)
- Sicherstellen, dass eine gleich große Menge der Ausgangserzeugnisse zur Herstellung von Produkten, die nicht in erster Linie Lebens- oder Futtermittelzwecken dienen, verwendet wird.

III. ANBAU UND LIEFERVERTRAG

Für jedes Ausgangserzeugnis gemäß Anhang I, das auf stillgelegten Flächen angebaut wird, ist ein Anbau- und Liefervertrag für Nachwachsende Rohstoffe zwischen Erzeuger (Landwirt) und Aufkäufer oder Erstverarbeiter abzuschließen. Wird dieselbe Kultur auch auf Nichtstilllegungsflächen angebaut, sind gesonderte Verträge unbedingt erforderlich. Die Verträge für Konsumflächen sind vom Aufkäufer jedoch **nicht** an die AMA zu übermitteln.

Der Erzeuger muss durch den rechtzeitigen Abschluss sicherstellen, dass der Aufkäufer die Vorlagefrist einhalten kann. D.h. der Vertrag muss vor den unten genannten Stichtagen für Herbst- und Frühljahrsaussaat abgeschlossen werden. Es empfiehlt sich einen Postweg von bis zu 5 Tagen zu berücksichtigen. Eine Übermittlung per FAX (01/33 151-298) ist ebenfalls zulässig.

1. VORLAGE DER VERTRÄGE

1.1 Eine Kopie des Vertrages ist vom Aufkäufer oder Erstverarbeiter bei der AMA zu folgenden Terminen vorzulegen (Eingangsstempel-AMA):

- bis zum **31. Jänner** 2004 für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Juli und 31. Dezember 2003 ausgesät werden
- bis zum **15. Mai** 2004 für alle Ausgangserzeugnisse, die zwischen 1. Jänner und 30. Juni 2004 ausgesät werden

Es reicht daher nicht aus, wenn die Verträge erst unmittelbar vor bzw. zu den Stichtagen zur Post gebracht werden. **Das Risiko der Übermittlung trägt der Aufkäufer.** Er kann sich z.B. nicht auf lange Postlaufzeiten oder den Verlust auf dem Postweg (Transportweg) berufen. Fallen die Stichtage auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, so verlängert sich die Vorlagefrist **nicht**.

Werden die Verträge verspätet vorgelegt, erfolgt ein Kautionsverfall von 15% der gesamten, für diese Fläche zu hinterlegenden Sicherheit!

Verträge, die nach dem 15.05.2004 bei der AMA einlangen, gelten als nicht vorgelegt.

Die Verträge sollten deshalb so früh wie möglich vorgelegt werden. Durch eine verspätete Abgabe der Verträge sind die Flächenzahlungen an die Erzeuger gefährdet, was u.U. Schadensersatzansprüche des Erzeugers gegen den Aufkäufer in Höhe der abgelehnten Flächenzahlungen begründen kann.

1.2 Der Erzeuger legt seinen Vertrag dem Mehrfachantrag bei

Die Flächen im Anbau- und Liefervertrag müssen mit jenen im Mehrfachantrag übereinstimmen! Bei Flächendifferenzen zwischen den Angaben im Mehrfachantrag und dem dort beigelegten Vertrag ist nur die kleinere Fläche anrechenbar. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass die im Mehrfachantrag angegebene Fläche ausschlaggebend bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung und eventuell damit im Zusammenhang stehender Sanktionen ist.

- Im **Mehrfachantrag** sind für jede stillgelegte Parzelle und für jedes darauf angebaute Ausgangserzeugnis die Art und Sorte sowie der voraussichtliche Ertrag für jede Art und Sorte anzugeben, während im
- **Anbau- und Liefervertrag** nur die Art des Ausgangserzeugnisses, der voraussichtliche Ertrag und die je Art bebaute Fläche im Gesamtausmaß anzugeben sind.

Wird dieselbe Art bzw. Sorte auch auf nicht stillgelegten Flächen innerhalb desselben Betriebes angebaut, so sind im Mehrfachantrag diese Arten bzw. Sorten sowie die voraussichtlichen Erträge für die betreffenden Parzellen unter Angabe der Lage und der Flächenidentifizierung anzugeben.

1.3 Formularverwechslungen

Da es in der Vergangenheit des öfteren zu Formularverwechslungen von Industrierapsverträgen und Konsumrapsverträgen gekommen ist, wird darauf hingewiesen, dass ein derartiger Irrtum zum Verlust sämtlicher der davon betroffenen Beihilfen führen kann!

2. VERTRAGSINHALT

Der Erzeuger ist dafür verantwortlich, dass der Vertrag vollständig ausgefüllt ist und nachfolgende Angaben (Art. 4) enthält:

- a) **Name** und **Anschrift** beider Vertragspartner
- b) **Betriebsnummer** des Erzeugers
- c) **Laufzeit** (Ernte 2004)
- d) Die vertraglich gebundenen **Flächen** sind je Kultur in Summe anzugeben und müssen mit der im Mehrfachantrag angegebenen, mit nachwachsenden Rohstoffen bebauten Fläche übereinstimmen.
- e) **Kulturart** des angebauten Ausgangserzeugnisses
- f) **Voraussichtliche Erntemenge** sowie alle für die Lieferung maßgeblichen Bedingungen: Da die Erntemenge bei Vertragsabschluss naturgemäß noch nicht feststeht, sind Schätzungen (bezahlte Ertragsersparnis) für jede Kultur anzugeben. Die **voraussichtliche Erntemenge** muss mindestens dem Durchschnitt der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft festgesetzten repräsentativen Erträgen der beiden Vorjahre in der betreffenden Region entsprechen.
- g) Aufgrund einer Änderung der Rechtsgrundlage ist ab dem Herbstanbau 2000 nicht nur die für den **Non-Food-Bereich** bestimmte **Nebenerzeugnismenge**, sondern auch die **Gesamtmenge der anfallenden Nebenerzeugnisse** anzugeben. Diese Gesamtmenge ist nach folgendem Schlüssel zu berechnen:

Auszugehen ist vom angegebenen voraussichtlichen Ertrag.

100 kg Raps- bzw. Rübensamen des KN-Codes 1205 00 90 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen

100 kg Sonnenblumenkerne der KN-Codes 1206 00 91 oder 1206 00 99 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen

100 kg Sojabohnen des KN-Codes 1201 00 90 entsprechen 78 kg Nebenerzeugnissen

Einige Beispiele:

Im Vertrag angegebener voraussichtlicher Ertrag:	Gesamtmenge der anfallenden Nebenerzeugnisse bei:	
	Raps, Rüben u. Sonnenblumen	Sojabohnen
1.800 kg/ha	1.008 kg	1.404 kg
1.900 kg/ha	1.064 kg	1.482 kg
2.000 kg/ha	1.120 kg	1.560 kg
2.100 kg/ha	1.176 kg	1.638 kg
2.200 kg/ha	1.232 kg	1.716 kg
2.300 kg/ha	1.288 kg	1.794 kg
2.400 kg/ha	1.344 kg	1.872 kg
2.500 kg/ha	1.400 kg	1.950 kg

- h) **Preis** für das zu liefernde Erzeugnis (unterliegt der freien Vereinbarung, er muss jedoch nachvollziehbar sein)

i) Der vorgesehene **Endverwendungszweck** muss im Vertrag möglichst genau angegeben werden. Es können jedoch auch mehrere Endverwendungszwecke angegeben werden, bei Raps z.B. "RME und Schmierstoffe".

j) **Verpflichtung des Erzeugers**, die gesamten geernteten Ausgangserzeugnisse an den Aufkäufer abzuliefern.

k) **Verpflichtung des Aufkäufers**, die Lieferung anzunehmen und die Verwendung einer äquivalenten Menge dieser Ausgangserzeugnisse für die zugelassenen Endverwendungszwecke innerhalb der Gemeinschaft sicherzustellen.

l) **Unterschrift beider Vertragsparteien**, sowie Datum des Vertragsabschlusses

Der Vertrag kann nur dann anerkannt werden, wenn alle erforderlichen Angaben von beiden Vertragspartnern angegeben wurden. Zusätzlich ist bei den Angaben die für den Erzeuger zuständige Vertretung (BBK, landw. Bezirksreferat) zu nennen.

3. ÄNDERUNG ODER AUFLÖSUNG DES VERTRAGES

Unter Wahrung der Förderung für die Flächenstilllegung können die Vertragspartner ihren Vertrag im gegenseitigen Einverständnis nur unter folgenden Umständen ändern oder auflösen:

a) Vor Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen"

- Sämtliche Änderungen können mit Unterschrift beider Vertragspartner vorgenommen werden und müssen vom Aufkäufer oder Erstverarbeiter an die AMA übermittelt werden. Bei Flächenänderungen kann das Formblatt E2 verwendet werden.

Bei Flächenerhöhungen muss auch die Sicherheit erhöht werden. Die entsprechende Bankgarantie bzw. Bankgarantierhöhung muss spätestens am 15.05.2004 bei der Agrarmarkt Austria vorliegen.

b) Nach Abgabe des Mehrfachantrages "Flächen" jedoch vor dem 15. Mai 2004

Grundsätzlich können die Verträge wie vor Abgabe des Mehrfachantrages geändert oder storniert werden. Diese Änderungen müssen auch dem Mehrfachantrag beigelegt werden d.h.:

- Vorlage des geänderten Vertrags durch Aufkäufer oder Erstverarbeiter
- Anpassung der Sicherheit durch Aufkäufer oder Erstverarbeiter, sofern diese bereits hinterlegt wurde
- Übermittlung der Änderungen durch Erzeuger zum Mehrfachantrag

(Erzeuger legt Formblatt **E2** dem Mehrfachantrag bei, Aufkäufer übermittelt dieses Formblatt der Agrarmarkt Austria.)

c) Nach dem 15. Mai 2004

- Nur wenn der Antragsteller wegen besonderer Umstände nicht in der Lage ist, das im Vertrag genannte Erzeugnis im vollen Umfang bereitzustellen, wie z.B. wegen schlechten Witterungsverhältnissen, Hagelschäden und

- nur nach Einholung der Zustimmung durch die AMA unter genauer Angabe des Namens, der Betriebsnummer, der Anschrift, der Flächen und einer **nachvollziehbaren Begründung**.
- Die AMA überprüft die gemachten Angaben und gibt bekannt, ob dem Antrag stattgegeben werden kann, und was mit dem verbleibenden Aufwuchs zu geschehen hat. Führt die Vertragsänderung zu einer Verringerung der vom Vertrag erfassten Fläche oder wird der Vertrag aufgelöst, so muss der Erzeuger zur Aufrechterhaltung seines Anspruchs auf Flächenzahlung die betreffende stillgelegte Fläche in einer von der AMA festzulegenden Weise erneut brachlegen und verliert das Recht, das aus dem Vertrag genommene Ausgangserzeugnis zu verkaufen, abzugeben oder zu verwenden.

Eine Ausweitung der Stilllegungsflächen nach dem 15. Mai ist nicht möglich (siehe aber Art. 8 der Verordnung (EG) Nr. 2419/2001)!

IV. ABLIEFERUNGSPFLICHT

1. GRUNDSÄTZE

a) aus der Sicht des Erzeugers:

Die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen am eigenen Betrieb ist ausgeschlossen (Ausnahme: Verwertung von Silage in betriebseigener Biogasanlage sowie Verfeuerung und Energiegewinnung von Getreide und Ölsaaten ⇒ siehe gesonderte Merkblätter). Nach der Ernte muss der Erzeuger **sämtliche** von den Vertragsflächen geernteten Ausgangserzeugnisse an den Aufkäufer oder Erstverarbeiter abliefern. Der Erzeuger hat der AMA eine Erntemeldung bzw. eine Liefermitteilung abzugeben, in der die nach Arten aufgeschlüsselte Gesamtmenge der geernteten Ausgangserzeugnisse angeführt ist, er bestätigt die Liefermenge sowie den Vertragspartner, dem er diese Erzeugnisse geliefert hat. In **ausreichend begründeten** Fällen können Fehlmengen bis zu 10% akzeptiert werden bzw. im Fall der Vertragsänderung nach dem 15. Mai 2004 kann die AMA die Mengen verringern (vgl. III.3.c). Mindererträge, welche nicht akzeptiert werden können, führen zu Kürzungen der anrechenbaren Stilllegungsflächen und damit zu Kürzungen der Flächenzahlungen, sofern die Fehlmengen nicht durch Deckungskäufe abgedeckt werden.

Die Anlieferung des Erntegutes durch den Landwirt hat getrennt von Konsumware zu erfolgen!

b) aus der Sicht des Aufkäufers bzw. Erstverarbeiters:

Der Aufkäufer bzw. Erstverarbeiter hat die Ausgangserzeugnisse unbeschadet eventueller Qualitätsmängel in jedem Fall zu übernehmen, die Menge festzustellen, dem Erzeuger einen Lieferschein auszustellen und der AMA die Mitteilung über die erfolgte Anlieferung (Formblatt A1) zu machen. Details siehe unter Punkt VI.6. Sofern die Ausgangserzeugnisse nicht zur Weiterverarbeitung geeignet sind, muss der Aufkäufer der AMA für die Freigabe der Sicherheit dies nachweisen. Weiters muss er sicherstellen, dass das betreffende Ausgangserzeugnis in keiner Weise, weder im verarbeiteten noch im unverarbeiteten Zustand im Nahrungs- und Futtermittelbereich verwendet werden kann (z.B. durch eine Deponierechnung).

2. REPRÄSENTATIVE ERTRÄGE

Maßgebend für die Mindestablieferungsmenge ist der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft vor der Ernte regional differenziert festgesetzte repräsentative Ertrag.

Ist auf Grund bestimmter Umstände (Trockenheit, etc.) anzunehmen, dass der repräsentative Ertrag nicht erreicht werden kann, hat der Antragsteller dies der AMA binnen zwei Wochen nach Kenntnis unter Angabe der Gründe schriftlich zu melden (siehe Muster „Minderertragsmeldung“). Die auf den

betreffenden Flächen angebauten Kulturpflanzen dürfen vor Ablauf des zehnten Tages ab Erstattung der Meldung (Eingang bei der AMA) nicht geerntet werden, damit alle erforderlichen Kontrollen durchgeführt werden können. Wird vor dieser Frist geerntet, darf ein etwaiger Minderertrag von der AMA nicht anerkannt werden und ist deshalb durch einen Deckungskauf auszugleichen.

Minderertragsmeldungen können jedoch erst ab einem Zeitpunkt akzeptiert werden, wo durch Witterungsbedingungen und Kultivierungsmaßnahmen keine Steigerung des Ertragspotentials mehr zu erwarten ist. Dadurch wird auch eine objektive Ertragsschätzung vor Ort gewährleistet.

Es wird darauf hingewiesen, dass der **gesamte** Aufwuchs der entsprechenden Fläche als Industrieware abgeliefert werden muss (nicht nur der repräsentative Ertrag)!

3. HOFLAGERUNG

Eine Lagerung am eigenen Hof ist nur möglich, wenn zwischen Erzeuger und Aufkäufer ein Lagervertrag abgeschlossen wird, in dem festgelegt wird, ab welchem Zeitpunkt die betreffende Erntemenge für den Aufkäufer gelagert wird. Dieser Zeitpunkt gilt als Lieferung an den Aufkäufer. Vor der Einlagerung ist das Erntegut zu wiegen und zu bemustern, um rechtzeitig die Liefermitteilung bzw. die Erntemeldung an die AMA vornehmen zu können. Der Meldung an die AMA ist auch der Lagervertrag beizulegen.

V. AUSZAHLUNG DER STILLEGUNGSFLÄCHENZAHLUNG

Die Flächenzahlung für stillgelegte Flächen kann dem Antragsteller vor der Verarbeitung des Ausgangserzeugnisses gezahlt werden. Die Zahlung kann jedoch nur erfolgen, wenn

-) die Erntemenge des Ausgangserzeugnisses **ordnungsgemäß** an den Aufkäufer oder den Erstverarbeiter abgeliefert wurde (Ausnahme bzw. Details siehe Ablieferungspflicht Pkt. IV),
-) die Erntemeldung bzw. die Liefermitteilung vom Aufkäufer mit dem Formblatt A1 an die AMA erfolgt ist,
-) eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages vom Aufkäufer bei der AMA hinterlegt worden ist,
-) die Bankgarantie vom Aufkäufer in voller Höhe hinterlegt worden ist,
-) der Anbau- und Liefervertrag vom Erzeuger dem Mehrfachantrag beigelegt worden ist,
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat.

Bei zweijährigen Kulturen, bei denen die Ernte und folglich die Lieferung des Ausgangserzeugnisses erst im zweiten Anbaujahr erfolgen, wird die Zahlung während der zwei Jahre geleistet, die auf den Abschluss des Vertrages folgen, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

Im ersten Jahr der Antragstellung:

-) eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages vom Aufkäufer bei der AMA hinterlegt worden ist,
-) der Anbau- und Liefervertrag vom Erzeuger dem Mehrfachantrag beigelegt worden ist,
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat,
-) die Sicherstellung zu mindestens 50 % hinterlegt wurde.

Im zweiten Jahr der Antragstellung:

-) die vertraglich vereinbarte Menge des Ausgangserzeugnisses an den Aufkäufer oder den Erstverarbeiter geliefert worden ist (Ausnahme bzw. Details siehe Ablieferungspflicht Pkt. IV),
-) die Erntemeldung bzw. die Liefermitteilung vom Aufkäufer mit dem Formblatt A1 an die AMA erfolgt ist,
-) eine Kopie des Anbau- und Liefervertrages vom Aufkäufer bei der AMA hinterlegt worden ist,
-) eine Liefermitteilung vom Aufkäufer mit dem Formblatt A1 erfolgt ist,
-) die Bankgarantie vom Aufkäufer in voller Höhe hinterlegt worden ist,
-) der Anbau- und Liefervertrag (Kopie) vom Erzeuger dem Mehrfachantrag beigelegt worden ist,
-) der Erzeuger die betroffenen Flächen in der Flächennutzungsliste deklariert hat.

VI. BESTIMMUNGEN FÜR DEN AUFKÄUFER/ERSTVERARBEITER

1. ÜBERMITTLUNG DES ANBAU- UND LIEFERVERTRAGES (PUNKT III.1.1 SOWIE III.3)

2. SICHERHEITSLAISTUNG

Um die Einhaltung der Vertragspflichten sicherzustellen, hat der Aufkäufer oder Erstverarbeiter eine Sicherheit in der Höhe von **250 EURO pro Hektar** zu leisten.

Die Sicherheit ist in Form einer Höchstbetrags-Bankgarantie (Formblatt Si) zu stellen. Höchstbetrags-Bankgarantien können nur akzeptiert werden, wenn das Formblatt Si verwendet wird, bzw. die Bankgarantie den exakt identischen Wortlaut aufweist. Dieser ist ein formloses Beiblatt mit Angaben über Betriebsnummer, Erzeuger und Fläche, für die die Sicherheit hinterlegt wird, anzufügen.

Die Bankgarantie ist in voller Höhe bis zum 15.05.2004 bei der AMA einzubringen. Wird dieser Termin überschritten, verfallen 15% der Sicherheit gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2220/85. Die Zahlung an den Förderungswerber kann nur dann erfolgen, wenn der Nachweis vorliegt, dass die Sicherheit für die gesamte Vertragsfläche hinterlegt wurde.

3. NON-FOOD - ERZEUGNISSE, ENDVERWENDUNGSZWECK

Die auf den stillgelegten Flächen angebauten Ausgangserzeugnisse müssen in erster Linie der Herstellung von Non-Food-Enderzeugnissen dienen. Der Aufkäufer oder Erstverarbeiter kann jedoch die wichtigsten beabsichtigten Endverwendungszwecke ändern, nachdem die vertraglich vereinbarten Ausgangserzeugnisse dem Aufkäufer oder Erstverarbeiter geliefert und die entsprechenden Mitteilungspflichten erfüllt wurden.

Der Aufkäufer oder Erstverarbeiter hat der Agrarmarkt Austria die erforderlichen Angaben über die betreffende Verarbeitungskette und insbesondere Angaben zu den Preisen und technischen Verarbeitungskoeffizienten zu übermitteln.

Tarifierung nach dem Gemeinsamen Zolltarif:

Aufgrund der Vielzahl der Verwendungsmöglichkeiten ist im Gegensatz zu der genauen Aufzählung der Ausgangserzeugnisse keine umfassende Auflistung der möglichen Enderzeugnisse möglich. **Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** definiert deshalb den Endverwendungszweck der Verarbeitungserzeugnisse auf Basis des gemeinsamen Zolltarifs (kombinierte Nomenklatur, KN-Code). Danach dürfen die Ausgangserzeugnisse nur zu solchen Enderzeugnissen verarbeitet werden, die nicht in erster Linie als Lebens- oder Futtermittel verwendet werden (Non-Food-Erzeugnisse). Bei Unklarheiten über die richtige Bezeichnung oder Zuordnung zum Zolltarif ist eine verbindliche Zolltarifauskunft (bei den Zollbehörden) einzuholen.

Dies ist insbesondere bei der Verarbeitung von Heil- und Arzneipflanzen zu empfehlen. Gesundheitstees unter Verwendung von Kamille, Melisse, Baldrian oder Pfefferminze sind noch dem Sektor menschliche Ernährung zuzuordnen und somit keine Arzneimittel. Ebenso zählen homöopathische Mittel nicht zu den Arzneimitteln, sondern zum Lebensmittelbereich. Ein zulässiger Verwendungszweck wäre hier erst bei der Verarbeitung zu Produkten wie Cremes, Tinkturen, Salben oder Pillen mit Dosierungsvorschriften erreicht.

Verbot der Doppelförderung:

Erzeugnisse, für die im Rahmen der Industriestärke- und Zuckerregelung eine Produktionserstattung vorgesehen ist, können nicht als zulässige Non-Food-Enderzeugnisse anerkannt werden. Das Verbot der Doppelförderung betrifft somit Stärkeerzeugnisse aus Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis sowie bestimmte Zuckererzeugnisse aus Zuckerrüben. Dabei ist es unerheblich, ob für die Stärkeherstellung eine EU-Beihilfe oder auch der Stärkehersteller im Einzelfall die Produktionserstattung tatsächlich in Anspruch nimmt.

Verarbeitung von z.B. Mais zu Stärke gilt als Verletzung einer Hauptpflicht, es verfällt daher die Sicherheit in voller Höhe.

Verpackungsmaterial aus Mais und Getreide ist bei entsprechendem Nachweis des Verkaufs an Firmen, die das Verpackungsmaterial verwenden, zugelassen.

Bei Hanf dürfen nur die im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999 genannten Sorten ausgesät werden. Eine Verarbeitung im Textilbereich ist unzulässig.

Kraft- und Brennstoffe:

Zulässige Endverwendungszwecke sind die Verbrennung in Energieanlagen und der Einsatz als Kraftstoff.

Die Verbrennung in Energieanlagen kann z.B. für Ganzpflanzen in Trocknungsanlagen in Frage kommen. Auch Getreide und Ölsaaten können unbearbeitet verbrannt werden.

Rapsöl kann in entsprechend umgerüsteten Heizungsanlagen pur oder vermischt verbrannt werden.

Die Verwendung von Pflanzenöl als Kraftstoff ist auf zwei Arten möglich:

Durch Anpassung des Motors an das Pflanzenöl oder durch Anpassung des Öls an den Motor. Speziell umgerüstete oder konzipierte PKW-, LKW- oder Traktormotoren können mit reinem Pflanzenöl betrieben werden. In diesem Fall sind allerdings genaue Aufzeichnungen über die Verwendung des Öls notwendig (Fahrtenbuch)! Die Anpassung des Öls an den Motor nach der zweiten Alternative geschieht in erster Linie durch Umesterung des Öls, d.h. durch die Herstellung von Rapsmethylester (RME). RME kann ohne weiteren Zusatz in Dieselmotoren verwendet werden.

Zu beachten ist, dass der für die Freigabe der Sicherheit maßgebliche Non-Food-Endverwendungszweck erst dann erreicht ist, wenn das für die menschliche oder tierische Ernährung noch geeignete Pflanzenöl so verändert wurde, dass es für diese Bestimmung nicht mehr in Frage kommt. Am Beispiel Rapsöl ist das der Zeitpunkt

- der Veresterung,
- der Mischung, Zubereitung (z.B. Tessel, Zugabe von Additiven oder Mischung mit Mineralölen im Tank), oder
- der Verbrennung in Heizungsanlagen und Motoren (beim Einsatz als reines Pflanzenöl).

Verarbeitung innerhalb der EU

Die Ausgangserzeugnisse müssen innerhalb der EU zu den angegebenen und zugelassenen Non-Food-Erzeugnissen verarbeitet werden. Auch Be- und Verarbeitungen im Rahmen des passiven Veredelungsverkehrs sind ausschließlich innerhalb der EU zulässig. Soll die Zwischen- oder Endverarbeitung in einem anderen Mitgliedsstaat erfolgen, muss für die Lieferung der Ausgangs- oder Zwischenerzeugnisse dorthin ein Kontrollexemplar T5 beantragt werden. Die Kontrolle der Verarbeitung erfolgt durch die zuständige Stelle des betroffenen Mitgliedsstaates, in dem die Verarbeitung stattfindet. Diese Stelle bestätigt die Verarbeitung durch eine besondere Bescheinigung, nach deren Vorlage die Sicherheit freigegeben wird.

4. NEBENERZEUGNISSE

Neben- und Nachprodukte, die bei der Verarbeitung der Ausgangserzeugnisse anfallen, dürfen als Nahrungs- oder Futtermittel verwendet werden, wenn ihr wirtschaftlicher Wert niedriger ist als der des Hauptproduktes. Andernfalls verfällt die Kautionsklausel. Verschiedene Verarbeitungsstufen werden dabei jeweils getrennt bewertet.

Für die Berechnung des wirtschaftlichen Wertes werden die durchschnittlichen Preise des vergangenen Wirtschaftsjahres herangezogen (Grund dafür ist der Umstand, dass beim Abschluss des Anbau- und Liefervertrages für die jeweiligen Anbau- und Verwendungsentscheidungen lediglich diese Preissituation maßgebend sein konnte).

Bei kalt gepresstem Öl mit einer Ausbeute von weniger als ca. 30% besteht die Gefahr, dass in Einzelfällen der Wert des Rapskuchens den des Rapsöls übersteigt. Damit wäre die Verwendung des Grunderzeugnisses vorwiegend im **technischen Bereich nicht mehr gegeben**.

Bei einzelnen anderen Erzeugnissen kann sich das Wertverhältnis ebenfalls entscheidend zugunsten der Nebenprodukte auswirken, wie z.B. bei der Verwendung von Leinöl im chemisch-technischen Bereich, da der anfallende Leinkuchen verhältnismäßig hochwertig ist.

Auch bei der Nutzung von Getreide als nachwachsender Rohstoff wird der Wert des Körnerertrages für gewöhnlich höher sein als der Erlös des Stroh für die Verwendung im technischen Bereich (Verbrennung, Dämmplatten etc.). Der Hauptverwendungszweck im technischen Bereich muss in diesen Fällen daher auch für die Getreidekörner nachgewiesen werden.

5. AUFZEICHNUNGSPFLICHTEN

Zur Kontrolle der im Vertrag genannten Verpflichtungen, insbesondere der Verpflichtung die gesamte Menge des betreffenden Ausgangserzeugnisses vorwiegend zu Non-Food-Erzeugnissen zu verarbeiten, sind Aufkäufer, Erst- und Endverarbeiter verpflichtet, über alle Transaktionen und Verarbeitungsschritte im Rahmen dieser Regelung in Form einer eigenständigen **Lager- und Bestandsbuchhaltung** Aufzeichnungen zu führen.

Aufkäufer

Gemäß **Art. 20 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** muss die Buchhaltung des Aufkäufers mindestens folgende Eintragungen enthalten:

- die Mengen aller gekauften und zum Zweck der Verarbeitung verkauften Ausgangserzeugnisse
- Name und Anschrift der anschließenden Käufer/Verarbeiter.

Zu Kontrollzwecken sind somit mindestens folgende Aufzeichnungen und Unterlagen zu führen, die in übersichtlicher Art und Weise im Betrieb zur Verfügung stehen müssen:

- Anbau- und Liefervertrag,
- Wareneingangsbelege (Lieferschein etc.), diese müssen die Unterschriften des Erzeugers und des Aufkäufers aufweisen.
- Wiegescheine
- Belege bezüglich der Beschaffenheitsfeststellungen (Atteste, Ausdrucke etc.),
- Erzeugerabrechnungen; Im Falle der Belieferung eines Erst- bzw. Endverarbeiters über eine zwischengeschaltete Lieferpartei im Rahmen eines Deckungskaufes, sind auch die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen Bestandteil der oben angeführten Unterlagen.

Verarbeiter

Der Verarbeiter, d.h. der Erst- und Endverarbeiter, hat gem. **Art. 20 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** mindestens folgende Eintragungen in seiner Buchhaltung vorzunehmen:

- die Mengen aller zum Zweck der Verarbeitung gekauften Ausgangserzeugnisse
- die Mengen der verarbeiteten Ausgangserzeugnisse sowie die Mengen und Arten der dabei gewonnenen Enderzeugnisse und der Neben- und Nachprodukte
- Verarbeitungsverluste
- vernichtete Mengen mit entsprechender Begründung und Nachweis
- die Mengen und Arten der vom Verarbeiter verkauften oder abgegebenen Erzeugnisse sowie die erzielten Preise
- Name und Anschrift des Käufers/Verarbeiters (im Falle des Weiterverkaufes)

Diese Aufzeichnungen haben mindestens monatlich zu erfolgen.

Diese Aufzeichnungspflichten gelten auch für besondere Endverwendungen wie z.B. Vermischen, Zugabe von Additiven und Verbrennen. Diese Verarbeitungsschritte müssen nach Rezepturen, Anteilen, technischen Abläufen etc. dokumentiert sein.

Für den Einsatz von Erzeugnissen (z.B. Pflanzenöl) zum Betrieb von Heizungen, Motoren und Fahrzeugen müssen vom Betreiber als Endverarbeiter Aufzeichnungen über den Einkauf des Erzeugnisses (Pflanzenöl), die Lagerung, den Zeitpunkt und den Umfang von Tankfüllungen, Betriebszeiten und Verbrauch geführt werden.

Die AMA kann je nach Lage des Einzelfalles entsprechende Auflagen erteilen, um die Non-Food-Endverwendung sicherzustellen.

Wird bei Kontrollen der AMA festgestellt, dass die vorgeschriebenen Aufzeichnungen nicht oder nur unvollständig vorliegen, **verfällt die Sicherheit in voller Höhe. Dies gilt ebenso für den Fall, dass Unterlagen auf Verlangen der Kontrollorgane nicht ausgehändigt werden und dadurch die Prüfung abgebrochen werden muss.**

6. MITTEILUNGSPFLICHT (LIEFERMITTEILUNG)

Für die in **Art. 13 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** vorgeschriebenen Mitteilungspflichten liegen bei der AMA Mustervordrucke auf. Es wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer Nicht-Ablieferung seitens des Landwirts eine **Leermeldung** an die AMA zu übermitteln ist. Um die Bearbeitung zu erleichtern, sind unbedingt die **Registriernummern** anzugeben, welche nach der Erfassung der Verträge von der AMA mitgeteilt werden.

Lieferung des Ausgangserzeugnisses an den Aufkäufer

Der Aufkäufer oder Erstverarbeiter, der die Ausgangserzeugnisse vom Erzeuger erhalten hat, ist verpflichtet der AMA die erfolgte Lieferung durch den Erzeuger mit dem Formblatt **A1** mitzuteilen.

Folgende Termine sind einzuhalten (Eingang bei der AMA):

-) bis spätestens 15. September 2004 für Raps, Rübsen und Erbsen
-) bis spätestens 15. November 2004 für Sonnenblumen und alle übrigen Kulturen
-) bis spätestens 30. November 2004 für Mais

Bei zu spät eingebrachten Liefermitteilungen (A1) verfallen 15% der Sicherheit der zugrundeliegenden Fläche.

Prinzipiell wird empfohlen, die Liefermitteilung so bald wie möglich an die AMA zu übermitteln, um eine rasche Auszahlung an den Erzeuger zu ermöglichen.

Die AMA kann in begründeten Einzelfällen, speziell wenn die Ernte nach den oben genannten Terminen erfolgt, eine spätere Meldung genehmigen.

In dieser Mitteilung sind alle Lieferungen pro Erzeuger/Vertrag zusammenzufassen. Eine tageweise Zusammenfassung von Einzellieferungen soll gewährleisten, dass z.B. witterungsbedingte Beschaffenheitsschwankungen bei der Gewichtsfeststellung ausreichend berücksichtigt werden können.

Liegt die Liefermenge des Ausgangserzeugnisses unter dem repräsentativen Ertrag (Lieferverpflichtung) muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren.

Der Gewichtsfeststellung jeder vom Erzeuger angelieferten Erntemenge kommt besondere Bedeutung zu, da sie der Kontrolle der Einhaltung des festgesetzten repräsentativen Ertrages dient und die Berechnungsgrundlage für die späteren Verarbeitungsnachweise bildet.

Die Verwiegung muss auf einer geeichten Waage erfolgen. Wird die Verwiegung mittels einer nicht auf dem Betriebsgelände gelegenen, geeichten Waage durchgeführt, so ist zu gewährleisten, dass die Waage den Prüforganen zugänglich ist.

Das erntefrische Erzeugnis soll nach einer Vorreinigung gewogen, bemustert und bei Bedarf getrocknet werden.

Der Gehalt an Feuchtigkeit und Fremdbesatz ist mit den allgemein üblichen Methoden festzustellen (u.a. Schnellbestimmer). Für Ölsaaten und Getreide ist dabei zu beachten, dass diese Geräte ebenfalls geeicht sein müssen. Die dabei festgestellten, und auch der Abrechnung mit dem Erzeuger zugrunde gelegten Werte bilden die Grundlage für die Ermittlung der Liefermenge.

Weiterlieferung des Ausgangserzeugnisses

Die Weiterlieferung des Ausgangserzeugnisses vom Aufkäufer direkt an den Erst- oder Endverarbeiter hat der Aufkäufer der AMA innerhalb von **40 Arbeitstagen** mittels Formblatt **A2** mitzuteilen. Der Erst- oder Endverarbeiter bestätigt auf dem Formblatt den Erhalt des Ausgangserzeugnisses.

Mit dem Formblatt A3 wird die Weiterlieferung des Ausgangserzeugnisses vom Aufkäufer über einen Zwischenhändler an den Erst- oder Endverarbeiter angezeigt. Der Zwischenhändler bestätigt die Weiterlieferung, der Erst- bzw. Endverarbeiter den Erhalt des Ausgangserzeugnisses auf dem Formblatt A3. Diese Meldung muss ebenfalls innerhalb von **40 Arbeitstagen** nach Anlieferung beim Erst- oder Endverarbeiter der AMA vorgelegt werden.

Mehrere Teillieferungen können auf einer Mitteilung (A2 oder A3) zusammengefasst werden. **Jede Einzellieferung ist jedoch gesondert anzugeben.**

Für die Berechnung der 40 Arbeitstage wird das Datum der ersten Lieferung herangezogen.

Die Lieferung an einen Verarbeiter aus Beständen des Aufkäufers muss nicht zwingend aus Vertragsware bestehen (Äquivalenzprinzip).

Mitteilung der Erstverarbeitung

Die Mitteilung über die erfolgte Erstverarbeitung ist mittels Formblatt (V1) bei der AMA abzugeben.

Bei der Verarbeitung von Mengen verschiedener Aufkäufer bzw. Vorlieferanten sind die Verarbeitungsmengen entsprechend aufzuteilen und zuzuordnen.

Für die Angabe des Verarbeitungskoeffizienten reicht es aus, wenn für einen bestimmten Verarbeitungszeitraum der ermittelte Durchschnittswert angegeben wird.

Mitteilung des Endverarbeiters

Die Mitteilung über die Endverarbeitung ist mit dem Formblatt (V2) der AMA anzuzeigen und mit entsprechenden Unterlagen zu belegen.

7. ÄQUIVALENZPRINZIP

Der Aufkäufer oder Erstverarbeiter als Vertragspartner des Erzeugers muss garantieren, dass eine gleich große Menge der betreffenden Ausgangserzeugnisse zur Herstellung von Non-Food-Erzeugnissen verwendet wird (Äquivalenzprinzip – Formblatt V4).

Das bedeutet, dass die an den Aufkäufer gelieferte Vertragsmenge nicht getrennt von anderen gelagert und verarbeitet werden muss. Die Identität des Ausgangserzeugnisses kann nach Ablieferung untergehen.

Der Aufkäufer bzw. Erstverarbeiter kann beliebig andere in seinem bzw. im Besitz von Dritten (zwischengeschaltete Lieferpartei, Deckungskauf) befindliche gleichartige Ausgangserzeugnisse zur Weiterlieferung und ggf. auch zur Endverarbeitung verwenden. Vertragsmengen unterschiedlicher Herkunft sowie unterschiedlicher Besitzer können somit auch vermengt werden.

Damit eröffnet das Äquivalenzprinzip die Möglichkeit, unnötige Transportkosten zu vermeiden.

Dabei ist zu beachten, **dass jeder Schritt in der Abwicklung durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen abgedeckt und buchmäßig nachvollziehbar sein muss bzw. mit einem entsprechenden Formblatt gemeldet werden muss.**

Das Äquivalenzprinzip gilt auch in den Fällen, in denen Aufkäufer und Erstverarbeiter in jeweils verschiedenen Mitgliedstaaten ihren Sitz haben. Falls aufgrund von Deckungskäufen kein Warentransport zwischen den Mitgliedstaaten erfolgt, ist auch die Ausstellung eines T5-Kontroll-exemplares nicht erforderlich. Die Deckungskäufe und Verarbeitungen sind den zuständigen Behörden jedoch anzuzeigen, damit zur Freigabe der Sicherheit eine entsprechende Bescheinigung erstellt werden kann.

8. VERWENDUNGSNACHWEIS, FREIGABE DER SICHERHEIT

Die Freigabe der Sicherheit ist mittels Formblatt (V3) bei der AMA zu beantragen.

Die Sicherheit wird aliquot freigegeben, wenn der Aufkäufer der AMA den Nachweis erbringt, dass der betreffende Teil der Vertragsmenge des Ausgangserzeugnisses in erster Linie zu einem Non-Food-Erzeugnis verarbeitet wurde.

Die Sicherheit, die der Aufkäufer hinterlegt hat, kann auch dann freigegeben werden, wenn an seiner Stelle der Erstverarbeiter eine entsprechende Sicherheit bei der AMA hinterlegt hat.

Mit dem Antrag auf Freigabe der Sicherheit ist zusätzlich eine förmliche Bestätigung des Verarbeitungsbetriebes, der das Non-Food-Enderzeugnis hergestellt hat, mittels Formblatt (V2) der AMA vorzulegen. Diese Erklärung gilt als Nachweis der Verarbeitung.

Diese Nachweise können die Verarbeitungsmengen für mehrere Verträge abdecken, zulässig sind allerdings auch Nachweise über Teilmengen eines Vertrages. Die im Freigabeantrag angeführten Mengen müssen den Anbau- und Lieferverträgen einzelner Landwirte zugeordnet sein.

Die Herstellung des Non-Food-Enderzeugnisses muss bis zum 31. Juli des zweiten Jahres nach der Ernte des Ausgangserzeugnisses durch den Erzeuger an den Aufkäufer erfolgen. (Für das Erntejahr 2004 ist das der 31. Juli 2006).

Im Falle der Verarbeitung von "Eruca-Raps" ist es für die Freigabe der Sicherheit ausreichend, wenn der Verkauf des Öls an einen Endverarbeiter im chemisch-technischen Bereich nachgewiesen wird. Die Nachweispflicht trägt die **Vertragspartei, die die Sicherheit** als Garantie für die Verwendung im Non-Food-Bereich **gestellt hat**, d.h. der Aufkäufer bzw. Verarbeiter, und zwar unabhängig davon, ob das Non-Food-Erzeugnis von ihm als Erstverarbeiter oder in mehreren Produktionsschritten von anderen Verarbeitungsbetrieben hergestellt wurde.

Im Falle der Herstellung des Non-Food-Erzeugnisses in einem anderen Mitgliedstaat ist für die Freigabe der Sicherheit eine entsprechende Verarbeitungsbestätigung der dort zuständigen Behörde, sowie die Vorlage des Kontrollexemplares T5 erforderlich.

Falls der Vertrag nach Vorlage bei der AMA geändert oder aufgelöst wurde (vgl. Pkt. III. 3.), ist gemeinsam mit dem Freigabeantrag eine entsprechende Bestätigung vorzulegen.

Kann der Nachweis über die Verwendung einer gleichgroßen Menge des Ausgangserzeugnisses zu Non-Food-Erzeugnissen vom Aufkäufer nicht erbracht werden, verfällt die gestellte Sicherheit. Für den Erzeuger hat dies keine Auswirkungen, da er seinen Anspruch auf Stilllegungsflächenzahlung behält, wenn er seine Vertragspflichten erfüllt hat.

VII. ANHANG II - KULTUREN

Angebaut werden dürfen (Anhang II der VO (EG) Nr. 2461/1999)

1. Schnellwüchsige Forstgehölze mit einer Umtriebszeit von höchstens 10 Jahren.
KN Code: ex 0602 90 41
2. Bäume, Sträucher und Büsche, die Pflanzenstoffe des KN-Codes 1211 und des Kapitels 14 der Kombinierten Nomenklatur erzeugen, ausgenommen diejenigen, die zu Lebens- oder Futtermittelzwecken verwendet werden können.
KN Code: ex 0602 90 49.
3. Mehrjährige Freilandpflanzen (z.B. *Miscanthus sinensis*), ausgenommen diejenigen, die für Lebens- oder Futtermittelzwecke verwendet werden können, insbesondere diejenigen, die Pflanzenstoffe des KN-Codes 1211, ausgenommen Lavendel, Lavandin und Salbei, sowie des Kapitels 14 der Kombinierten Nomenklatur erzeugen.
KN Code: ex 0602 90 51
4. *Euphorbia lathyris*, *Sylibum marianum* und *Isatis tinctoria*.
KN Code: ex 0602 90 59
4. *Digitalis lanata* (Fingerhut), *Secale cornutum* (Mutterkorn) und *Hypericum perforatum* (Johanniskraut), ausgenommen pflanzliche Stoffe, die zu Lebens- oder Futtermittelzwecken verwendet werden können.
KN-Code 1211 90 95

Vertrag und Sicherheit

Ein **Vertrag** mit einem Aufkäufer/Erstverarbeiter und die Stellung einer Sicherheit (Bankgarantie) sind **nicht erforderlich**.

Ein Antragsteller, der die stillgelegten Flächen für den Anbau der Kulturpflanzen nach **Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** nutzen will, muss sich, um den Anspruch auf Flächenzahlungen zu erwerben, bei der AMA im Zuge der Einreichung des Beihilfeantrages "Flächen" im Falle der Verwendung oder des Verkaufes der betreffenden Ausgangserzeugnisse verpflichten, dass diese für die Zwecke gemäß **Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999** bestimmt sind.

Der Antragsteller hat der AMA die stillgelegten Parzellen, die entsprechenden Kulturen (Baumarten) sowie den Anbauzyklus und die voraussichtliche Zahl der Ernten mit seinem Beihilfeantrag "Flächen" mitzuteilen.

Diese Flächen sind jährlich der Agrarmarkt Austria mitzuteilen.

Diese Mitteilungen und die Verpflichtungserklärung können z.B. im Rahmen eines "Anbau- und Liefervertrages" bis zum 15.05.2004 dem Mehrfachantrag beigelegt werden.

Für "**Schnellwüchsige Forstgehölze**", **Elefantengras**, **Johanniskraut** und **Mariendistel** ist dem Mehrfachantrag das Formblatt F1 (siehe Anlage) beizulegen.

In den Folgejahren ist zumindest eine Kopie dieses Formblattes dem Mehrfachantrag beizulegen!

Achtung:

Feldstücke, die im Rahmen der Sonderrichtlinie des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft Zl. 26.048/10-II/C 12/92 eine Förderung für Kurzumtriebsflächen erhalten haben (10 Jahre Vertragsdauer), können nicht für die Produktion von Nachwachsenden Rohstoffen verwendet werden.

VIII. ANBAU VON HANF AUF STILLGELEGTEN FLÄCHEN

Neben in diesem Merkblatt bereits genannten Bedingungen (Anbau- und Liefervertrag, Bankgarantie etc.) ist für den Anbau von Hanf auf Stilllegungsflächen zusätzlich Folgendes zu beachten:

- 1) Die Originaletiketten sind dem Mehrfachantrag beizulegen und mit der Betriebsnummer des Antragstellers zu versehen. Ist auf den Etiketten die Saatgutmenge nicht ersichtlich, muss der Rechnungsbeleg beigelegt werden.
Werden Feldstücke in SL: Hanf und normalen KPF-Hanf geteilt oder werden auf einem Feldstück mehrere Sorten angebaut, ist eine Skizze anzufertigen und dem Mehrfachantrag beizulegen;
- 2) Die Mindestaussaatmenge von 20 kg/ha darf nicht unterschritten werden (muss in der Flächennutzungsliste je Schlag angegeben werden);
- 3) Grundsätzlich ist der Antragsteller verpflichtet, die Hanfpflanzen unter normalen Wachstumsbedingungen nach ortsüblichen Normen bis mindestens zehn Tage nach Ende der Blüte zu pflegen;
- 4) Eine ausschließliche Verwendung von zertifizierten Sorten ist gemäß Anhang XII der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999 vorgeschrieben. Diese sind dem Merkblatt "Flachs und Hanf Ernte 2004" zu entnehmen.
- 5) Verarbeitung: Grundsätzlich dient der Anbau von Hanf auf stillgelegten Flächen zur Verwendung der Ganzpflanzen, d.h. zur Herstellung von z.B. Dämmplatten. Sollte Hanf von stillgelegten Flächen zur Faserherstellung verwendet werden, so muss unbedingt vor Produktionsbeginn mit der AMA Rücksprache gehalten werden.

ANHANG I

Einjährige Kulturpflanzen, die als nachwachsende Rohstoffe auf stillgelegten Flächen angebaut werden dürfen

<i>Gemeinsamer Zolltarif</i>	<i>Kurzbeschreibung</i>
0602 90 59	Andere Freilandpflanzen (z.B. Kenaf Hibiscus Cannabinus L. und Chenopodium), ausgenommen Euphorbia lathyris, Sylibum marianum und Isatis tinctoria
0701 90 10	Kartoffeln
ex 0713 10 90	Futtererbsen (Pisum arvense L.), nicht zur Aussaat bestimmt
0713 50 00	Puffbohnen und Ackerbohnen, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 0714 90	Topinambur - vorausgesetzt, dass er keinem Hydrolyseprozess unterzogen wird, wie er in der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 der Kommission definiert ist, entweder in seinem natürlichen Stadium oder als ein Zwischenerzeugnis wie Inulin oder als ein Nebenerzeugnis wie Oligofructose oder als ein Nacherzeugnis
0810 30 10	Schwarze Johannisbeeren
ex 0810 90 85	Früchte der Art Aronia arbutifolia, Sanddorn und Holunder
0904 20	Früchte der Gattung "Capsicum" oder "Pimenta", getrocknet oder gemahlen oder sonst zerkleinert
0909	Anis-, Sternanis-, Fenchel-, Koriander-, Kreuzkümmel- und Kümmelfrüchte
0910 50 00	Curry
0910 99 10	Samen von Bockshornklee
ex 0910 99 91	Gewürze, nicht in Mischungen
ex 0910 99 99	Gewürze, nicht in Mischungen
1001 90 99	Spelz, Weichweizen und Mengkorn, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1002 00 00	Roggen, nicht zur Aussaat bestimmt
1003 00 90	Gerste, nicht zur Aussaat bestimmt
1004 00 00	Hafer, nicht zur Aussaat bestimmt
1005 90 00	Mais (Körnermais), nicht zur Aussaat bestimmt
1007 00 90	Körnersorghum, außer Hybriden zur Aussaat
ex 1008 10 00	Buchweizen, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 20 00	Hirse, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 90 10	Triticale, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1008 90 90	Anderes Getreide, nicht zur Aussaat bestimmt
1201 00 90	Sojabohnen, nicht zur Aussaat bestimmt
1202 20 00	Erdnüsse, geschält
ex 1204 00 90	Leinsamen, weder zur Aussaat noch zur Faserherstellung bestimmt
ex 1205 00 90	Raps- oder Rübensamen, nicht zur Aussaat bestimmt - nur die in Artikel 4 Absätze 1 und 2, Buchstaben a), b) und e) der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999 der Kommission (landwirtschaftliche Kulturpflanzen) genannten Sorten
1206 00 91 1206 00 99	Sonnenblumenkerne, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 30 90	Rizinussamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 40 90	Sesamsamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 50 90	Senfsamen, nicht zur Aussaat bestimmt
1207 60 90	Saflorsamen, nicht zur Aussaat bestimmt

1207 99 99	Andere Ölsamen oder ölhaltige Früchte, nicht zur Aussaat bestimmt
ex 1209 29	Bitterlupine
ex 1211	Pflanzen und Pflanzenteile (einschließlich Samen und Früchte) der hauptsächlich zur Herstellung von Riechmitteln oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung und dergleichen verwendeten Art außer Lavendel, Lavandin und Salbei
1212 91	Zuckerrüben (sofern daraus weder als Zwischenerzeugnis noch als Neben- oder Nacherzeugnis Zucker gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 hergestellt wird)
1212 99 10	Zichorienwurzeln (vorausgesetzt, dass sie keinem Hydrolyseprozess unterzogen werden, wie er in der Verordnung (EWG) Nr. 1443/82 der Kommission definiert ist, entweder in ihrem natürlichen Stadium oder als ein Zwischenerzeugnis wie Inulin oder als ein Nebenerzeugnis wie Oligofruktose oder als ein Nacherzeugnis)
1214	Steckrüben, Futterrüben, Wurzeln zu Futterzwecken, Heu, Luzerne, Klee, Esparsette, Futterkohl, Lupinen, Wicken und ähnliches Futter
Kapitel 14	Pflanzliche Stoffe der zum Herstellen von Korb- oder Flechtwaren, zu Polsterzwecken sowie zum Herstellen von Besen, Bürsten oder Pinseln verwendeten Arten, anderweit weder genannt noch inbegriffen (z.B. Besensorgho)
ex 5302 10 00	Hanf, roh oder geröstet, zur Verarbeitung in andere als die in der Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 genannten Erzeugnisse bestimmt (<i>Cannabis sativa L.</i>)

Formblätter

Muster „Anbau- und Liefervertrag“

Muster „Minderertragsmeldung“

Formblatt A1

Formblatt A2

Formblatt A3

Formblatt E2

Formblatt SI

Formblatt V1

Formblatt V2

Formblatt V3

Formblatt V4

Formblatt F1

**NACHWACHSENDE ROHSTOFFE
ANBAU- UND LIEFERVERTRAG**

**für der Ernte 2004
gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 auf Stilllegungsflächen**

abgeschlossen zwischen
dem Lagerhaus/der Handelsfirma, Adresse

einerseits,
im folgenden kurz **Aufkäufer** genannt,

Aufkäufer

und dem nachfolgend genannten Erzeuger (Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes) andererseits,
im folgenden kurz **Erzeuger** genannt:

Angaben zum Erzeuger:

..... Zuname (in Blockschrift) Vorname Betriebsnummer
..... Postleitzahl Ort	
..... Straße Haus Nr.	BBK

I. Gegenstand dieses Vertrages ist der Anbau vonErnte 2004 auf stillgelegten Flächen, und die Übernahme der von dieser Fläche erwachsenen Ernte durch den Aufkäufer.

Erstverarbeiter:

Herbstaussaat Frühjahrsaussaat

Gesamte Vertragsfläche		Voraussichtlicher
ha	ar	Ertrag kg/ha

Menge der anfallenden Nebenerzeugnisse:	kg/ha
davon <u>nicht</u> für den Lebens- bzw. Futtermittelbereich bestimmt:	kg/ha

Berechnungsschlüssel für die anfallenden Nebenerzeugnisse:

Auszugehen ist vom angegebenen voraussichtlichen Ertrag:
 100 kg Raps- bzw. Rübensamen des KN-Codes 1205 00 90 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen
 100 kg Sonnenblumenkerne der KN-Codes 1206 00 91 oder 1206 00 99 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen
 100 kg Sojabohnen des KN-Codes 1201 00 90 entsprechen 78 kg Nebenerzeugnissen

Die unterzeichneten Parteien erklären ausdrücklich die Einhaltung der auf der Rückseite angeführten Bedingungen und Verpflichtungen.

..... Ort, Datum firmenmäßige Zeichnung des Aufkäufers
..... Ort, Datum Unterschrift des Erzeugers

Vertragsrückseite

Der **Erzeuger** erklärt ausdrücklich, dass die Vertragsfläche allen in der Verordnung (EG) Nr. 1251/99, der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 sowie der Kulturpflanzenflächenzahlungsverordnung 2000 – KPF-V 2000 angeführten Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszahlungen entspricht.

II. Endverwendungszweck gemäß Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999:

Der (Die) produzierte wird vorwiegend als
(Non-Food Erzeugnis) genutzt.

III. Laufzeit des Vertrages: Dieser Vertrag bezieht sich auf das Erntejahr 2004.

IV. Voraussichtlicher Ertrag

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft setzt die repräsentativen Erträge unmittelbar vor der Ernte fest. Die Liefermenge des Ausgangserzeugnisses darf den repräsentativen Ertrag nicht unterschreiten. Liegt die Liefermenge unter dem repräsentativen Ertrag (Lieferverpflichtung) muss der Erzeuger die Fehlmenge entweder von seiner Konsumanbaufläche ergänzen oder zukaufen, um seinen Anspruch auf Stilllegungsausgleich nicht zu verlieren. Ist bereits vor der Ernte (z.B. wegen schlechter Witterungsverhältnisse) erkennbar, dass der Erzeuger seine Lieferverpflichtung nicht oder nicht in voller Höhe erfüllen kann, müssen beide Vertragspartner die AMA unverzüglich schriftlich informieren. Die betroffenen Feldstücke sind bis zur Genehmigung durch die AMA in einem Zustand zu erhalten, der eine Kontrolle des dargestellten Sachverhaltes ermöglicht.

V. Lieferbedingungen

Der **Aufkäufer** verpflichtet sich, das gesamte Erntegut vom **Erzeuger** auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Qualitätsnormen

.....
.....
.....
.....

VI. Verpflichtung des Erzeugers

Der **Erzeuger** liefert die gesamte Erntemenge der Vertragsfläche an den Aufkäufer ab.

Der Erzeuger bestätigt, dass die im Vertrag angeführten Flächen mit den Flächen der Feldstücke in der Flächennutzungsliste des Mehrfachantrages 2004 übereinstimmen.

VII. Verpflichtung des Aufkäufers

Der **Aufkäufer** hinterlegt bis spätestens **31. Jänner 2004** (Herbstanbau) bzw. bis **15. Mai 2004** (Frühjahrsanbau) eine Kopie des Vertrages bei der AMA.

Der **Aufkäufer** teilt der AMA bis spätestens 15. September des Erntejahres für Raps, Rübsen und Erbsen; bis spätestens 30. November des Erntejahres für Mais, bis spätestens 15. November des Erntejahres für alle übrigen Kulturen nach jeder Anlieferung bzw. nach jeder Weiterlieferung des Ausgangserzeugnisses binnen 40 Arbeitstagen dessen Art und Menge (Formblatt A1 bzw. A2 [oder A3] des Merkblattes "Nachwachsende Rohstoffe") mit.

Der **Aufkäufer** garantiert die Verwendung einer äquivalenten Menge dieses Ausgangserzeugnisses zur Herstellung eines oder mehrerer der im Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999 genannten Enderzeugnisse innerhalb der Gemeinschaft.

VIII. Sicherheit gemäß Art. 15 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999:

Der **Aufkäufer** hinterlegt eine Sicherheit (Bankgarantie) in Höhe von 250 EURO je ha bis spätestens **15. Mai 2004** bei der AMA in Wien.

IX. Der Kaufpreis

X. Weitere Bestimmungen

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag wird das "Börsenschiedsgericht für landwirtschaftliche Produkte" in Wien als Gerichtsstand vereinbart. Der Erzeuger erteilt gemäß § 8 Abs. 1 Z. 2 Datenschutzgesetz 2000 i.d.g.F. seine ausdrückliche Zustimmung zur Weitergabe und Verwendung seiner Betriebsdaten für Zwecke der Beratung und Förderung einschließlich der Durchführung absatzfördernder Maßnahmen.

Das **Original** verbleibt beim **Erzeuger**, ein **Durchschlag** beim **Aufkäufer**, ein **Durchschlag** ist der **Agrarmarkt Austria** zu übermitteln.

Vertragsänderung



„Minderertragsmeldung“

für Nachwachsende Rohstoffe auf stillgelegten Flächen der Ernte 2004

Erzeuger:

Name: _____

Anschrift: _____

Tel.-Nr.: _____ Betr.-Nr.: _____

Zuständige Bezirksbauernkammer: _____

Vertragspartner (Aufkäufer): _____

Betroffene Kultur: _____

Aufzeichnungen über den Bestand:

Saatzeitpunkt: _____

Düngung: _____

Pflanzenschutz: _____

Auftretende Krankheiten: _____

Schädlingsbefall: _____

Voraussichtlicher Erntezeitpunkt: _____

Geschädigte Fläche: _____ ha **Feldstücknummer(n):** _____

Bezeichnung Feldstück(e): _____

Begründung / Nachweis für den Minderertrag:

Ertragsschätzung: _____ kg / ha

Die betroffene Fläche darf innerhalb von 10 Tagen nach Eingang der Meldung bei der AMA nicht geerntet oder bearbeitet werden! Erfolgt die Ernte innerhalb dieser Frist vor erfolgter Vorortkontrolle, kann ein etwaiger Minderertrag von der AMA nicht anerkannt werden.

Bei Übermittlung dieser Meldung per FAX: Faxrufnummer 01/33 151 298

Ort, Datum

Unterschrift des Erzeugers



A1

**Mitteilung des Aufkäufers oder Erstverarbeiters
über die Anlieferung
gem. Art. 13 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

Ernte 2004

Aufkäufer:

Endverarbeiter *)

Registriernummer:

Name / Firma: _____

Telefon: _____

Anschrift: _____

Übernahmestelle:

Name / Firma: _____

Telefon: _____

Anschrift: _____

Geliefertes Ausgangserzeugnis:

Kultur: _____

Rohgewicht in kg	Feuchtigkeit in %	Fremdbesatz in %	Standardgewicht netto in kg	Liefertag **)

Gesamte Vertragsmenge

Teillieferung

Restlieferung

Berichtigung

Nachmeldung zur Erfüllung der Lieferpflicht

Erzeuger, der die Lieferung vorgenommen hat:

Betriebsnummer: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift des Erzeugers

Ort/Datum

firmenmäßige Zeichnung d. Aufk.

*) ist der Aufkäufer gleichzeitig Endverarbeiter

***) Jede Einzellieferung ist anzugeben



A2

WEITERLIEFERUNGSMELDUNG DIREKT
vom Aufkäufer zum Erst- bzw. Endverarbeiter
gem. Art. 13 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999

Aufkäufer:

Erstverarbeiter: Endverarbeiter

Weitergeliefertes Ausgangserzeugnis:

Ernte 2004

Menge in kg	Liefertag *)

*) Jede Einzellieferung ist anzugeben.

Diese Meldung ist nach Lieferung des Ausgangserzeugnisses an den Erst- bzw. Endverarbeiter innerhalb von 40 Arbeitstagen an die AMA (Fax-Nr. 01/33151-298) zu übermitteln.

Aufkäufer
firmenmäßige Zeichnung/Ort/Datum

Erstverarbeiter
firmenmäßige Zeichnung/Ort/Datum



A3

WEITERLIEFERUNGSMELDUNG INDIREKT
vom Aufkäufer über eine zwischengeschaltete Lieferpartei zum Erstverarbeiter
gem. Art. 13 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999

Aufkäufer:

Erstverarbeiter: Endverarbeiter

zwischengeschaltete Lieferpartei:

Weitergeliefertes Ausgangserzeugnis:

.....

Ernte 2004

Menge in kg	Liefertag bzw. Umbuchungsdatum *)

Jede Einzellieferung ist anzugeben

*) an den Erst- bzw. Endverarbeiter

Diese Meldung ist nach Lieferung des Ausgangserzeugnisses an den Erst- bzw. Endverarbeiter innerhalb von 40 Arbeitstagen an die AMA (Fax-Nr. 01/33151-298) zu übermitteln.

zwischengeschaltete Lieferpartei
firmenmäßige Zeichnung/Ort/Datum

Aufkäufer
firmenmäßige Zeichnung/Ort/Datum

Erst- bzw. Endverarbeiter
firmenmäßige Zeichnung/Ort/Datum



E2

FLÄCHENÄNDERUNG
eines Anbau- und Liefervertrages
für Nachwachsende Rohstoffe der **Ernte 2004**

Kultur: _____

Änderung der Vertragsfläche von _____, ha (alte Fläche)

auf _____, ha (neue Fläche)

Begründung: _____

Aufkäufer:

Name / Firma: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Erzeuger:

Name: _____ Betriebsnr.: _____

Anschrift: _____

Unterschrift des Erzeugers

Ort/Datum

firmenmäßige Zeichnung d. Aufkäufers

Höchstbetrags - BANKGARANTIE
für den Bereich

- | | | |
|-------------------------------------|--|------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Vieh und Fleisch ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-297 |
| <input type="checkbox"/> | Milch und Milcherzeugnisse ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-396 |
| <input checked="" type="checkbox"/> | pflanzliche Erzeugnisse
(ausgenommen
Produktionserstattung
Stärke/Zucker) und Nicht unter
Anhang I des Vertrages fallende
Waren ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-303 |
| <input type="checkbox"/> | Produktionserstattung
Stärke/Zucker ¹⁾ | TELEFAX: 01/331 51-303 |

Antragsteller (Firma):

Eintragung im Firmenbuch: JA unter FN NEIN

Anschrift des Antragstellers:

Begünstigte Stelle ist je nach Art des zugrundeliegenden Antrages die Agrarmarkt Austria, die Republik Österreich oder die Europäische Union.

Verwaltende Stelle:

Agrarmarkt Austria
Dresdner Straße 70 (Postfach 62)
1200 Wien
Telefon: 01/331 51-0

1.

Als Sicherheit, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Union betreffend

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | Lizenzen u./od. Bescheinigungen für NA-I-Waren ¹⁾ |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Beihilfen, Sonstiges: <i>Nachwachsende Rohstoffe Ernte 2004</i>
<i>Verordnung (EG) Nr. 2461/1999</i> ^{1) 2)} |
| <input type="checkbox"/> | Intervention ¹⁾ |

zu stellen ist, übernimmt das gefertigte Unternehmen für den oben angeführten Antragsteller die unwiderrufliche Garantie bis zu einem Höchstbetrag von

€.....

(in Worten: €.....)

Im Rahmen einer Inanspruchnahme aus dieser Höchstbetrags-Garantie verpflichtet sich das gefertigte Unternehmen unwiderruflich, über erste schriftliche Aufforderung der AMA binnen 30 Tagen nach Zugang dieser Aufforderung (eine Aufforderung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen) unter Verzicht auf jedwede Einwendung und ohne Prüfung der zugrundeliegenden Rechtsverhältnisse die Zahlung geforderter Beträge innerhalb des oben angeführten Gesamtrahmens auf das von der AMA in der vorgenannten Aufforderung bezeichnete Bank- bzw. Postscheckkonto vorzunehmen.

1) Bitte Zutreffendes ankreuzen (bei den genannten Bereichen und Maßnahmen ist nur eine Nennung möglich!)

2) ggf. Angabe der Nummer der bezughabenden Verordnung

2.

Die Verpflichtung aus der Höchstbetrags-Garantie bezieht sich auf alle Sicherheiten, die

seit dem **15. Mai 2004** zu stellen sind.

3.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie ist unbefristet, sie kann jedoch mit einmonatiger Frist zum Ende des Kalendermonates gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen und das Original der Kündigungserklärung der AMA nachweislich zugestellt werden. Die Kündigung wird wirksam, sobald der AMA das Original des Kündigungsschreibens zugegangen ist (eine Kündigung mittels Telefax oder Fernschreiben ist ausgeschlossen). Nach der Kündigung haftet das gefertigte Unternehmen für die gestellten und bis zum Wirksamwerden der Kündigung zu stellenden Sicherheiten bis zu deren Freigabe weiter.

4.

Die vorliegende Höchstbetrags-Garantie wird wirksam, sobald das Original der Garantieurkunde der verwaltenden Stelle zugestellt worden ist. Eine eigene Annahmeerklärung ist nicht erforderlich.

5.

Das gefertigte Unternehmen verzichtet im Rahmen der vorliegenden Höchstbetrags-Garantie ausdrücklich auf die einredeweise Geltendmachung allfälliger gegen die verwaltende Stelle bestehender Gegenforderungen.

6.

Diese Höchstbetrags-Garantie erlischt durch Rückstellung dieses Schreibens an das gefertigte Unternehmen.

7.

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dieser Höchstbetrags-Garantie ist Wien. Es gilt österreichisches Recht.

8.

genaue Anschrift des garantierenden Unternehmens (ggf. zuständige Zweigniederlassung und Filiale):

für Rückfragen zust. Sachbearbeiter:

Telefonnummer mit DW: TELEFAX-Nr.:

.....
(Ort, Datum)

.....
(firmenmäßige Zeichnung
des garantierenden Unternehmens)



Mitteilung des Erstverarbeiters über die Verarbeitung
gem. **Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

V1

Ernte 2004

Erstverarbeiter:

lfd.Nr.:

Name / Firma: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Verarbeitetes Ausgangserzeugnis:

Bezeichnung: _____

Rohgewicht: _____ kg Standardgewicht (netto): _____ kg

Lieferzeitraum: _____

Die Ablieferung wurde mittels Weiterlieferungs- /Empfangsmittelung(en) (A2 oder A3) Nr.: _____
der AMA mitgeteilt.

Vorlieferant:

Name /Firma: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Hergestelltes Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Verarbeitungszeitraum: _____

Dabei angefallene Neben-/Nachprodukte:

Non-Food

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Lebens- oder Futtermittel:

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Verarbeitungskoeffizient: _____

Ort/Datum

Unterschrift/Firmenstempel

Für jeden Vertrag ist eine gesonderte Verarbeitungsmittelung abzugeben; hierunter fallen auch Lohnverarbeitungen



Agrar Markt Austria

**Verarbeitungsnachweis des Endverarbeiters
gem. Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

V2

Ernte 2004

Endverarbeiter:

Name / Firma: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Auftraggeber / Aufkäufer:

Name / Firma: _____

Anschrift: _____

Vorlieferant:

Name / Firma: _____

Anschrift: _____

Angeliefertes Ausgangserzeugnis / Zwischenerzeugnis:

Bezeichnung: _____

Rohgewicht: _____ kg Standardgewicht (netto): _____ kg

Lieferzeitraum: _____

Daraus hergestelltes Non-Food-Erzeugnis:

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Endverwendungszweck: _____

Verarbeitungszeitraum: _____ Verarbeitungskoeffizient: _____

Verarbeitungsstätte:*) _____

Dabei angefallene Neben-/Nachprodukte:

Non-Food:

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Lebens- oder Futtermittel:

Bezeichnung: _____ Menge: _____ kg

Verwendung als Kraft-/Brennstoff:

Art der Verwendung: _____

Ort der Verwendung: _____

Verwendungszeitraum: _____

Ort/Datum

firmenmäßige Zeichnung

*) Falls abweichend von Pkt.1



V3

**Antrag auf Freigabe der Sicherheit
gem. Art. 15 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

Ernte 2004

lfd.Nr.:

Sicherheitsleistender (Aufkäufer):

Name / Firma: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Vertragsordnung: *)

Betriebsnummer: _____

Zwischenhändler: _____

Ausgangserzeugnis:

Bezeichnung: _____

Verarb. Menge: _____ kg Standardgewicht (netto): _____ kg

Hergestelltes Non-Food-Erzeugnis:

Bezeichnung: _____ Menge : _____ kg

Verarbeitungsnachweis(e) (**Muster V2**): ist/sind beigelegt wurden bereits übersandt

Endverarbeiter / Firma: _____

Bei Endverarbeitung in einem anderen Mitgliedstaat:

- die erledigten Kontrollexemplare T5 sind als Anlage aufgelistet und beigelegt
- die Kontrollmitteilung der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates wurde beantragt

Es wird beantragt, die geleistete Sicherheit der Ernte 2004

insgesamt über _____ ha anteilig über _____ ha freizugeben.

Ort/Datum

Unterschrift/Firmenstempel

*) Die Betriebsnummern sind den jeweils beauftragten Abwicklungsfirmen zuzuordnen und als Anlage aufzulisten.



Agrar Markt Austria

MITTEILUNG

über den Kauf äquivalenter Mengen von Ausgangs- bzw. Zwischenerzeugnissen zur
Endverarbeitung
gemäß **Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

V4

Ausgangserzeugnis Zwischenerzeugnis

1. **Aufkäufer bzw. Erstverarbeiter (anderer Mitgliedstaat):**

Name/Firma: _____

Anschrift: _____

Mitgliedstaat: _____

2. **Österreichischer Endverarbeiter:**

Name/Firma: _____

Anschrift: _____

3. **Ausgangs- bzw. Zwischenerzeugnis:**

Erntejahr: _____

Menge	Bezeichnung	Kontraktnummer Kontraktdatum	Voraussichtlicher Verarbeitungszeitpunkt

4. **Zeitraum, in dem der Tausch erfolgt:** _____

_____, den _____
Ort Datum

Unterschrift/Firmenstempel des
Aufkäufers bzw. Erstverarbeiters (Pkt.1)

Unterschrift/Firmenstempel des
Endverarbeiters (Pkt. 2)



--	--	--	--	--	--	--	--

Betriebsnummer

Name des Antragstellers: _____

F1

Anschrift: _____

**Anmeldung zur Flächenstilllegung
für Kulturen, die gem. Anhang II der VO (EG) Nr. 2461/1999
nicht Gegenstand eines Vertrages sein müssen**

WICHTIG: Diese Anmeldung ist Voraussetzung für die Antragstellung im Rahmen des Mehrfachantrages "Flächen". Dieses Formblatt ist für jede der nachfolgend angeführten Kulturen dem Mehrfachantrag beizulegen!

Beilage zum Mehrfachantrag für das Jahr _____ !

Die angeführten Flächen müssen in der Flächennutzungsliste mit einer der folgenden Nutzungsarten beantragt werden: SL: Energieholz, SL: Elefantengras, SL: Johanniskraut bzw. SL: Mariendistel

Kultur: (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- Energieholz Elefantengras Johanniskraut Mariendistel

FS-Nr.	FS-Bezeichnung	FS-Größe		Datum bzw. Zeitraum der Anlage	beabsichtigte Umtriebszeit in Jahren bzw. voraussichtliche Erntehäufigkeit	Baumart (im Falle von Energieholz)
		ha	ar			

Der Antragsteller verpflichtet sich im Falle der Verwendung oder des Verkaufs der betreffenden Ausgangserzeugnisse, dass diese für die Zwecke gemäß Anhang III der VO 2461/1999 (Enderzeugnisse für den Non-food-Bereich) verwendet werden.

Nutzung:

- Die gesamte Erntemenge wird am eigenen Betrieb genutzt:
Nutzungsart bzw. -zweck: _____
- Lieferung der gesamten Erntemenge an einen Aufkäufer bzw. Verarbeiter:
Name und Anschrift des Käufers: _____
Nutzungsart bzw. -zweck: _____

Sollte die Anlage dieser Fläche nicht zustande kommen, verzögert oder in abgeänderter Form erfolgen, hat der Antragsteller umgehend die Agrarmarkt Austria zu informieren!

Unterschrift des Antragstellers

firmenmäßige Unterschrift des Käufers
(im Falle der Weiterlieferung)

Ort, Datum



Ergänzung zum Merkblatt "Nachwachsende Rohstoffe"

Nachwachsende Rohstoffe von stillgelegten Flächen - Ernte 2004

ERZEUGUNG VON BIOBRENNSTOFFEN AM EIGENEN BETRIEB

Dieses Informationsblatt soll eine Hilfestellung sein und Hinweise für eine verordnungskonforme Abwicklung geben. Das im folgenden beschriebene Verfahren betrifft die Regelungen der Verordnung (EG) Nr. 2461/1999.

Aufgrund einer Novellierung der entsprechenden Rechtsgrundlagen ist es nun zulässig, Ölsaaten auf stillgelegten Flächen zur Erzeugung von Biobrennstoffen anzubauen, die am eigenen Betrieb verwertet werden. Das heißt, das gewonnene Pflanzenöl darf zur Verfeuerung in Heizanlagen bzw. als Treibstoff für Kraftfahrzeuge am Betrieb des Antragstellers verwendet werden.

Zulässig für diese Form der Eigennutzung ist allerdings nur der Anbau von Sojabohne, Raps und Sonnenblume (sowie alle Arten von Getreide inkl. Mais). Voraussetzung hierfür ist die Existenz einer Pflanzenölpresse am eigenen landwirtschaftlichen Betrieb!

Der Landwirt ist in diesem Fall Erzeuger und Verarbeiter (Endverwender), deshalb muss er bis zu bestimmten Stichtagen (Eingang bei der AMA) eine sogenannte Anbau- und Verpflichtungserklärung an die AMA erstatten. Dieser Stichtag ist der 31. Januar des Erntejahres für Herbstsaaten sowie der 15. Mai des Erntejahres für Sommerungen. Eine Kopie dieser Erklärung ist dem Mehrfachantrag beizulegen, die jeweiligen Flächen sind in der Flächennutzungsliste entsprechend zu kennzeichnen (zB SL: Winterraps).

Eine Sicherheit in Höhe von 250 EURO je ha ist zu hinterlegen, diese Bankgarantie ist bis 15. Mai an die AMA zu übermitteln.

Spätestens 3 Tage vor der Ernte muss die AMA schriftlich hiervon in Kenntnis gesetzt werden. Dies ist notwendig, um eine Vorortkontrolle der Ernte und Verwiegung zu ermöglichen. Das Erntegut ist auf einer geeichten öffentlichen Waage zu verwiegen, eine Feststellung der Beschaffenheit (Feuchtigkeit, Fremdbesatz) muss ebenfalls erfolgen. Die entsprechenden Unterlagen sind neben einem Rückstellmuster (ca. 1 kg) am Betrieb zu verwahren.

Vor der Ernte wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft je Kultur ein repräsentativer Ertrag festgelegt. Dieser stellt den zu erreichenden Mindestertrag dar. Die Erntemenge ist der AMA mittels Formblatt A1 mitzuteilen, und zwar bis 15. September für Raps, bis 30. November im Falle von Mais und bis spätestens 15. November für alle übrigen Kulturen. Genaueres dazu kann dem Merkblatt „Nachwachsende Rohstoffe“ entnommen werden.

Das Pressen des Öls gilt als Erstverarbeitung und muss der AMA mittels Formblatt V1 angezeigt werden. Um eine Verwendung des Pflanzenöls im Non-food - Bereich sicherzustellen, muss das Öl durch Beimischen von mindestens 3 % Diesel oder RME für Lebens- bzw. Futtermittel-Zwecke unbrauchbar gemacht werden. Dieser Arbeitsschritt ist mittels Formblatt V2 nachzuweisen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die AMA das Recht vorbehält, unangemeldete Kontrollen durchzuführen. Sollte bei diesen Kontrollen festgestellt werden, dass keine oder eine nur unzureichende Beimischung durchgeführt wurde, verfällt die gestellte Banksicherheit.

Weiters sind genaue Aufzeichnungen über den Verbrauch zu führen. Bei Verwendung des Treibstoffes im Privat-PKW bzw. in betriebseigenen Fahrzeugen ist zB ein Fahrtenbuch zu führen. Dieses muss mindestens folgende Angaben enthalten: Kilometerstand / Betriebsstundenangabe bei jeder Betankung, Angaben über den Verbrauch (l/100 km) sowie die jährliche Fahrleistung. Zusätzlich sind etwaige Rechnungen über den Umbau des Motors etc. am Betrieb zu verwahren.

Nach Verwertung der Gesamtmenge kann die Freigabe der Bankgarantie mittels Formblatt V3 beantragt werden. Es ist zu beachten, dass die Verwertung dieser Menge spätestens bis 31. Juli des zweiten Jahres nach der Ernte erfolgt sein muss (für die Ernte 2004 ist dies der 31. Juli 2006)!

Die Verwertung der anfallenden Nebenerzeugnisse (Presskuchen) am eigenen Betrieb als Futtermittel oder Dünger ist zulässig, solange die Wertigkeit des Presskuchens geringer ist als die des Öls.

Der Verkauf des Öls bzw. des Kuchens ist nicht erlaubt!

Vor der erstmaligen Verarbeitung muss ein Antrag auf Zulassung gestellt werden. Hier wird dann von der AMA mit dem Antragsteller ein Termin vereinbart, bei dem vor Ort die für die Verarbeitung notwendigen Einrichtungen besichtigt werden. Bei dieser sogenannten Zulassungskontrolle wird auch nochmals die gesamte Abwicklung besprochen.

Dieser Information sind die Formblätter „Antrag auf Zulassung“ sowie „Anbau- und Verpflichtungserklärung“ beigefügt. Die weiteren Formblätter sind dem Merkblatt „Nachwachsende Rohstoffe“ zu entnehmen, welches im Internet unter www.ama.at / Verlautbarungen / Pflanzliche Erzeugnisse abgerufen werden kann.

Für weitere Fragen steht Ihnen die Agrarmarkt Austria gerne zur Verfügung.

Telefon: 01 / 33 151 (Durchwahl 230 bzw. 4813)

E-mail: nawaro@ama.gv.at

Telefax: 01 / 33 151 (Durchwahl 298)



Antrag auf Zulassung
zur Erzeugung von Biobrennstoffen
gem. **Verordnung (EG) Nr. 2461/1999**

11. Betreiber der Anlage (= Antragsteller)

Name: _____ Betriebsnummer: _____

Adresse: _____

Telefonnummer: _____ Fax-Nummer: _____

12. Antrag auf Zulassung

Ich beantrage die Zulassung zur Erzeugung von Biobrennstoffen aus Nachwachsenden Rohstoffen von stillgelegten Flächen.

13. Der Antragsteller verpflichtet sich, die rechtlich vorgeschriebenen Auflagen ordnungsgemäß zu erfüllen.
14. Der Antragsteller verpflichtet sich weiters, den Prüforganen zu allen Betriebs- und Lagerräumen Zutritt sowie Einsicht in alle erforderlichen Unterlagen zu gewähren.
15. Nach erfolgter Übermittlung dieses Antrages an die Agrarmarkt Austria wird mit dem Antragsteller ein Termin für die Zulassungskontrolle vereinbart. Diese muss vor der erstmaligen Verarbeitung (= Pressung) erfolgen. Der Zulassungsantrag muss daher rechtzeitig vor Verarbeitungsbeginn an die AMA übermittelt werden. Die Zulassung erfolgt per Bescheid.

Ort, Datum

Betreiber der Anlage



Anbau- und Verpflichtungserklärung

Biobrennstoffe aus Nachwachsenden Rohstoffen von stillgelegten Flächen
gemäß Verordnung (EG) Nr. 2461/1999

1. Erzeuger:

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon-Nr.: _____ Betriebsnummer: _____

Telefax-Nr.: _____ Zuständige BBK: _____

2. Anbaufläche:

ha	ar

3. Voraussichtlicher Ernteertrag: _____ *)

*) *Es ist mindestens der Durchschnittsertrag aus den repräsentativen Erträgen der letzten zwei Jahre einzutragen.
Sollten solche Erträge nicht festgelegt worden sein, ist zumindest der Mindestertrag des letzten Jahres einzutragen.
In Zweifelsfällen sollte unbedingt Kontakt mit der AMA aufgenommen werden!*

Menge der anfallenden Nebenerzeugnisse: _____ kg/ha

davon nicht für den Lebens- bzw. Futtermittelbereich bestimmt: _____ kg/ha

Berechnungsschlüssel für die anfallenden Nebenerzeugnisse:

Auszugehen ist vom angegebenen voraussichtlichen Ertrag:

100 kg Raps- bzw. Rübsensamen des KN-Codes 1205 00 90 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen

100 kg Sonnenblumenkerne der KN-Codes 1206 00 91 oder 1206 00 99 entsprechen 56 kg Nebenerzeugnissen

100 kg Sojabohnen des KN-Codes 1201 00 90 entsprechen 78 kg Nebenerzeugnissen

4. Erntejahr: _____

5. Ausgangserzeugnis: Wintersaat Sommersaat

Kultur: _____

6. Verpflichtungserklärung:

Ich verpflichte mich, den gesamten Aufwuchs dieser Stilllegungsflächen zur Erzeugung von Biobrennstoffen zu verwenden.

Ort, Datum

Unterschrift des Erzeugers

Vorlagefristen (Eingang bei AMA): Wintersaaten bis spätestens 31.01.2004, Sommersaaten bis spätestens 15.05.2004

Eine Kopie dieser Erklärung ist dem Mehrfachantrag beizulegen!

IMPRESSUM

Diese Verlautbarung ist auf der Webseite
der Agrarmarkt Austria (www.ama.at) im **Internet** verfügbar.

Impressum:

Verlautbarungsblatt der Marktordnungsstelle Agrarmarkt Austria (AMA) für den Bereich pflanzliche Erzeugnisse

Medieninhaber, Herausgeber, Vertrieb: AGRARMARKT AUSTRIA

Redaktion: Agrarmarkt Austria
I/4 - Pflanzliche Erzeugnisse
Dresdner Straße 70
Postfach 62
A-1201 Wien

Telefon: (01) 331 51-0
Telefax: (01) 331 51-399
E-mail: office@ama.gv.at

Hersteller: Eigendruck